

**Interview:**

**Die Grenzen des Wachstums**

Interview mit Manfred A. Max-Neef,  
Träger des alternativen Nobelpreises 8

**Schwerpunkt:**

**Tatort Arbeitsplatz**

Kampagne der Gewerkschaft vida  
gegen Gewalt im Job 16

**Internationales:**

**Tüchtiger Nachbar**

Slowenien profitiert von gut  
organisierten Arbeitsbeziehungen 42

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

Nº 12 | 2009 | 63. Jahrgang | € 2,-

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

**Frohes Fest: Jeder gegen jeden**

ab Seite 8



8



18



22



42

## Schwerpunkt:

### Eine Frage der Verteilung **12**

Neiddebatte? Vermögen tragen nirgends in der westlichen Welt so wenig zur öffentlichen Finanzierung bei wie in Österreich.

### Nur kein Neid **14**

Finanzminister Pröll kritisierte, dass 2,7 Mio. Menschen über Sozialleistungen auf Kosten der Reichen lebten. Und die Reichen?

### Gewalt im Job nimmt zu **16**

Tatort Arbeitsplatz. Die Gewerkschaft vida macht die tägliche Gewalt in der Arbeit zum Thema.

### Konkurrent oder Kollege? **18**

Im Kampf um Provisionen, Prämien, den besseren Job oder mehr Einfluss zählt Fairness manchmal nichts mehr.

### Neid-Debatten **20**

Gerade der Neoliberalismus hat sich dieser Debatte bedient, um den Wohlfahrtsstaat anzugreifen.

### Kollateralschaden **22**

Die Selbstmorde bei France Telecom beschäftigten Gewerkschaften, Unternehmenschefs, MinisterInnen und Fachleute.

### Um jeden Preis **24**

Im Namen des Wettbewerbs wächst der Druck. Beschäftigte in der Telekom-Branche sind vermehrt Burn-out-gefährdet.

### Giraffen und Wölfe **26**

Die gewaltfreie Kommunikation (GFK) halten manche für einen Universalschlüssel für das menschliche Miteinander.

### »Nationale Solidarität« **28**

In Krisenzeiten setzen rechte Strategien vermehrt auf die soziale Karte – eine Herausforderung für die Gewerkschaften.

### Ständig für mich selbst **30**

»Ihr seid alle Individuen«, sagt Brian im Film. »Ja«, antwortet der Chor. »Wir sind alle verschieden.« Ich nicht.

### Null Bock auf »Null Bock« **32**

Ist die Jugend von heute unsolidarisch, desinteressiert und konsumfixiert? Oder benachteiligt und unterschätzt?

### Es brodelt in der Uni **34**

Thesen eines besetzenden Lehrenden zu den aktuellen Protesten an den österreichischen Universitäten.

**Interview:****Immer mehr von allem** 8

Der Träger des alternativen Nobelpreises Manfred A. Max-Neef über die Grenzen des Wachstums.

**Gesellschaftspolitik:****VWL-Perspektiven** 38**Alles, was recht ist** 40

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

**Internationales:****Slowenien** 42**Am Ende der Welt** 44**Standards:****Standpunkt: Selige Weihnachtszeit** 4**Veranstaltung: Kein Weihnachtsmärchen** 5**Aus AK & Gewerkschaften** 6/7**Historie: Arbeitslosenunterstützung** 11**Verbraucherpreise** 36**Internationales** 37**Man kann nicht alles wissen** 46

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

**Es wird kalt**

»Auf allen internationalen Konferenzen zur Bekämpfung des Hungers und der Armut auf der Welt hieß es: Da haben wir kein Geld dafür. Und über Nacht war das Geld für die Banken da, und im nächsten Augenblick war es verschwunden«, wundert sich der chilenische Ökonom und Träger des alternativen Nobelpreises, Univ.-Prof. Manfred A. Max-Neef im Interview mit der »Arbeit&Wirtschaft« 12/2009. Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist: »Frohes Fest: Jeder gegen jeden«. Anlass, sich mit der Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft zu befassen, ist die

Neiddebatte, die Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll mit seiner Forderung nach einem Transferkonto losgetreten hat. Die AK-ExpertInnen Pirklbauer und Wagner werfen ab Seite 12 einen Blick auf die ausschlaggebende Studie des Joanneum Graz. Auf Seite 14 versuchen wir, den Reichtum in Österreich sichtbar zu machen. Wachsender Druck und soziale Kälte führen dazu, dass der Arbeitsplatz immer öfter zum Tatort wird, lesen Sie mehr dazu ab Seite 16. Ab Seite 22 befassen wir uns mit der Selbstmordserie in der französischen Telecom. mobilkom-

Personalvertreter Werner Luksch vergleicht ab Seite 24 mit Österreich.

Ab Seite 38 schildert der Schüler Stefan Bösenhofer seine Eindrücke vom 7. VWL-Seminar. Und wir werfen einen Blick nach Slowenien und Neufundland.

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee

**Redaktion intern**



# Standpunkt

## Selige Weihnachtszeit

**O**h du fröhliche ...« schallt es über den Christkindlmarkt, aber die Gesichter der Menschen strafen das Weihnachtslied Lügen. Das bisschen Fröhlichkeit, das da und dort aufblitzt, ist dem Punsch oder dem Glühwein zu verdanken. Und fast scheint es, als wäre die Krise auch auf den Weihnachtsmärkten angekommen,

### »Ich sehe keine Armen«

»Überall liest man von Armut«, sagt meine Mutter, als wir durch Innsbrucks Altstadt spazieren: »Aber ich sehe keine armen Menschen.« Ich kann sie verstehen, denn auch ich sehe nur in Pelzmäntel gehüllte Italienerinnen. Mama erzählt von früher, als die Menschen gehungert haben und gefroren. Auf der Rückreise lese ich in der Zeitung: »Weil ein Elternpaar seine vier Kinder nicht versorgen konnte, brach es in einen Mülllagerraum eines Supermarktes in Wien-Liesing ein. Mit dem Obst, das nicht mehr verkauft werden durfte, wollten der Mann und die Frau die Familie ernähren.«

Beide Geschichten waren Michaela Moser von der Armutskonferenz wohl vertraut, als ich sie ihr wenige Tage später erzählte. »Österreich – Kein Weihnachtsmärchen« hieß die Veranstaltung in der ÖGB-Fachbuchhandlung, bei der sie am Podium saß.

Oh ja, viele Menschen würden ihr sagen, es gäbe keine wirkliche Armut in unserem reichen Land: »Aber Armut ist ein Verhältniswort.« Konkret bedeute Armut bei uns, dass eine halbe Million Menschen kaum Möglichkeit hat, an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zumindest in einem Mindestmaß teilhaben zu können: Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Sozialkontakte, Bildung. Wer verarmt, verliert Freiheiten. Arme seien heute nicht mehr dünn, sondern oft dick, weil sie sich ungesund ernähren. Oder aber sie greifen zu drastischeren Maßnahmen, wie das Elternpaar, das Obst gestohlen hat.

Die Geschichte dieses Paares steht auch im Online-Standard, die Kommentare dazu sind teilweise erschütternd. Vor allem wird immer wieder angezweifelt, dass die sechsköpfige Familie nicht mit den Sozialbezügen auskommt. Die »Leistungsgesellschaft« reagiert prompt auf die Brandrede unseres Finanzministers, der damit gerade in der angeblich stillsten Zeit des Jahres eine Neiddebatte angeheizt hat.

»Sichtbar werden!« heißt ein Projekt der Armutskonferenz, für das bei der Benefizveranstaltung in der Fachbuchhandlung Punsch und T-Shirts verkauft wurden. Sichtbar wurden an diesem Abend auch Betroffene. Der Augstinverkäufer und die Langzeitarbeitslose erzählten, welche Leistung es ist, täglich mit sehr wenig Geld auszukommen, und wie schwer es

ist, dabei seine Würde zu bewahren. Es ist kälter geworden in dieser unserer Leistungsgesellschaft. Solidarität wird wieder zum Fremdwort in Zeiten der Ich-AGs. Immer öfter agieren die Menschen einsam statt gemeinsam. Die Wut brodeln, aber sie wird viel zu oft gegen Schwächere oder das geschwächte Selbst gerichtet. Ihre Wert-volle Energie wird selten gebündelt und genützt.

### Reichtum sichtbar machen

Dabei sollten wir statt mit dem Finger auf jene zu zeigen, die – wie wir alle übrigens irgendwann einmal in unserem Leben – Leistungen vom Sozialstaat Österreich beziehen, auf jene deuten, denen wir zu verdanken haben, dass wir SteuerzahlerInnen 450 Mio. Euro zur Rettung des Landes Kärntens zahlen. Statt den Armen Sozialleistungen zu neiden und sie zur Arbeit zu rufen, sollten wir unseren Neid auf die Reichen richten, die ihr Geld arbeiten lassen. Jetzt zu Weihnachten treten sie bei Charityveranstaltungen gerne ans Licht, wir sollten aber das ganze Jahr über auch Reichtum sichtbar machen und unseren Anteil daran fordern. Statt Sozial-schmarotzer sollten wir Kapitalschmarotzer rufen. Und ich wünsch mir zu Weihnachten: Reiche Eltern für alle. Die bringt nicht das Christkind, für die müssen wir schon selbst sorgen: Gemeinsam!

# Kein Weihnachtsmärchen

Am 9. Dezember diskutierten in der ÖGB-Fachbuchhandlung VertreterInnen von ÖGB, AK Wien und Armutskonferenz Mythen und Fakten zum Thema Armut.

Wie sieht es tatsächlich mit der Armut in Österreich aus, wer ist besonders gefährdet? Wo ist der ganze Reichtum, der uns zu einem der zehn reichsten Länder der Erde macht? Diese und weitere Fragen wurden in der ÖGB-Fachbuchhandlung am 9. Dezember diskutiert.

Michaela Moser von der Armutskonferenz wies darauf hin, dass Armut oft unsichtbar sei: »Wir kennen die Bilder von armen Menschen in Afrika, aber es gibt auch in Österreich absolute Armut. Es muss heute niemand mehr erfrieren oder verhungern, aber es gibt Menschen, die frieren und die hungern.«

»Wir wissen sehr genau, wer wie arm ist, wir kennen aber kaum Fakten über die Verteilung der Vermögen im Land, sagte Adi Buxbaum, sozialpolitischer Mitarbeiter der AK Wien. Zur Debatte über Transferleistungen stellte der AK-Experte klar, dass man nicht so tun sollte, als gebe es EmpfängerInnen und Nicht-EmpfängerInnen: »Im Laufe eines Lebens bekommt jeder Mensch Transferzahlungen.«

Armut sei ein Frauenthema, sagte Elisabeth Vondrasek, stv. ÖGB-Frauenvorsitzende. »Uns geht es vor allem um die vielen Frauen, die trotz Arbeit arm sind, die sogenannten Working Poor.« Viele

Frauen seien in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, von Geringfügigkeit bis zu oft unfreiwilliger Teilzeit.

Bernhard Achitz, Leitender Sekretär im ÖGB, zur aktiven Rolle des ÖGB in der Armutsbekämpfung: »Wenn es uns weiter gelingt, die solidarische Finanzierung des Pensionssystems, die Pflichtversicherung in der Sozialversicherung, die medizinische Grundversorgung und mehr aufrecht zu erhalten, tun wir schon viel.«

Am Rande der Veranstaltung wurde Punsch verkauft. Der Erlös des Punsch- und T-Shirt-Verkaufs kommt dem Projekt »Sichtbar werden« zugute.



Michaela Moser, Armutskonferenz, Adi Buxbaum, AK Wien, Moderatorin Katharina Klee, Bernhard Achitz und Elisabeth Vondrasek, ÖGB.



Gemeinsam gegen die Armut in einem der reichsten Länder der Erde, ÖGB, AK und Armutskonferenz fordern Verteilungsgerechtigkeit.



Vor der Fachbuchhandlung wurde Punsch ausgeschenkt, der Erlös kommt dem Projekt »Sichtbar werden« der Armutskonferenz zugute.



Benefiz: T-Shirts mit den Aufschriften »Reiche Eltern für alle!« und »Kapitalschmarotzer« um 19,90 Euro, so lange der Vorrat reicht.

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Laurenzberg 2, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,  
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

**E-Mail:** aw@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: [karin.stieber@oegbverlag.at](mailto:karin.stieber@oegbverlag.at)

**Redaktionskomitee**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),  
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,  
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,  
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,  
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,  
Alexander Schneider, Erik Türk

**Redaktionsmitglieder**

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Sebastian Baryli,  
Mario Becksteiner, Kai Biehl, Martin Bolkovac, Stefan Bösenhofer,  
John Evers, Astrid Fadler, Martina Fassler, Dagmar Gordon,  
Barbara Lavaud, Wilfried Leisch, Werner Luksch, Franz  
Mangelberger, Michael Mesch, Gabriele Müller, Maja Nizamov,  
Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Reinhold Russinger,  
Christian Rütter, René Schindler, Norman Wagner

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**Arbeiterkammer:**

# Weihnachtseinkäufe

## Vorsicht vor möglichen Fallen beim Umtausch!

»Es gibt kein Recht auf Umtausch«, sagt AK-Konsumentenschützerin Jutta Repl. Damit Sie zu Weihnachten keine bösen Überraschungen erleben, sollten Sie bereits beim Einkauf auf Regeln für Umtausch, Gutscheine und Gewährleistung achten.

Ist die neue Jacke zu groß? Der Händler ist nicht verpflichtet, die Jacke umzutauschen. Der Konsument muss den Umtausch ausdrücklich vereinbaren, am besten auf der Rechnung. Hat der Händler von sich aus einen Umtausch eingeräumt, ist das auf der Rechnung vermerkt.

Wer die Ware umtauscht, bekommt zumeist nicht das Geld zurück, sondern kann nur eine andere Ware auswählen. Finden Sie nicht gleich etwas Passendes, müssen Sie sich mit einem Gutschein zufriedengeben. Gutscheine gegen Bargeld spielt es nicht. Mit dem Gutschein kön-

nen Produkte oder Dienstleistungen aus dem aktuellen Angebot erstanden werden. Gutscheine gelten generell 30 Jahre lang – aber sie können zeitlich befristet sein, und sind das häufig auch. Schauen Sie sich daher den Gutschein genau an. Geht eine Firma pleite, kann ein Gutschein auch wertlos werden.

Wer sein Geschenk per Mausclick kauft, sollte sich absichern und auf die Geschäftsbedingungen und Firmenangaben schauen. Auch ein Blick auf die Watchlist des Internet-Ombudsmannes kann nicht schaden ([www.ombudsmann.at](http://www.ombudsmann.at)). Achten Sie auf mögliche Zusatzkosten, etwa für den Versand. Die werden oft übersehen, treiben aber den Preis in die Höhe. Bei Online-Käufen gibt es ein Rücktrittsrecht bis zu sieben Werktagen nach Erhalt der Ware.

Mehr Infos:

[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

**GPA-djp, PRO-GE:**

# Nicht nachvollziehbar

## Trotz hoher Gewinne will Shell Produktionsstandort in Wien schließen.

**Am 25. November** verkündete die österreichische Geschäftsleitung von Shell die Schließung des Schmiermittel-Produktionswerkes von Shell in Wien-Donaustadt. Dies, obwohl die Shell-Gruppe für das Geschäftsjahr 2008 Gewinne in der Höhe von 30 Mrd. US-Dollar schreibt. »Diese Entscheidung ist wirtschaftlich nicht nachvollziehbar, vor allem da es sich beim österreichischen Produktionsstandort um einen der profitabelsten in ganz Europa handelt. Der Betriebsrat von Shell hat vonseiten der Gewerkschaft jegliche Unterstützung, die Schließung zu verhindern«, so die Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp, Barbara Teiber, sowie für die PRO-GE, Rainer Wimmer und Alfred Artmayer.

Mindestens 90 MitarbeiterInnen sollen im ersten Schritt von der Werksschlie-

ßung betroffen sein. »Dem können wir nicht tatenlos zuschauen. Noch dazu, wenn es seitens der Unternehmensführung im Vorfeld nicht einmal Gespräche mit dem Betriebsrat über mögliche Alternativen gegeben hat«, so Teiber, Wimmer und Artmayer unisono.

Besonders geschmacklos sei es, dass sich die Geschäftsführung zum selben Zeitpunkt zum »familienfreundlichen Unternehmen« von Wirtschaftsminister Mitterlehner küren ließ, ein Werk, welches, geht es nach dem Willen der Geschäftsführung von Shell, schon bald den Beschäftigtenstand um ein Drittel reduziert. Knapp vor Druck erreichten PRO-GE und GPA-djp einen Sozialplan.

Aktuelle Infos finden Sie unter:

[www.proge.at](http://www.proge.at)

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

# Abschied von Harald Reisenberger

**Mitte Dezember verstarb völlig überraschend der erst 52-jährige Harald Reisenberger.**

Reisenberger war ein engagierter Gewerkschafter der alten Schule. Er war von 1975–1984 Bezirkssekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, von 1984–1986 Rechtsschutzsekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und seit 1986 Landessekretär der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, Landesgruppe Wien. Darüber hinaus wirkte er von 1979–1987 als Bezirksrat in Wien-Liesing, war seit 1986 Kammerrat der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, seit 2001 Mitglied des Bundesrates und von Januar bis Juni 2009 auch Präsident des Bundesrates.

Harald Reisenberger hinterlässt eine Frau und zwei Töchter. Ihnen gilt unser herzliches Beileid. Wir werden Harald Reisenberger vermissen.



© Parlamentsdirektion / Mike Ranz

**VÖGB:**

## ReferentInnenakademie im Netz

**AK und ÖGB bieten seit mehr als 20 Jahren praxisorientierte Ausbildung für ArbeitnehmervertreterInnen.**

Auf der neuen Homepage wird ein Auszug des vielfältigen Seminarprogramms gezeigt. Einzelne Seminare werden aufgrund des großen Erfolgs seit der Gründung der ReferentInnenakademie vor nunmehr 20 Jahren angeboten und laufend an die gesellschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklungen angepasst, um

den TeilnehmerInnen ein Maximum an Nutzen für das Berufsleben mit auf den Weg zu geben. Das witzige Buch zur pädagogischen Grundausbildung »Gut Genug« ist im Rahmen der jüngsten Seminarreihe von TeilnehmerInnen gestaltet worden und kann über die Homepage bestellt werden. Das Buch zeigt

nicht nur die in den Modulen behandelten Themen, sondern belegt auch hautnah und authentisch, dass das Erlernen neuer Inhalte Spaß machen kann.

Viel Vergnügen beim Betrachten und Lesen wünschen euch die AutorInnen Johann Wagner und Yvonne Rychly.

Alle Infos: [www.refak.cms4people.de](http://www.refak.cms4people.de)

**Wiener Stadtgespräch 12**

**Günter Wallraff ist wieder da!**

**Peter Huemer spricht mit dem Enthüllungsjournalisten über Ausbeutung, Bspitzelung und Arbeitgebermobbing.**

Günter Wallraff wurde vor allem dadurch bekannt, dass er für seine Reportagen die verschiedensten Rollen annahm. Begonnen hat er 1966 als Arbeiter in der deutschen Industrie, berühmt wurde er 1977 als »Der Aufmacher – Der Mann, der bei ›Bild‹ Hans Esser war«. Zuletzt war der 67-Jährige für die Doku »Schwarz auf weiß« als Flüchtling aus Somalia unterwegs.

**Datum:** Mittwoch, 20. Jänner 2010, 19 Uhr

**Ort:** Großer Saal im Bildungszentrum der AK Wien, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

**Moderation:** Peter Huemer

Eine Veranstaltung der AK Wien und der Stadtzeitung Falter

Eintritt frei

Um Anmeldung wird gebeten: [stadtgesprach@akwien.at](mailto:stadtgesprach@akwien.at)

**Nähere Informationen:** [www.wienerstadtgesprach.at](http://www.wienerstadtgesprach.at)

**wiener-  
sta-  
d-  
tgespräch**

# Immer mehr von allem

*Der Träger des alternativen Nobelpreises Manfred A. Max-Neef über die Grenzen des Wachstums und nachhaltigeres Wirtschaften.*

## ZUR PERSON



### Univ.-Prof. Dr. Manfred A. Max-Neef

geboren am 16. Oktober 1932 in **Valparaíso** ist ein chilenischer Ökonom deutscher Herkunft.

Max-Neef studierte an der Universidad de Chile (Santiago de Chile); er erwarb Abschlüsse als Wirtschaftsingenieur, in Entwicklungsökonomie und in Wirtschaftswissenschaften.

Anschließend arbeitete er für den Ölkonzern Shell.

1957 wandte er sich von der Industrie ab und den Problemen der Armen in der Dritten Welt zu. Er arbeitete für UN-Organisationen und lehrte u. a. an der University of California, Berkeley.

1981 gründete er die Organisation **CEPAUR** (Centro de Estudio y Promoción de Asuntos Urbanos).

1983 bekam er den **Alternativen Nobelpreis**.

1993 kandidierte er als Präsidentschaftskandidat von Chile und erreichte mit 5,55 Prozent den vierten Platz. Heute ist er Professor an der Universidad Austral de Chile in Valdivia (Chile), deren Rektor er 1993–2001 war.

Seit dem Mai 2007 ist er außerdem offizielles Ratsmitglied im World Future Council und setzt sich für die Rechte zukünftiger Generationen ein.

Manfred Max-Neef war auf Einladung der Fachgruppe UBIT der Wirtschaftskammer in Wien und sprach über ein nachhaltiges und solidarisches Wirtschaftssystem nach der Krise. Arbeit&Wirtschaft hat mit ihm in Wien gesprochen.

**Arbeit&Wirtschaft:** *Herr Prof. Max-Neef, Sie sprechen von einer Krise der Menschheit, während alle Welt von einer Finanzkrise redet und erfreut ist, dass sich die Börsen schon wieder erholen.*

**Manfred Max-Neef:** Es muss uns klar sein, dass es noch nie in der Menschheitsgeschichte eine solche Anzahl an Krisen gab, die gleichzeitig ihrem Höhepunkt zustreben. Das sind die Klimakrise, die

Energiekrise, eine Krise was die Schlüsselressourcen des Menschen wie Wasser, Luft, genetische Vielfalt, saubere Böden etc. angeht und nicht zuletzt die Tatsache, dass eine gigantische Spekulationsblase – 50-mal größer als die Realwirtschaft – sich aufgebaut hat und zu platzen droht.

**Was sind die Wurzeln dieser Entwicklung?**

Das ist zum einen das dominierende Paradigma, das schnelles wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis propagiert – das fördert die Gier. Dazu kommt, dass wir seit Jahrzehnten die fossilen Ressourcen völlig unkontrolliert nutzen und damit ein unkontrolliertes wirtschaftliches Wachstum »füttern«.

Außerdem wird den Menschen seit langem eingeredet, **Konsumerismus** wäre der Weg zum kollektiven Glück der Menschheit. Dabei bleiben traditionelle Kulturen, Werte, Sprachen auf der Strecke, dafür wird ein »traditionelles ökonomisches Modell« eingeführt, das die Werte der dominanten Kultur unterstützt.

Darüber hinaus werden die Grenzen der Ressourcen von denen, die davon profitieren, einfach negiert. Aber auch die Grenzen dessen, was unsere Welt an Verschmutzung und Müllaufkommen ertragen kann werden nicht wahrgenommen. Zuallerletzt: die mögliche Überbevölkerung. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass wir mehr werden, als die Erde ertragen kann. Schon jetzt verbrauchen wir 1,3 Erden, obwohl wir nur eine haben.



GUCCI

GUCCI

Und dieses permanente Wachstum, das wir auf Kosten der Ärmere aufbauen, zerstört die Welt in der wir leben. Die Natur hält das was wir tun nicht mehr aus. Da müssen wir radikal umdenken. Nur Wachstum kann nicht funktionieren.

**Wie wird diese Entwicklung weitergehen, wenn wir nicht einen anderen Weg geben? Und wer wird am Schluss die Rechnung zahlen?**

Die Klimaerwärmung wird uns durch das Steigen des Meeresspiegels und zunehmendes Wachstum der **ariden** Wüstengebiete viel produktives Land kosten. Land, auf dem hochwertige Nahrung produziert wurde. In den ärmeren Ländern wird das auch große soziale Probleme schaffen, durch massive Flüchtlingsströme, die aus den überfluteten Gebieten auswandern müssen. Die Ausbeutung von billigem Öl und Gas hat eine direkte Auswirkung auf die gesamte Welt: Wir sind daran gewöhnt, Autos, Plastik, chemische Produkte etc. ohne Überlegungen zu konsumieren. Das wurzelt in der Annahme, dass diese billige Energie ewig verfügbar sein wird.

Es werden aber neben Energie und Erdöl auch (und vor allem) sauberes Wasser, Wälder, landwirtschaftlich nutzbare Böden und **Biodiversität** extrem abnehmen. Wenn wir so weiter tun wie bisher, müssen wir damit rechnen, 50 Prozent der Pflanzen und Tiere auf der Welt für immer zu verlieren. Hier gegenzusteuern wird eine riesen Herausforderung für die Menschheit. Die Sache steht schlimmer als die meisten glauben.

**Warum tut aber kaum jemand etwas dagegen?**

Der Grund dafür ist die menschliche Dummheit: »Ich handle so, wie ich genau weiß, dass ich nicht handeln soll.« Man muss das Paradigma in der Wirtschaft

völlig ändern. Man muss in der Wirtschaft eine Entwicklung machen, wie sie auch in anderen Bereichen längst gemacht worden ist. Die Ökonomie ist die einzige »Wissenschaft«, die mit Paradigmen aus dem 19. Jahrhundert arbeitet. Die neoklassische Ökonomie ist im 19. Jahrhundert stehen geblieben und unsere Politiker und die Manager arbeiten noch immer damit. Das ist verrückt!

Es herrscht immer noch – zumeist unwiderrprochen – die Meinung, dass Wachstum der Schlüssel zur Lösung aller Probleme ist. Weil sich kaum jemand zu sagen traut, dass permanentes Wachstum in einer endlichen Welt unmöglich ist.

Aber es tut sich schon etwas: Unter den Politikern kaum, da habe ich die Hoffnung schon aufgegeben. Aber in der Zivilgesellschaft haben das schon sehr viele begriffen und agieren dementsprechend. Aber auch viele Unternehmer haben gesehen: Wer sich gut benimmt, kann trotzdem gute Geschäfte machen. Da sind viele schon auf dem richtigen Weg.

**Was halten sie für die schlimmsten Auswirkungen unseres Wirtschaftssystems neben der ökologischen Krise?**

Nehmen sie ein Beispiel: Glauben sie im Ernst, dass es notwendig ist, 250.000 verschiedene Shampoos zu haben, glauben sie nicht, dass es reichen würde, wenn wir nur 30.000 hätten? Wäre die Welt schlechter? So wie wir wirtschaften ist das nicht nachhaltig – dieses Modell der Wirtschaft kann nur existieren mit permanenten Wachstum.

Und dieses permanente Wachstum, das wir auf Kosten der Ärmere aufbau-

en, zerstört die Welt in der wir leben. Die Natur hält das was wir tun nicht mehr aus. Da müssen wir radikal umdenken. Nur Wachstum kann nicht funktionieren.

**Aber ohne Wachstum wird es keine neuen Arbeitsplätze geben, wird uns eingebläut?**

Wir haben heute mehr Sklaven als zur Zeit der Sklaverei und ein Großteil davon sind Kinder. Die Leute haben eine wirklich miserable Arbeit. Wir brauchen wieder mehr regionale Produkte und Produktion zu fairen Bedingungen. Die Arbeit geht uns nicht aus. Es ist nur eine Frage, wo man die Anstrengungen unternimmt etwas zu ändern. Schauen sie sich die verrückten Bankenrettungspakete an, die weltweit geschnürt wurden. Mit dem Geld könnte man leicht 566 Jahre eine Welt ohne Hunger garantieren. Das Geld war vorher nicht da, weil auf allen internationalen Konferenzen zur Bekämpfung des Hungers und der Armut auf der Welt hieß es: Da haben wir kein Geld dafür.

Und über Nacht war das Geld für die Banken da, und im nächsten Augenblick war es verschwunden – aber nicht um den Hunger zu bekämpfen.

Es gibt einige Mythen, die verhindern, dass es ein anderes, ein nachhaltigeres und ökologisch verträgliches Wirtschaften gibt: Der erste Mythos ist der, dass Globalisierung der einzige wirksame Weg für die Entwicklung der ärmeren Länder ist. Die Länder – wie Südkorea und Taiwan –, die uns heute oft als Vorbilder und Beweis für diesen Mythos vorgehalten werden, die haben ihre wirtschaftliche Entwicklung und Vormachtstellung in der

## WEBLINK

Wikipedia über Manfred A. Max-Neef:  
[de.wikipedia.org/wiki/Manfred\\_Max-Neef](http://de.wikipedia.org/wiki/Manfred_Max-Neef)

Region durch Handelsschranken, verstaatlichte Banken und die Verletzung von Patenten und Copyrights erreicht. Heute könnte kein Staat der Welt eine solche Entwicklung durchmachen, ohne zahlreiche Regelungen der WTO schwer zu verletzen.

Ein weiterer Mythos ist: Eine stärkere Integration der Weltwirtschaft ist gut für die Ärmern. Ärmere Länder müssen sich an eine Unmenge von Regeln halten, die ihnen von internationalen Organisationen diktiert werden. Einer der stärksten Mythen ist der vom freien Welthandel. Wettbewerb wäre der effektivste Weg, eine prosperierende Welt zu erschaffen, tönen die sogenannten Experten. Und wer an dieser These zweifelt, macht sich der **Häresie** schuldig. Der freie Welthandel macht zwar da und dort Konsumgüter billiger, aber um den Preis enormer sozialer und ökologischer Kosten.

**Die Globalisierung ist also nicht der richtige Weg, einen Ausgleich zwischen Arm und Reich auf der Welt zu schaffen?**

Nein. Da sind wir gleich bei einem weiteren Glaubenssatz der heute dominierenden Wirtschaftslehre, der besagt, mehr Globalisierung schafft mehr Jobs. Die ILO (International Labor Organisation) hat 150 Millionen Arbeitslose auf der Welt und über eine Milliarde Unterbeschäftigte für das Jahr 2000 ermittelt. Das ist immerhin ein Drittel aller möglichen Arbeitskräfte.

Und dann gibt es noch einen fünften Mythos: Den von der demokratischen und verantwortungsvollen Organisation namens WTO (World Trade Organisation). Viele der Entscheidungen, die hinter verschlossenen Türen in Genf getroffen werden, betreffen Dinge wie Gentechnik, Umweltschutz, aber auch Arbeitsbedingungen. So hat die WTO zum Beispiel keine Regeln betreffend Kinderarbeit. Alles, was sie im Auge hat, ist der Vorteil der Unternehmen. Und lassen sie mich noch

den letzten Mythos ansprechen: »den von der Unumkehrbarkeit der Globalisierung«. Natürlich sind Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem möglich. Alles, was durch politische Entscheidungen zustande gekommen ist, ist auch reversibel.

**Aber es muss doch Wachstum geben, um eine positive Entwicklung zu garantieren?**

Ich frage sie: Wachsen sie noch? Sie schütteln den Kopf. Aber sie entwickeln sich doch noch? Sehen Sie! Und genau so muss es in der Wirtschaft auch sein: Es geht nicht um Wachstum, sondern um Entwicklung.

Und wenn wir von Entwicklung sprechen, dann sprechen wir von Qualität und nicht von Quantität. Und ich habe fünf Leitsätze definiert, nach denen eine nachhaltigere Wirtschaft möglich ist:

1. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.
2. Entwicklung dreht sich um den Menschen und nicht um Dinge.
3. Wachstum ist nicht dasselbe wie Entwicklung, und Entwicklung braucht nicht notwendigerweise Wachstum.
4. Wirtschaft ist nicht möglich ohne natürliche Ressourcen.
5. Die Ökonomie ist ein Sub-System eines größeren und endlichen Systems, der Biosphäre. Daher ist ein permanentes Wachstum unmöglich.

**Wie also kann ein neues Wirtschaftssystem aussehen, und welchen Regeln muss es folgen, damit es funktioniert und das für alle Menschen auf der Welt?**

Die Eingrenzung der Geldflüsse, also das Gegenteil des grenzenlosen Geldverkehrs ist ein wichtiger Punkt. Wenn Geld lokal zirkuliert – an dem Ort an dem es »entstanden« ist, dann, das belegen Studien und ökonomische Modelle beweisen es, kann es einen Boom der kleinen Unternehmen schaffen. Und das schafft Arbeitsplätze.

Lokale Produktion und regionale Wirtschaft fördern – wo immer das möglich ist –, das bringt den Konsum näher an den Markt und verhindert so ökologische Mehrkosten. Die lokale Wirtschaft soll geschützt werden durch Zölle und

Kontingente, ökologische Steuern auf Energieverbrauch, Verschmutzung und andere »negative« Auswirkungen.

**Sie haben in ihren Arbeiten den sogenannten Kipppunkt entwickelt und erklärt. Was hat das mit dem Wirtschaftswachstum zu tun?**

Die These vom Kipppunkt haben wir in vielen Ländern, auch in Österreich erforscht. Was wird zur Messung von wirtschaftlicher Leistung herangezogen? Das BIP. Hierbei wird alles addiert – aber nichts wird abgezogen, nicht die Umweltverschmutzung, nicht der Stress, nicht das Leid, das durch Kinderarbeit entsteht .. Wir haben ein System entwickelt, wo die positiven Auswirkungen addiert und die negativen abgezogen werden. So bekommt man ein genaueres Bild, denn ab einem bestimmten Punkt braucht man mehr Energie, um Probleme zu lösen, die durch das Wachstum entstanden sind.

**Das heißt, unser Wachstum schafft Probleme, die wir mit noch mehr Wachstum versuchen zu lösen?**

Ja, der Kipppunkt in Österreich war so in den frühen Achtzigerjahren erreicht. Bis dahin ging es, auch im Gefühl der Menschen, immer aufwärts; und seitdem stagniert das »Glücksgefühl« oder nimmt sogar leicht ab. Und das, obwohl die Wirtschaft immer schneller wächst. Kaum jemand würde heute sein Kind allein in die Volksschule laufen lassen, zu viel Verkehr macht das in den Städten unmöglich und auch am Land wird es immer weniger möglich, Kinder einfach loszuschicken. Die Menschen müssen immer mehr arbeiten, um die Folgen des Wachstums im Griff zu behalten und das macht Stress und vermindert auch das Glücksgefühl.

*Wir danken für das Gespräch.*

*Dagmar Gordon für Arbeit&Wirtschaft*

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Arbeitslosenunterstützung

Vor mehr als 75 Jahren schrieb Käthe Leichter in dieser Zeitschrift über die Solidarität mit Arbeitslosen.

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität mit Arbeitslosen als demokratische Grundforderung war eines der zentralen Ergebnisse der Studie »Die Arbeitslosen von Marienthal«, die ein junges Forscherteam 1933 veröffentlichte. Der erste Bericht darüber außerhalb der Wissenschaftsszene erschien im Juli 1933 in »Arbeit und Wirtschaft«, verfasst von der Volkswirtschaftsexpertin und AK-Frauenreferentin **Käthe Leichter**. Sie schrieb unter anderem:

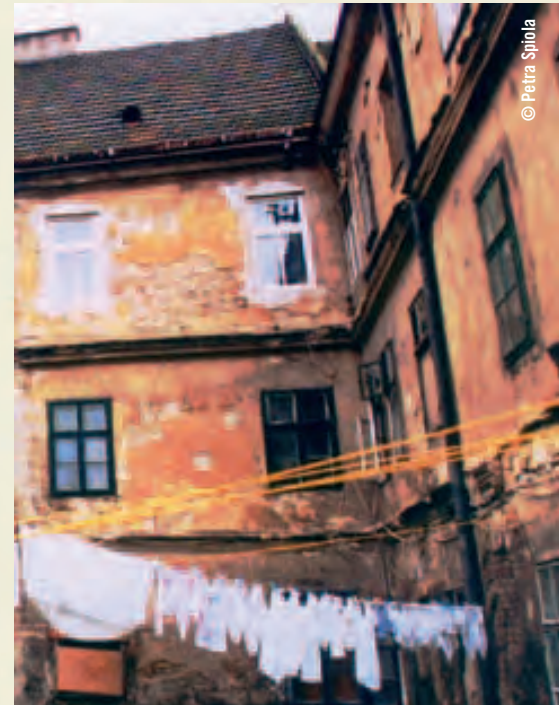
*Die Arbeitslosigkeit ist heute das große zentrale Problem, das das Denken und Handeln der Gewerkschaften beeinflusst. Umso wichtiger jeder Versuch, die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen mit wissenschaftlichen Erhebungsmethoden zu untersuchen. ... Es ist die langdauernde Arbeitslosigkeit, deren Auswirkungen wir hier sehen. ... Die(se) Zustände ... ändern sich ständig zum Schlechteren. Sie müssen sich ändern, denn mit der Zeit wird die Arbeitslosenunterstützung von der Notstandshilfe abgelöst, bis auch diese einmal eingestellt wird. Das Inventar verschlechtert sich ständig. Neuanschaffungen und Reparaturen erfolgen nicht mehr. Von jedem Schilling mehr oder weniger an Unterstützung hängen aber nicht nur Ernährung und Kleidung, hängt auch die ganze Einstellung des Arbeitslosen zum Leben ab. Ein Versuch, die (oben gezeigten) Haltungsgruppen mit dem persönlichen Monatseinkommen zu vergleichen, ergibt im Durchschnitt:*

<i>In der Gruppe</i>	<i>Betrag in Schilling</i>
<i>Ungebrochen</i>	<i>34</i>
<i>Resigniert</i>	<i>30</i>
<i>Verzweifelt</i>	<i>23</i>
<i>Apathisch</i>	<i>19</i>

*Versteht man jetzt, was der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung bedeutet? »Schon eine Differenz von monatlich 5 S heißt, nur mehr mit Saccharin kochen zu können oder doch noch Zucker verwenden; die Schuhe in Reparatur geben zu können, oder die Kinder von der Schule zu Hause lassen zu müssen, weil sie nichts mehr an den Füßen haben; ... 5 Schilling auf oder ab, das bedeutet die Zugehörigkeit zu einer anderen Lebensform.«*

Käthe Leichter wurde Opfer des nationalsozialistischen Terrors. Maria Jahoda, eine der AutorInnen der Marienthal-Studie, entkam nach Großbritannien. Als Universitätsprofessorin von internationalem Ruf erinnerte sie in einem Fernsehinterview 1973 an die großen Fortschritte durch den Sozialstaat, warnte aber gleichzeitig davor, das Problem Arbeitslosigkeit auf die leichte Schulter zu nehmen:

*Es hat sich im letzten halben Jahrhundert ungeheuer viel in der Welt verändert – für Arbeitende, für Arbeitslose und für die ganze Gesellschaft. Der wichtigste Zusammenhang ist, dass sich die Lebenshaltung aller Menschen, auch der Arbeitslosen, verbessert hat – obwohl es natürlich noch immer ein schreckliches finanzielles Problem für*



© Petra Spjola

Fast alle Menschen in Marienthal arbeiteten in einer Textilfabrik. Sie musste durch die Wirtschaftskrise zusperren, ein ganzes Dorf wurde arbeitslos. In den lange unbewohnten ArbeiterInnenwohnhäusern aus den 1920er-Jahren lebten um 1990, als dieses Foto entstand, Flüchtlinge und ArbeiterInnen aus Süd- und Osteuropa. Es wurde 1909 im Rahmen einer Feier aufgerichtet.

*den einzelnen ist, die Arbeit zu verlieren. ... Die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien haben viel dazu beigetragen, das zustande zu bringen. Das wichtigste Resultat aber ist, dass es trotz dieser verbesserten Lebensbedingungen psychologisch genauso unerträglich ist, arbeitslos zu sein, wie es in den dreißiger Jahren war.*

Zusammengestellt und kommentiert  
von Dr. Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Eine Frage der Verteilung

*Anlass zur Neiddebatte? Vermögen tragen nirgends in der westlichen Welt so wenig zur öffentlichen Finanzierung bei wie in Österreich.*

AutorInnen: Mag. Sybille Pirklbauer  
MMag. Norman Wagner

MitarbeiterInnen der AK Wien

**W**er arbeitet wird bestraft!«, titelten die Medien in den vergangenen Wochen. Der Anlass: Finanzminister Josef Pröll hatte mit der Forderung nach der Einführung eines Transferkontos eine Verteilungsdebatte losgetreten. Durch ein solches würde endlich klar werden, wer – und hier schwingt mit: zu viel – Sozialleistungen bezieht. Keine Neiddebatte, nein: Es müsse nur erlaubt sein, zu fragen, wer zahlt und wer bekommt, und ob die richtigen Anreize gesetzt werden, assistierte Klubchef Karl Heinz Kopf.

Die Fragen sind nicht unberechtigt: Wer den Sozialstaat lebendig halten will, muss sie immer wieder stellen. Allein, hier war eine/die Antwort schon gefunden: Immer weniger Fleißige müssen immer mehr dafür zahlen, dass es sich unwillige MinderleisterInnen in der »sozialen Hängematte« bequem machen. Vor dem Hintergrund von Finanzkrise, Konjunkturpaketen und dräuender Budgetkonsolidierung bekommt diese Debatte einen besonderen Drall: Hier wird der Boden aufbereitet, wer die Kosten der Krise wirklich zahlen soll.

## Richtige Fragen – falsche Antworten

Die BefürworterInnen des Sozialstaates haben natürlich schnell begriffen, dass hier dem Sozialabbau das Wort geredet

## INFO & NEWS

### Die »Studie« des Joanneum Graz (Franz Pretenthaler und Cornelia Sterner)

Die Idee des Transferkontos beruht auf einem neunseitigem Bericht des Joanneum Graz. Die StudienautorInnen Franz Pretenthaler und Cornelia Sterner vom Institut für Technologie und Regionalpolitik weisen dort scheinbar nach, dass es sich in Österreich nicht auszahlt, arbeiten zu gehen, da durch die Sozialleistungen für die unteren Einkommen letztlich alle Einkommensunterschiede aufgehoben würden. Um das zu »beweisen«, stellen die AutorInnen drei Beispielfamilien vor, die sich außer durch ihr Erwerbseinkommen nicht unterscheiden.

Die Berechnungen halten einer Überprüfung nicht stand. So sind (Landes- bzw. Gemeinde-)Sozialleistungen berücksichtigt worden, die den angeführten Familien nicht oder nur in sehr seltenen Ausnahmefällen zustehen. Der Kinderabsetzbetrag wurde doppelt berücksichtigt. Die Grundannahmen sind völlig realitätsfremd (zwei Erwachsene pendeln täglich 45 km für 475 € brutto im Monat und geben ihr einjähriges Kind ganztags in eine Kinderkrippe). Gestaltungsmöglichkeiten wie beim Kinderbetreuungsgeld werden völlig ignoriert. Nicht zuletzt sind (steuerliche) Begünstigungen, von denen hohe Einkommen stärker profitieren, (absichtlich?) nicht berücksichtigt worden.

Die Kritik ließ die StudienautorInnen nicht unberührt: In der im Oktober 2009 publizierten Langfassung korrigierten sie ihre eigenen Werte zum Teil massiv. Die Nachrechnung der AK ergibt allerdings, dass das Gefälle zwischen den Familien noch größer ist, als vom Joanneum Graz dargestellt.

wird. Die Reaktionen fielen jedoch recht zurückhaltend aus, dabei besteht kein Grund defensiv zu sein. Arbeit soll sich lohnen? Ja, genau! Aber auch für die Handelsangestellte, die bei Vollzeit mit ihrem Nettogehalt gerade mal über die Armutsschwelle kommt. Und dann muss auch die Frage erlaubt sein, warum jene, die ihr »Geld für sich arbeiten« lassen können, und damit Einkommen ganz ohne Leistung beziehen, den geringsten Beitrag zur öffentlichen Finanzierung leisten.

Eine Diskussion über den Sozialstaat? Gerne! Aber nicht auf einer Basis wie

jener des neunseitigen Papiers aus dem Joanneum Graz, das Finanzminister Pröll zur Grundlage seiner Forderung nahm. Dieses arbeitet, polemisch formuliert, mit schlecht recherchierten Zahlen und völlig realitätsfernen Beispielfamilien. Nachdem es harsche Kritik an den Berechnungen hagelte, korrigierten sich die StudienautorInnen selbst so massiv, dass die Schlussfolgerungen hätten revidiert werden müssen (siehe Kasten: Die »Studie« des Joanneum Graz von Franz Pretenthaler und Cornelia Sterner). Passiert ist das freilich nicht. Das wäre nicht im Sinne der Neiddebatte.

Wechselfälle wie Arbeitslosigkeit und Krankheit treffen fast jeden einmal im Laufe seines bzw. ihres Lebens. Daher ist die Teilung zwischen ZahlerInnen und EmpfängerInnen mehr als künstlich: Jede und jeder ist irgendwann sowohl das eine als auch das andere.



Der Sozialstaat spielt im Leben der Menschen in Österreich eine wichtige Rolle, und das keineswegs nur für die »Armen«. Wir alle profitieren in vielfältiger Weise von seinen Leistungen.

Wechselfälle wie Arbeitslosigkeit und Krankheit treffen fast jeden einmal im Laufe seines bzw. ihres Lebens. Daher ist die Teilung zwischen ZahlerInnen und EmpfängerInnen mehr als künstlich: Jede und jeder ist irgendwann sowohl das eine als auch das andere. Der Sozialstaat hilft, wenn Risiken wie Krankheit, Unfälle, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit schlagend werden. Die Förderung von Familien mit Kindern – dazu gehören auch Kinderbetreuung und Schule – sind gerade für arbeitende Menschen besonders wichtig.

Und am Ende des Erwerbslebens ist es nur berechtigt, wenn diese auf die (Pensions-)Leistungen zurückgreifen, die sie selbst zu erwirtschaften mitgeholfen haben.

## Reiches Österreich

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Niemand sollte in Armut leben müssen. Aus diesem Grund sorgt der Sozialstaat für eine Umverteilung von Reich zu Arm. Kinder nicht in Armut aufwachsen zu lassen, und auch Kindern aus sozial schwachen Familien den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung zu sichern, sollte auch ein konservatives Anliegen sein.

Das bedeutet nicht, dass der österreichische Sozialstaat in seiner derzeitigen Form der Weisheit letzter Schluss ist. Soziale Problemlagen verändern sich, daher

gilt es, den Sozialstaat immer weiterzuentwickeln. Eine Neiddebatte verstellt jedoch den Blick auf die Fakten und verhindert, dass Lösungen für die kommenden Herausforderungen gefunden werden.

## Gesamtbild sehen

Eine Debatte darüber, dass jene, die ohnehin wenig haben, zu viel vom Staat bekommen, geht am eigentlichen Problem vorbei. Diese muss in die andere Richtung gehen. Vermögen tragen nirgendwo in der westlichen Welt so wenig zur öffentlichen Finanzierung bei wie in Österreich. Dabei profitieren gerade Menschen mit sehr großem Vermögen vom Sozialstaat.

Er stellt die Infrastruktur zur Verfügung, die notwendig ist, um Reichtum zu schaffen und zu vermehren. Er sichert den sozialen Frieden und macht es möglich, viel zu besitzen, ohne sich täglich darum sorgen zu müssen, ausgeraubt oder gar enteignet zu werden.

Wie einseitig die Debatte geführt wird, zeigt eine Reihe von Widersprüchen. Wer dafür eintritt, dass »Leistung sich lohnen muss«, müsste auch dafür eintreten, dass Geld arbeiten zu lassen zumindest steuerlich nicht günstiger sein soll als tatsächliche Arbeit: Vermögen geschenkt oder vererbt zu bekommen müsste entsprechend besteuert sein. Aber gerade die vermeintlichen Leistungs-AdvokatInnen sprechen sich laufend gegen eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen aus und frohlocken über die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer.

## WEBLINK

Mehr Infos:

[wien.arbeiterkammer.at/online/jetzt-den-sozialstaat-ausbauen-51249.html](http://wien.arbeiterkammer.at/online/jetzt-den-sozialstaat-ausbauen-51249.html)

Wer Transparenz will, der sollte konsequent sein: Transferkonto ja, Abschaffung Bankgeheimnis nein? Durchsichtig wird spätestens an dieser Stelle etwas anderes: Es geht nicht um Transparenz, sondern um Interessenpolitik.

## Wer zahlt?

Wem an Verteilungsgerechtigkeit gelegen ist, der muss sich zuerst fragen, ob die, die wirklich viel haben, einen angemessenen, solidarischen Beitrag leisten, bevor er/sie anfängt bei jenen zu sparen, die auf die Leistungen unseres Sozialsystems angewiesen sind.

Ansonsten könnte der Eindruck entstehen, dass jene, die am meisten von der staatlichen Politik in der Krise profitiert haben, deren Kosten auf die Schwächsten abwälzen wollen.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an den/die AutorIn  
[sybille.pirklbauer@akwien.at](mailto:sybille.pirklbauer@akwien.at)  
[norman.wagner@akwien.at](mailto:norman.wagner@akwien.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Nur kein Neid?

*Finanzminister Pröll kritisierte unlängst, dass 2,7 Mio. Menschen keine Steuern zahlen, über Sozialleistungen auf Kosten der Reichen lebten. Und die Reichen?*

Autor: Dr. Wilfried Leisch

Freier Journalist

**S**eit vielen Jahren verlangen Gewerkschaften und Arbeiterkammern eine gerechtere Verteilung des von den arbeitenden Menschen erwirtschafteten Reichtums, z. B. eine Besteuerung von Vermögens- und Wertschöpfung. Wirklich Gehör in den vorigen Regierungen fanden sie aber nicht. Die nach dem Antritt der jetzigen Regierung – nicht zuletzt im Zuge der durch das Finanzkapital verursachten Wirtschaftskrise – erneut eingeforderte Verteilungsdebatte wurde schnell von Kanzler Faymann und Sozialminister Hundstorfer in einen Arbeitskreis zwischengelagert, der frühestens 2013 Ergebnisse bringen soll. Jetzt haben wir aber doch eine Verteilungsdebatte – aber in die falsche Richtung.

## 2,7 Mio. Sozialschmarotzer?

Laut Finanzminister Pröll zahlen von den rund 5,7 Mio. in Österreich als Selbstständige (300.000 in Gewerbe und »neue Selbstständige«/WerkvertragsnehmerInnen), Bauern (97.000), ArbeiterInnen, Angestellten, freie DienstvertragsnehmerInnen und Beamte (3,42 Mio.) und PensionistInnen (1,88 Mio.) lebenden Menschen nur fast die Hälfte Steuern. Dies nimmt Pröll nun heuchlerisch zum Vorwand, »Steuergerechtigkeit« einzufordern oder die Frage zu stellen: »Wie gerecht ist der Sozialstaat?« Ein »Transfer-Konto«,

das die staatlichen Sozialleistungen auflistet, soll angeblich »Transparenz« schaffen.

Warum zahlen so viele Menschen keine Steuern? Sind sie Steuerhinterzieher, sind sie faul? Nein! Die UnternehmerInnen zahlen ihnen nicht mehr, beschäftigen sie entweder nur geringfügig, als Teilzeitkräfte, »neue Selbstständige«, »Freie Dienstvertragler« oder als Vollzeitkräfte mit zu wenig Lohn. Auch die rund 400.000 echten Arbeitslosen (inkl. Schulungen und sonstiger AMS-Aktionen) können nichts für ihr Schicksal, weil sie nicht freiwillig arbeitslos wurden, sondern von den UnternehmerInnen gekündigt oder auch absichtlich in Frühpension geschickt wurden und werden (z. B. Post, Bahn, Siemens usw.).

Die viel gepriesenen Privatisierungen haben zwar die Gewinne der Unternehmen, nicht aber das Arbeitsplatzangebot steigen lassen. Die Unternehmensgewinne haben sich mit 12,1 Mrd. Euro im Jahr 2007 gegenüber 2003 vervierfacht. Gleichzeitig sind die Dividendenausüttungen gestiegen, sie waren 2007 mit 3,2 Mrd. Euro ebenso viermal so hoch wie noch im Jahr 2003. Die Investitionen und die Anzahl der Beschäftigten stagnieren dagegen oder waren sogar rückläufig. Insgesamt ist der Personalaufwand je MitarbeiterIn in diesen Unternehmen in den vergangenen Jahren um rund zehn Prozent zurückgegangen, während sich die Bezüge der Vorstandsmitglieder beinahe verdoppelt haben.<sup>1</sup>

»Der österreichische Sozialstaat wäre schon prima – vorausgesetzt, man hat einen gut dotierten und halbwegs sicheren Arbeitsplatz«, so der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Emmerich Talos<sup>2</sup>

zusammenfassend zum »2. Armuts- und Reichtumsbericht«<sup>3</sup>, aus dem die Zahlen in Folge stammen.

Tatsächlich zeigt sich darin ein ganz anderes als das von Finanzminister Pröll vermittelte Bild: Die Reichen sind reich und werden immer reicher. Waren vor 30 Jahren die ArbeitnehmerInnenentgelte mit fast 37 Mrd. Euro doppelt so hoch wie die Bruttobetriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen mit 19,8 Mrd. Euro, lagen 2006 die Vergleichszahlen 2006 bei 125 Mrd. Euro für die Ersteren und bei 105,5 Mrd. Euro für die Zweiteren. Eine rasante Aufholjagd zugunsten der Reichen: »Mit anderen Worten«, so die StudienautorInnen, »war und ist eine Umverteilung der Wertschöpfung von den ArbeitnehmerInnen hin zu den Selbstständigen und Unternehmen im Gang.« Im untersten Einkommensdrittel sind die Einkommen in den vergangenen zehn Jahren nur um insgesamt neun Prozent gestiegen, im obersten Einkommensdrittel dagegen um über 40 Prozent!

## Vermögenseinkommen

Unter Vermögenseinkommen versteht man Zinsen, Gewinnausschüttungen, Einkommen aus Versicherungsverträgen und wieder investierte Gewinne. Auf den Vermögensmärkten werden keine Einkommen geschaffen, sondern nur umverteilt, denn jedes Einkommen auf den Finanzmärkten muss durch Arbeit und/

<sup>1</sup> Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Wichtige Kennzahlen börsennotierter Unternehmen in Österreich 2004–2008, A. Höferl, B. Hauenschild, Wien 2009

<sup>2</sup> Standard, 20. 1. 2009

<sup>3</sup> ÖGPP: 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien 2008

**Geld vermehrt sich, wo vorhanden:**  
So hat die Anzahl der Spareinlagen bis 10.000 Euro zwischen 2003 und 2007 um 1,1 Prozent abgenommen, die Anzahl jener über 100.000 Euro hat hingegen um 31,2 Prozent (!) zugenommen.

oder Kapitaleinsatz geschaffen werden. In Summe betragen in Österreich im Jahr 2005 die Vermögenseinkommen 62,65 Mrd. Euro, 25,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), 2006 bereits schon 74,4 Mrd. Euro oder 29 Prozent des BIP!

Was für unsereins die Arbeit für unser Auskommen ist, sind für die Vermögenseinkommen die Zinsen. Laut Nationalbank wurden für kleine Spareinlagen 2007 im Schnitt 1,74 Prozent Zinsen gewährt, für höhere deutlich mehr. Dadurch haben sich die großen Sparvermögen über 70.000 Euro in der Dekade 1993 bis 2003 auf rund eine Viertelmillion verdoppelt.

Geld vermehrt sich, wo vorhanden: So hat die Anzahl der Spareinlagen bis 10.000 Euro zwischen 2003 und 2007 um 1,1 Prozent abgenommen, die Anzahl jener über 100.000 Euro hat hingegen um 31,2 Prozent (!) zugenommen. Und dort, wo wenig Geld ist, in den privaten Haushalten, wird es durch die Zinspolitik der Banken weniger: »Die Zinsen für Kredite nichtfinanzieller Unternehmen waren im Durchschnitt um ein Prozent niedriger als jene der privaten Haushalte«, analysiert der Reichtumsbericht. Und weiter: »In Summe erwirtschafteten die inländischen Kreditinstitute dadurch im Jahr 2007 Nettozinserträge von jeweils mehr als sieben Mrd. Euro, das heißt, ihre Zinseinnahmen waren um jährlich sieben Mrd. Euro höher als ihre Zinszahlungen.« Aber noch mehr: »Auch wer persönlich keine Schulden zu haben meint, zahlt Zinsen: Etwa werden mit den Steuern die Zinsen der öffentlichen Schulden bezahlt, oder über die Preise von Waren und Dienstleistungen Zinsen von Unternehmenskrediten, oder über

die Miete Zinsen für das Wohnbaudarlehen oder Investmentkapital, mit dem das Haus errichtet wurde.«

Und wie verhält es sich mit den von Finanzminister Pröll strapazierten Sozialeinkommen im Verhältnis zum Vermögen tatsächlich? Sie sind erstens gleich groß: 2006 machen die Vermögenseinkommen 74,4 Mrd. Euro, die Sozialeinkommen mit 70,6 Mrd. Euro sogar schon weniger aus. Und zweitens verteilen sich die Vermögenseinkommen auf eine viel geringere Zahl von Menschen als die Sozialeinkommen!

### Arm und Reich in Österreich

- Etwa eine Mio. Menschen gilt als arm oder armutsgefährdet.
- 250.000 bis 300.000 Menschen gelten als reich (Einkommen bzw. Geldvermögen von mehr als 70.000 Euro).
- 60.000 Menschen haben Geldvermögen von jeweils mehr als einer Mio. Euro. Sie besitzen zusammen so viel Geld (200 Mrd. Euro) wie sämtliche Erwerbseinkommen in Österreich (von etwa vier Mio. Menschen).
- Die 100 reichsten ÖsterreicherInnen besitzen zusammen sechsmal so viel als die eine Mio. armen und ärmsten Menschen in einem Jahr an Einkommen haben.
- 92 Prozent aller Steuern belasten die 200 Mrd. Euro Erwerbseinkommen und ihre Verwendung.
- Aber nur sechs Prozent aller Steuern kommen von den 2.100 Mrd. Euro Geld- und Sachvermögen in Österreich!

### WEBLINKS

Mehr Infos unter:  
[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)  
[www.oegb.at](http://www.oegb.at)  
[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)  
[www.politikberatung.or.at](http://www.politikberatung.or.at)

■ Nur 1/3 der Betriebe weist gegenüber der Finanz Gewinne aus und zahlt Körperschaftssteuer! Aber jeder/jede ArbeitnehmerIn zahlt pünktlich Lohnsteuer und Sozialabgaben.

■ In Summe gibt es in Österreich Geld- und Sachvermögen im Wert von etwa 2.100 Mrd. Euro! Das ist rund zehnmal so viel als sämtliche Erwerbseinkommen pro Jahr.

Reichtum produziert Armut, denn er stammt aus der Wertschöpfung der großen Masse der Arbeitenden!

Nur kein Neid, aber gemäß der Forderung der jüngsten eindrucksvollen StudentInnenbewegung: »Reiche Eltern für alle!« Und wenn schon ein Konto von der Regierung, auf das kein Geld kommt, dann lieber ein Transparenz- statt ein Transferkonto!

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[w.leisch@aon.at](mailto:w.leisch@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Gewalt im Job nimmt zu

*Tatort Arbeitsplatz. Die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vda macht die tägliche Gewalt in der Arbeit zum Thema.*

Autorin: Mag. Martina Fassler

Leiterin vda Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**M**it einer Veranstaltung am 23. November 2009 in Wien startete vda die Initiative »Tatort Arbeitsplatz. Gib der Gewalt im Job keine Chance«. Der große Andrang bei der Veranstaltung zeigt die Brisanz des Themas.

Im Bereich der Verkehrs- und Dienstleistungsberufe kommt es immer wieder zu körperlichen Übergriffen und Verletzungen. Betroffen sind viele Berufsgruppen: BuslenkerInnen und ZugbegleiterInnen wurden schon von Fahrgästen niedergeschlagen, Krankenpflegepersonal und HeimhelferInnen von PatientInnen gekratzt, getreten oder sexuell belästigt. HausbesorgerInnen werden vielfach von MieterInnen körperlich attackiert, wenn es zu Konflikten kommt. Neben Beschimpfungen durch externe Personen nehmen auch Mobbing und »interne« Gewalt unter KollegInnen zu.

## Tägliche Gewalt

An die Öffentlichkeit gelangen meist nur besonders schockierende Vorfälle. vda will die tägliche Gewalt, wie sie in den Betrieben passiert, sichtbar machen. Das reicht von Beschimpfungen und Belästigungen sowie Mobbing durch MitarbeiterInnen und Vorgesetzte bis zu Beleidigungen und körperlichen Attacken durch externe Personen. Genaues Datenmaterial zur Situation in Öster-

reich gibt es bislang nicht – das Forschungsinstitut IFES führt nun im Auftrag von vda eine österreichweite Befragung unter den Beschäftigten im Verkehrs- und Dienstleistungsbereich durch, die bis Jänner 2010 abgeschlossen sein wird. Eine erste »Blitzumfrage«, die vda selbst unter 200 BetriebsrätInnen durchgeführt hat, zeigt großen Handlungsbedarf: 39 Prozent der Befragten gaben an, dass Gewalt in ihrem Betrieb bereits ein Thema gewesen sei.

## Gegensteuern

Mit der Initiative gegen Gewalt im Job knüpft vda an eine europäische Sozialpartnervereinbarung an. Die Sozialpartner haben auf EU-Ebene im April 2007 eine autonome Rahmenvereinbarung gegen Belästigung und Gewalt abgeschlossen. Die Vereinbarung sieht vor, dass Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auf nationaler Ebene ein Bewusstsein für das Problem in den Betrieben schaffen. Zusätzlich ist es Ziel, Gewalt und Belästigung im Job zu verhindern, und für Unterstützung und gute Nachbetreuung der Opfer zu sorgen. Innerhalb von drei Jahren, also bis April 2010, ist die Rahmenvereinbarung von den Sozialpartnern in den Mitgliedsstaaten umzusetzen. In Österreich ist diese Umsetzung noch ausständig.

Was unter einer ausreichenden »Umsetzung« zu verstehen ist, darüber herrscht zwischen WKÖ und der Gewerkschaft bislang kein Konsens. Rolf Gleißner, stellvertretender Leiter der Abteilung Sozialpolitik in der WKÖ, plädierte bei der vda-Auftaktveranstal-

tung dafür, gemeinsame Informationsmaterialien zur Sensibilisierung in den Betrieben zu erarbeiten. Bernhard Achitz, Leitender Sekretär im ÖGB, forderte auch gesetzliche Verbesserungen ein. Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Büros in Brüssel, berichtete von konkreten Umsetzungsschritten in anderen Ländern: Die norwegischen Sozialpartner haben für ArbeitnehmerInnen, die von Gewalt bedroht sind, das Recht auf Arbeitsniederlegung eingeführt, so Röpke.

Aus Sicht von vda ist für die Umsetzung der Rahmenvereinbarung ein umfassendes Maßnahmenpaket nötig. »Eine gemeinsame Broschüre von WKÖ und ÖGB zum Thema reicht nicht«, stellte die stellvertretende vda-Bundesgeschäftsführerin Renate Lehner klar.

## Prävention als das Um und Auf

Gewalt im Job entsteht nicht von heute auf morgen, meist handelt es sich um einen schleichenden Prozess, berichtete der Kriminalpsychologe **Thomas Müller** bei der Veranstaltung. »Drei Punkte ziehen sich durch. Eine mindestens sechs Monate andauernde negative Stress-Situation, fehlende Identifikation mit dem Betrieb, etwa nach einer Fusion. Und drittens private Probleme, zum Beispiel eine Scheidung oder der Verlust des Führerscheins«, erklärte Müller. Um gegenzusteuern sei eine persönliche, ehrliche Form der Kommunikation am Arbeitsplatz wichtig. Firmenchefs müssten sich mehr mit wertschätzender MitarbeiterInnenführung und Kommunikation befassen, sagte der Kriminalpsychologe.



**Auch dem Schauspieler Wolfgang Böck ist der Einsatz der Gewerkschaft gegen Gewalt im Job ein Anliegen. »Freunde, Gewalt löst kein Problem. Mehr Respekt! Miteinander statt gegeneinander.«**

vida sieht die Schulung der Führungskräfte als wichtigen Puzzlestein zur Prävention von Gewalt im Job; ebenfalls nötig sind Seminare für die Beschäftigten im Umgang mit Konflikten. »Die besten Konfliktmanagementseminare helfen aber nichts, wenn die Unternehmen zu wenig Personal einsetzen«, fügte vida-Vorsitzender Rudolf Kaske hinzu. Denn Letzteres führe nicht nur zu zusätzlichem Stress, sondern teils auch dazu, dass die Sicherheit der Beschäftigten, aber auch Dritter nicht gewährleistet sei.

Kein Zug ohne ZugbegleiterIn und mehr als eine Person auf Strecken und zu Zeiten, wo bekannt ist, dass es häufiger zu Gewaltvorfällen kommt, lautet deshalb eine Forderung der Gewerkschaft vida für den Bereich der EisenbahnerInnen. Für alle Branchen gilt: Ausreichend Personal ist eine Grundbedingung, um Gewalt am Arbeitsplatz hintanzuhalten.

### **Bessere Nachbetreuung**

Bei gemeldeten Vorfällen müssen die Betroffenen eine Information über den Ausgang des jeweiligen Vorfalls erhalten. »Nichts ist schlimmer, als wenn die Beschäftigten Übergriffe melden und dann gibt es vom Arbeitgeber null Feedback«, so Kaske. Weiters verlangt vida, dass die ArbeitgeberInnen im Bedarfsfall die Kosten für therapeutische oder psychologische Hilfe bzw. einen Rechtsbeistand bezahlen.

Auf Gesetzesebene verlangt vida, dass Arbeitspsychologen/-innen als verpflichtende Präventivkräfte in den Betrieben vorgesehen werden. Sie sollen Arbeitge-

berInnen und ArbeitnehmerInnen in Bezug auf psychische Belastungen als Anlaufstelle dienen. Derzeit ist im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz der verpflichtende Einsatz von ArbeitsmedizinerInnen und Sicherheitsfachkräften in den Betrieben vorgesehen, während das Gesetz in puncto Arbeitspsychologen/-innen nur eine Kann-Bestimmung enthält. Die Daten zur Entwicklung der Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen stützen die Forderung der Gewerkschaft – denn während dank Prävention die Pensionen wegen Erkrankung des Stütz- und Bewegungsapparats rückläufig sind, nehmen vorzeitige Pensionierungen aufgrund von psychischen Erkrankungen zu.

Zudem soll das Arbeitsinspektorat als Kontrollorgan für alle Arten der Gewalt im Betrieb zuständig sein.

Wer im Dienst ist, kann Gewaltsituationen weniger leicht ausweichen als in der Freizeit. Ein Kellner wird nicht einfach ein volles Lokal allein lassen, eine Nachtbuslenkerin muss ihre Linie fahren, auch wenn sie dabei immer wieder gefährlichen Situationen ausgesetzt sind. Um die ArbeitnehmerInnen besser zu schützen, verlangt vida eine Verschärfung der gesetzlichen Sanktionen bei physischer Gewalt an ArbeitnehmerInnen im Dienst.

### **Gewerkschaft hilft**

vida unterstützt BetriebsrätInnen, die gegen die Gewalt im Job aktiv werden, mit einer Musterbetriebsvereinbarung. Die Vereinbarung sieht verbindliche Leitlinien für den Umgang mit Gewalt

### **WEBLINK**

Mehr Infos unter:  
[www.tatortarbeitsplatz.at](http://www.tatortarbeitsplatz.at)

im Betrieb vor. Zusätzlich startet vida ab 2010 mit Konfliktmanagementkursen für BetriebsrätInnen und Mitglieder. Auf Initiative von vida hat der ÖGB mit November 2009 seinen Berufsschutz für Mitglieder um Kostenersatz für Hilfe bei körperlicher Gewalt im Job erweitert. Informationen zu den Service- und Hilfsleistungen der Gewerkschaft, zu der geltenden Rechtslage und den Forderungen von vida gibt es im Internet unter [www.tatortarbeitsplatz.at](http://www.tatortarbeitsplatz.at).

### **Mehr Respekt**

Mehr Respekt! Nicht nur der Kriminalpsychologe Thomas Müller unterstützt die vida-Initiative. Auch dem Schauspieler Wolfgang Böck ist der Einsatz der Gewerkschaft gegen Gewalt im Job ein Anliegen. »Freunde, Gewalt löst kein Problem. Mehr Respekt! Miteinander statt gegeneinander«, sagt Böck.

### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[martina.fassler@vida.at](mailto:martina.fassler@vida.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Konkurrent oder Kollege?

*Im Kampf um Provisionen, Prämien, den besseren Job oder mehr Einfluss zählt Fairness manchmal nichts mehr.*

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

**E**inerseits verbringen viele Menschen einen großen Teil ihrer Freizeit mit KollegInnen, der Job ist für sie Lebensmittelpunkt. Andererseits führen (finanzieller) Ehrgeiz, Machtstreben und/oder die Angst um den Arbeitsplatz manchmal dazu, KollegInnen zu belügen, hinters Licht oder aufs Glatteis zu führen. Ganz ähnlich wie in US-Fernsehserien hat die Tatsache, dass man gemeinsam nach dem Job noch was trinken geht, mit Freundschaft oder kollegialer Zuneigung nicht unbedingt etwas zu tun.

Ein gutes Arbeitsklima wünscht sich wohl jede/r, aber schon die genaue Definition, was dieses eigentlich ausmacht, könnte für Differenzen sorgen. Besonders hoch ist das Risiko für Konflikte und Intrigen überall dort, wo es um Provisionen, Prozente und Quartalsziele geht. Diese Konkurrenz wird in der Regel vom jeweiligen Arbeitgeber auch gewünscht und gefördert. Und so mancher »alte Hase« im Vertrieb ist überzeugt, dass maximaler Einsatz auch bedeutet, in der Wahl der Mittel nicht zimperlich zu sein.

## Methoden der Winner

Evelyne K. ist seit mehr als zehn Jahren für eine Bausparkasse als Kundenberaterin tätig. Erst lange nach der üblichen Einarbeitungszeit hat sie begriffen, was Geschäftsanbahnung bedeuten kann:

»Mehrere Jahre waren immer wieder dieselben Kollegen an erster Stelle bei den Umsatzzahlen. Das waren meist Summen, die ich mir nicht erklären konnte. Dann hab ich mitbekommen, dass diese Kollegen sich gezielt beispielsweise mit Empfangsdamen und TelefonistInnen anfreundeten. Auf diese Weise wurden die »großen Fische« sofort an sie weitergeleitet, die kleineren Aufträge blieben für all jene von uns, welche die KollegInnen an den Schnittstellen nicht mit Geldgeschenken, Einladungen zum Essen oder in Nachtlokale umschmeichelten.« Damit nicht genug: Um ganz sicherzugehen, dass sie entsprechende Prämien kassieren würden, haben diese Kollegen jeweils kurz vor Ende des Beobachtungszeitraums (Pseudo-)Verträge abgeschlossen, die danach innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Kündigungsfrist wieder storniert wurden.

## Konkurrenzkampf kostet Nerven

Als KollegInnen diese Machenschaften aufdeckten, passierte den findigen Verkäufern gar nichts. Diejenigen, die das alles ans Tageslicht gebracht hatten, wurden als unkollegiale Vernaderer hingestellt. Allerdings wurden kurz darauf nur noch Verträge in die Bewertung einbezogen, bei denen kein Rücktritt mehr möglich war. Evelyne K.: »Angesichts dieser tollen Erfolge unserer Super-Verkäufer habe ich sehr wohl an mir und meiner Arbeitsweise gezweifelt. Den Vorgesetzten war das natürlich nicht unrecht, dass die meisten anderen sich durch diese Ergebnisse stärker unter Druck fühlten.«

## INFO & NEWS

### Mobbing oder schlechte Umgangsformen?

Nicht ausreden lassen, lächerlich machen, anschreien, ständig kritisieren, sexuelle Belästigung oder wie Luft behandeln – diese Verhaltensweisen können Mobbing sein, aber auch nur spontane Handlungen im Konfliktfall. Mobbing erstreckt sich über einen längeren Zeitraum – mindestens einmal pro Woche über ein halbes Jahr, bei intensivem Mobbing entsprechend kürzer. Dabei geht es gezielt darum, den Betroffenen aus dem Betrieb/der Abteilung hinauszuekeln. Das müssen nicht immer offen feindliche Handlungen sein, auch das gezielte Vorenthalten von Informationen, unerklärliches Verschwinden von Unterlagen, die Verbannung in ein winziges und dunkles Büro oder gar in den Keller sowie das Zuteilen sinnloser Tätigkeiten zählen dazu.

Statt gemeinsam gegen unlautere Methoden, Kürzungen, Shareholder-Value-Prinzip etc. eine Front zu bilden, stürzen sich so manche aus Angst vor Jobverlust in einen nervenaufreibenden Konkurrenzkampf mit Kollegen. Der Fantasie sind dabei kaum Grenzen gesetzt. So kann es schon passieren, dass eine Anzeigenverkäuferin erzählt, ihre alte Tante müsse ins Seniorenheim. Die Kollegin, die seit Jahren mehrere Seniorenheime als Kunden hat, stellt ihr eine Liste mit empfehlenswerten Einrichtungen zusammen. Um ein paar Tage später zu erfahren, dass sich besagte Tante bester Ge-



Konflikte gibt es überall, für ein dauerhaft schlechtes Betriebsklima ist meist die Chefetage verantwortlich. Unruhestifter, Intrigen und mangelnde Konfliktkultur einfach auszublenden und zu hoffen, dass sich alles von selbst erledigt, kann genauso schaden wie ständiger Druck.

sundheit erfreut – und die Kollegin an eines der Seniorenheime eine Anzeige verkauft hat.

### Schlechtes Betriebsklima

Ob Konflikte und Intrigen hinter verbindlichem Lächeln versteckt werden oder lautstarke Auseinandersetzungen, Sticheleien und Ähnliches an der Tagesordnung sind – schlechte Stimmung belastet nicht nur die Betroffenen, sondern auch allgemein das Betriebsklima. Selbst dann, wenn dieses Verhalten im Unternehmen nicht allgemein üblich, sondern nur ein Einzelfall ist. Konflikte gibt es überall, für ein dauerhaft schlechtes Betriebsklima ist meist die Chefetage verantwortlich. Unruhestifter, Intrigen und mangelnde Konfliktkultur einfach auszublenden und zu hoffen, dass sich alles von selbst erledigt, kann genauso schaden wie ständiger Druck. Kompetenzstreitigkeiten, unklare Anweisungen sowie fehlender Kunden- bzw. Gebietsschutz im Verkauf führen mittelfristig nicht zu gesunder Konkurrenz, sondern zu Streitigkeiten, Intrigen und demotivierten MitarbeiterInnen. Mangelnde Wertschätzung nach dem Motto »Nicht geschimpft ist genug gelobt« und Leitsprüche wie »Stress ist was für Schwache« oder »Druck macht aus Kohle Diamanten« wirken alles andere als leistungsfördernd. Aber auch Langeweile kann unter Umständen negative Auswirkungen haben. Wer unzufrieden, demotiviert oder unterfordert ist, hat für Intrigen und Bosheiten mehr Zeit als ausgelastete KollegInnen.

Selbst dann, wenn alle FirmenmitarbeiterInnen an einem Strang ziehen, ist

Teamwork an sich schon eine Herausforderung: Die verschiedenen Generationen haben zum Teil sehr unterschiedliche Vorstellungen von Leistung und Arbeitsqualität; mitunter prallen völlig verschiedene Charaktere und Kulturen aufeinander, wodurch manchmal schon Kleinigkeiten zu tagelangen Streitigkeiten und (unterschwelliger) Frontenbildung führen können.

Bei vielen Konflikten besteht die Gefahr, dass sie sich »wie von selbst« verschärfen. Spannungen und Stress machen die Beteiligten ungeduldig und bewirken immer neuen Ärger. Die Emotionen schaukeln sich hoch, ein Wort ergibt das andere, bis die Situation nur noch schwer kontrollierbar ist. Schuldzuweisungen, Verallgemeinerungen, Entweder-Oder-Standpunkte machen – ähnlich wie bei privaten Konflikten – dann alles nur noch schlimmer.

Noch diffiziler ist der Umgang mit verdeckten Problemen. Aus Angst um den Job wartet man vielleicht zu lange zu und beobachtet wie KollegInnen Intrigen spinnen, in wichtigen Angelegenheiten nicht die Wahrheit sagen, andere übervorteilen u. Ä. Wirklich talentierte IntrigantInnen arbeiten mit subtilen Methoden. Da reicht manchmal schon viel-sagendes Schweigen, ein Blick oder ein Schulterzucken. Wer Derartiges beobachtet, steht vielleicht bald vor der Entscheidung, ob ihm Ethik und Moral oder der Job wichtiger sind. Welche Konsequenzen kann die Wahrheit haben? Steht man dann womöglich völlig allein da? Prinzipiell sinnvoll ist es – ähnlich wie bei Mobbing – alles genau und mit Datum zu notieren. Der Betriebsrat als

### WEBLINK

»Konflikte am Arbeitsplatz erfolgreich bewältigen« Broschüre der AK-Salzburg  
[www.arbeiterkammer.at/bilder/d18/KonfliktteamArbeitsplatz1.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d18/KonfliktteamArbeitsplatz1.pdf)

Vertrauensperson kann hier eine wichtige Rolle spielen.

Idealerweise gibt es einen/eine CheffIn oder engagierte MitarbeiterInnen, die das Team zusammenhalten, Unterschiede erkennen, respektieren und möglichst ausgleichen. So kann man zwar keineswegs jegliche Konflikte vermeiden, aber auch Pedanten, Einzelgänger, Besserwisser u. Ä. zu wertvollen, respektierten Teammitgliedern machen.

### Nicht im Stich lassen

Zum Glück sind auch noch in Zeiten wie diesen die meisten ArbeitnehmerInnen mit dem Betriebsklima und ihren KollegInnen zufrieden. So gehen laut dem aktuellen Arbeitsgesundheitsmonitor der AK OÖ 58 Prozent trotz Krankheit arbeiten – nicht aus Angst um den Job, sondern weil sie die Kollegen nicht im Stich lassen wollen.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Neid-Debatten

*Im Zentrum der Diskussion steht die Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Gerade der Neoliberalismus hat sich dieser Debatte bedient, um den Wohlfahrtsstaat anzugreifen.*

Autor: Sebastian Baryli

Journalist in Wien

**W**er von Neid spricht, der meint meist etwas völlig anderes, ohne das Kind beim Namen nennen zu wollen. Fast alle historischen Neid-Debatten haben sich rasch als Diskussion über den Erhalt oder die Neuordnung des Systems sozialer Gerechtigkeit entpuppt. Auch jetzt hat Österreich wieder eine solche Debatte erfasst. Und auch diesmal steht der zentrale Begriff in dieser Diskussion als Chiffre für einen Angriff auf das System sozialer Gerechtigkeit.

## Blick zurück

Um die aktuelle Debatte besser einordnen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit durchaus sinnvoll. Denn in der Geschichte haben sich unterschiedliche Formen der Neid-Debatte herausgebildet. Schon im 19. Jahrhundert war die Arbeiterbewegung mit dem Vorwurf des Neids konfrontiert. Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen wurden als Ausfluss eines unkontrollierbaren, der Vernunft unzugänglichen Affekts gewertet. Heute haben sich die Paradigmen dieser Debatte grundlegend gewandelt: Während früher die gesellschaftlichen Eliten ihre Interessen mit dem Neid-Vorwurf gepanzert hatten, so versucht man heute im Namen des neidvollen Blickes – Schlagwort Transparenz – das System staatlicher

Transferleistungen infrage zu stellen. Die wesentliche Pointe des Neid-Diskurses hat sich damit verschoben.

## Neid und Lohnkämpfe

Die Neid-Debatte hat also viele Gesichter. Auch der Sozialwissenschaftler Emmerich Tálos von der Universität Wien unterscheidet zumindest zwei Arten innerhalb dieser Diskussion: »In ihrer ersten Form wirft die Debatte die Frage auf, ob die Reichen ihr Vermögen eigentlich zu Recht besitzen.« Dieser Diskussionsstrang reicht bis in die Ursprünge der Arbeiterbewegung zurück. Denn in der langen Geschichte von Lohnkämpfen wurde die Forderung nach besserer Bezahlung und kürzerer Arbeitszeit immer wieder unter dem Verweis abgeschmettert, man würde bloß den Fabriksbesitzern Vermögen und Stellung neiden. »Dieser Strang setzt sich bis zur aktuellen Diskussion über Manager-Gehälter fort. Wenn man das Gehalt eines Herrn Ackermanns kennt, stellt sich die Frage, welchen Bezug das zu einer erbrachten Leistung hat«, verdeutlicht Tálos.

Dieser Strang der Neid-Debatte ist aber doppeldeutig: Auf der einen Seite existierte Neid als subjektives Gefühl in der Arbeiterbewegung tatsächlich, andererseits wurde der Vorwurf gezielt als Strategie der Eliten genutzt, um den berechtigten Forderungen nicht nachkommen zu müssen. Im Zentrum stand jedenfalls die Frage nach einer gerechten Verteilung gesellschaftlicher Güter. Die Forderungen der Schlechtgestellten wurden meist als Neid auf die Stellung der sozialen Eliten interpretiert.

Selbst in der Philosophie manifestierte sich diese Form der Neiddebatte. Auf konservativer Seite interpretierte Friedrich Nietzsche in »Zur Genealogie der Moral« Neid als Ressentiment der sozial Benachteiligten. In seiner Sichtweise würde man damit einer Sklaven-Moral folgen, die in krassem Gegensatz zur Herren-Moral stünde. Damit hatte Nietzsche die Grundlagen des Kampfes um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen infrage gestellt.

Dementgegen interpretierte Karl Marx den sozialen Neid der Arbeiterbewegung als Herausforderung für die Bewegung. Er sah darin eine naive Form des sozialen Protests gegen die Besitzenden in der Gesellschaft. So schreibt er in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten: »Der Gedanke jedes Privateigentums als eines solchen ist wenigstens gegen das reichere Privateigentum als Neid und Nivellierungssucht gekehrt, sodass diese sogar das Wesen der Konkurrenz ausmachen.« Teile der Arbeiterbewegung vollziehen »nur die Vollendung dieses Neides und dieser Nivellierung von dem vorgestellten Minimum aus«.

## Neid und Sozialschmarotzer

Eine neue Form der Neid-Debatte hat sich vor allem während der Krise des Keynesianismus im Übergang zum Neoliberalismus herausgebildet. »In ihrer zweiten Form äußert sie sich vor allem als Sozialschmarotzer-Debatte. Dabei wird gegen Empfänger von Sozialleistungen polemisiert«, erklärt der Politologe Tálos. Der Neid kehrt sich dabei gegen die untersten Schichten der Gesellschaft:

Auf der einen Seite existierte Neid als subjektives Gefühl in der Arbeiterbewegung tatsächlich, andererseits wurde der Vorwurf gezielt als Strategie der Eliten genutzt, um den berechtigten Forderungen nicht nachkommen zu müssen. Im Zentrum stand jedenfalls die Frage nach einer gerechten Verteilung gesellschaftlicher Güter. Die Forderungen der Schlechtergestellten wurden meist als Neid auf die Stellung der sozialen Eliten interpretiert.

Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld werden nun absurderweise das Objekt der Begierde. Ihnen wird unterstellt, sie würden die Leistungen zu Unrecht erhalten. Damit hat sich aber die wesentliche Stoßrichtung der Neid-Debatte verschoben: Denn während früher die gesellschaftliche Elite der Arbeiterklasse den Neid zum Vorwurf machte, wird er nun als Tugend erkannt. Im Namen einer Leistungsgerechtigkeit wird gegen den Sozialstaat gewettert. Man neidet dem sogenannten Sozialschmarotzer seinen Müßiggang und macht das System der Umverteilung dafür verantwortlich. Die strategische Richtung wendet sich damit gegen wesentliche Elemente des Wohlfahrtsstaates.

### Neid und Wettbewerb

Dennoch zweifeln SozialwissenschaftlerInnen daran, dass der Neid als subjektiver Affekt tatsächlich ein gesellschaftlich relevantes Phänomen darstellt: »Der Neoliberalismus geht grundsätzlich davon aus, dass der Wohlfahrtsstaat überdehnt und überfinanziert sei, und dass dieser Individuen vom Wettbewerb abhalte. Die Neid-Debatte dient aber weniger dazu, tatsächlich den Neid zu schüren, als vielmehr auf diesen Weg die Mechanismen der Umverteilung anzugreifen«, meint dazu Tálós. Auch der Politikwissenschaftler Ulrich Brand von der Universität Wien zeigt sich skeptisch: »Der Neoliberalismus verschärft die Konkurrenz und betont den Wettbewerb der Individuen miteinander. Dennoch zweifle ich daran, dass dies zu mehr Neid in der Gesellschaft führt. Aufgrund des

verstärkten Wettbewerbs haben die Menschen möglicherweise sogar weniger Zeit, um sich gegenseitig etwas zu neiden.«

### Solidarität versus Konkurrenz

Alle historischen Neid-Debatten kreisten also letztendlich um die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Neid an sich kann zwar bloß als ein subjektiver Affekt, als Missvergnügen über den Besitz oder die Stellung anderer interpretiert werden. Dennoch haben die Neid-Debatten eine wesentliche gesellschaftliche Relevanz: »Der Vorwurf des Neids ist ein Reflex der konservativen Eliten, um ihre eigene Position zu legitimieren. Gleichzeitig werden damit gegnerische Positionen delegitimiert«, erklärt Ulrich Brand.

Zwar hat sich die Funktion und der Zusammenhang des Neid-Begriffs – wie wir gesehen haben – stark verändert, doch die grundlegenden Paradigmen der Diskussion um soziale Gerechtigkeit sind für diese Diskussion immer bestimmend gewesen: Gemeinschaft versus Individuum, Solidarität versus Konkurrenz. Die **hegemoniale** Stellung des Neoliberalismus hat die Konkurrenz des Individuums für **sakrosankt** erklärt. Und obwohl gemeinschaftlich orientierte Positionen schon einige Rückschläge einstecken mussten, so ist der Schrei des Liberalismus noch nicht verstummt. Erst im Juni veröffentlichte Peter Sloterdijk in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen polemischen Essay über die Zukunft des Kapitalismus. Darin wettert er über die »**Kleptokratie** des Staates«, die es ermöglichen würde, »dass die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben«.

## BUCHTIPP

### Attac Sommerakademie 2009

mit einem Beitrag von Ulrich Brand  
2009, 102 Seiten, € 14,90  
ISBN: 978-3-7035-1401-2

### Vorbestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Um eine ehrliche Debatte zu ermöglichen, wäre es also sinnvoll, weniger von Neid als vielmehr von sozialer Gerechtigkeit zu sprechen.

### Verschobene Paradigmen

Der Neoliberalismus hat die Paradigmen der Debatte deutlich verschoben, um weitere Attacken gegen Umverteilungsmechanismen zu lancieren. »Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, dass die Neid-Diskussion ein Sprechen über soziale Gerechtigkeit verunmöglicht«, meint dazu Brand. Doch gerade in ihrer neuen Form, der Sozialschmarotzer-Debatte, ist die Neid-Diskussion tief in die Poren der Gesellschaft eingedrungen.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[sebastian.baryli@gmx.at](mailto:sebastian.baryli@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Kollateralschaden

*Die Selbstmorde bei France Telecom beschäftigen Gewerkschaften, Unternehmenschefs, MinisterInnen und Fachleute.*

Autorin: Dr. Barbara Lavaud

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit GPA-djp

**A**n etwas zu glauben, was es in Wahrheit nicht gebe, nenne man in der Psychiatrie einen Wahn«, sagt der französische Statistiker Rene Padieu in einem Kommentar in der katholischen Zeitung »La Croix«. Padieus Berechnungen zufolge liegt die Selbstmordrate der Beschäftigten des französischen Telekommunikationsriesen France Telecom nämlich nicht über dem statistischen Durchschnitt von knapp 20 Selbstmorden pro 100.000 aktiven Beschäftigten – im Gegenteil, sie liege sogar knapp darunter. 24 Suizide in 19 Monaten bei einem Unternehmen mit 100.000 MitarbeiterInnen, das mache ja nur 15 pro Jahr, rechnet Padieu nach. Man könne daher von keiner Selbstmordwelle reden, offenbar ließen sich hier alle von einem Wahn erfassen, »die Beschäftigten, Geschäftsführung, Minister, Gewerkschaft, Journalisten, Kommentatoren, Sie und ich.«

## Wachsendes Entsetzen

Während der Statistiker emotionslos Zahlen aneinanderreicht, verfolgen in Frankreich die Öffentlichkeit und die Gewerkschaften seit Monaten mit wachsendem Entsetzen die Selbsttötungen der MitarbeiterInnen des Telecom-Konzerns mit. Die Selbstmordserie hatte zuletzt sogar die Regierung in Paris auf den Plan gerufen, die ein Viertel der Unterneh-

mensaktien des früheren Staatsunternehmens hält. Die französischen Gewerkschaften gehen davon aus, dass ein Teil der Selbstmorde und Selbstmordversuche direkt auf die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und den 2006 eingeleiteten Konzernumbau mit Zehntausenden Entlassungen und Versetzungen zurückzuführen ist. So sieht das Programm »time to move« schnellen Stellenwechsel vor, bei dem MitarbeiterInnen auf beliebige – und oft degradierende – Posten versetzt werden können. In den vergangenen Jahren hatte der Konzern außerdem 22.000 Stellen gestrichen.

Auf einen Zusammenhang zwischen den Suiziden und einer menschenfeindlichen Unternehmensführung weist auch der Inhalt von Abschiedsbriefen hin. »Der einzige Grund ist die Arbeit«, begründet ein Techniker im Juli in seinem Abschiedsbrief seinen Freitod, »der permanente Druck, die Überlastung, die fehlende Weiterbildung, die Desorganisation und das Management mit dem Terror.« Anfang September stößt sich während einer dienstlichen Sitzung ein Mitarbeiter in Troyes ein Messer in den Bauch. Er überlebt und erklärt später im Krankenhaus, dass er seine zwangsweise Versetzung nicht ertragen habe. Ende September wirft sich ein 51-jähriger Mitarbeiter auf eine Autobahn nahe Annecy. »Leiden am Arbeitsplatz«, formuliert er es in seinem Abschiedsbrief.

Nur eine Woche, nachdem der Statistiker Padieu den Franzosen versichert hatte, dass hier alles seine mathematische Richtigkeit habe, versuchte neuerlich ein 32-jähriger Angestellter in einem France-Telecom-Callcenter in Paris, sich während

der Arbeit das Leben zu nehmen und nahm eine Überdosis Medikamente. Er hatte Glück, denn er wurde von Kollegen gerettet und ins Krankenhaus gebracht.

Anfang Oktober protestierten die Beschäftigten des Unternehmens schließlich mittels Streik. Konzernchef Didier Lombard wurde daraufhin ins Ministerium zitiert. Wirtschaftsministerin Christine Lagarde forderte ihn und die gesamte Unternehmensführung nachdrücklich auf, behutsamer mit den MitarbeiterInnen umzugehen. Der für seinen harten Sparkurs bekannte Vizechef des Unternehmens, Louis-Pierre Wenes, wurde auf Druck der Gewerkschaften entlassen.

## »Nicht flexibel genug«

Wenes galt als Urheber der unpopulären Maßnahmen zum Konzernumbau. Er war federführend beim Abbau der 22.000 Stellen. Als er öffentlich sagte, die Selbstmorde betrafen nur eine Handvoll Leute, die nicht flexibel gewesen seien, war er ins Kreuzfeuer der Kritik geraten.

Didier Lombard gestand schließlich Fehler seitens der Konzernleitung ein. Er habe »wahrscheinlich bestimmten Anzeichen für die Stimmung und Lage der Beschäftigten nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt«, sagte Lombard in einem Interview. Im laufenden Konzernumbau sei »eine gewisse Zahl menschlicher Faktoren unterschätzt worden«. Um das Unternehmen leistungsfähiger zu machen, habe das Management »zu schnell große Veränderungen« durchsetzen wollen.

Die Selbstmord-Serie könnte dem Konzern nun aber teuer zu stehen kommen: Der ehemalige Staatsmonopolist

**Ungerechtigkeiten oder Mobbing gab es immer schon – doch es gab früher auch Solidarität unter den Beschäftigten. Dazu kommt besonders in Krisenzeiten die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust. KollegInnen können vor diesem Hintergrund gegeneinander ausgespielt werden und das Zusammenleben wird vergiftet, analysiert Dejours.**

erklärte bei der Vorlage seiner Geschäftszahlen Ende Oktober, die Bemühungen zur Entspannung der Situation könnten mit bis zu einer Milliarde Euro zu Buche schlagen. Auf Druck von Gewerkschaften und Öffentlichkeit seien die Restrukturierungsmaßnahmen nun auf Eis gelegt worden.

### Fragebögen an die Beschäftigten

Konzern-Chef Lombard willigt schließlich auch in die von der Gewerkschaft geforderten »Stressverhandlungen« ein. Als erste Maßnahme wurden Fragebögen an alle Beschäftigten versandt. Die MitarbeiterInnen erhielten einen Multiple-Choice-Bogen mit 160 Punkten, darunter: »Ich werde an meinem Arbeitsplatz ungerecht behandelt.« »Bei der Arbeit werde ich ausgebeutet.« »In den sieben letzten Tagen stand ich kurz vor den Tränen.« Schon am ersten Tag beantworteten 25.000 Personen den Fragebogen.

Dem Psychiater Christophe Dejours ist das zu wenig. »160 Fragen, wozu ist das gut, was macht man damit?«, fragt der Fachmann, der ein Buch zum Thema Arbeit und Selbstmord geschrieben hat. Der Fragebogen sei vor allem ein Zeichen der Kommunikation nach außen. Die Auswertung der Daten werde nichts bringen, »wir haben schon die Selbstmorde, das reicht«.

Für den Psychiater Dejours liegt die Hauptursache für die Suizide am Arbeitsplatz in einer deutlichen Verschlechterung des alltäglichen Zusammenlebens. Ungerechtigkeiten oder Mobbing gab es immer schon – doch es gab früher auch Solidarität unter den Beschäftigten. Da-

zu kommt besonders in Krisenzeiten die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust. KollegInnen können vor diesem Hintergrund gegeneinander ausgespielt werden und das Zusammenleben wird vergiftet, analysiert Dejours. Vor allem die Führungskräfte werden immer mehr zu Einzelkämpfern um Geld und Karriere, das Miteinander bleibt auf der Strecke.

Dejours forscht seit mehreren Jahren über das Thema Selbstmord am Arbeitsplatz. Während sich früher Menschen zumeist bei sich zu Hause das Leben nahmen, beobachtet er seit knapp zehn Jahren eine Zunahme der Suizide am Arbeitsplatz, oft direkt vor den Augen der KollegInnen. Dejours plädiert für einen anderen Umgang mit dem Phänomen: Einen Selbstmord nachher zu verschweigen oder zu verleugnen sei die schlechteste Strategie. Es müsse vielmehr alle KollegInnen und Vorgesetzten die Möglichkeit gegeben werden, offen über den Tod zu sprechen, sei es mit ArbeitsmedizinerInnen, TherapeutInnen oder anderen professionellen HelferInnen. Schweigen schafft Schuldgefühle und diese – im schlimmsten Fall – weitere Suizide.

Nicht nur die Beschäftigten des Telecom-Konzerns leiden. Gleichzeitig mit France Télécom beginnen auch andere große Unternehmen sogenannte »Stressverhandlungen«, die die Arbeitsbedingungen verbessern sollen. In einigen von ihnen – darunter Renault, Peugeot, Novartis, LVMH und BNP – gibt oder gab es ebenfalls Selbstmordwellen.

Und auch eine ganz andere Berufsgruppe macht derzeit in Frankreich in der Selbstmordstatistik von sich reden: Die Polizei. Sie leidet an schlechten Arbeits-

### WEBLINK

Doku auf ARTE:  
[www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/Burnout/2892482.html](http://www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/Burnout/2892482.html)

bedingungen, ihrem negativem Image bei der Bevölkerung und vor allem am enormen Druck »von oben«.

### Diskussion entfacht

Die mediale Beachtung, die das tragische Phänomen in den vergangenen Monaten fand, hat immerhin dazu geführt, dass sich nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Arbeitgeber und Unternehmer notgedrungen mit der Problematik auseinandersetzen und Themen wie Mobbing, Arbeitsdruck, Burn-out und Entsolidarisierung diskutiert und ernst genommen werden.

Denn selbst wenn die Selbstmordrate im statistischen Mittel bleibt, so ist jeder einzelne Tote am Arbeitsplatz eben nicht nur ein Kollateralschaden einer neuen Arbeitsorganisation, sondern direktes Opfer einer menschenfeindlichen Unternehmenspolitik.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[barbara.javaud@gpa-djp.at](mailto:barbara.javaud@gpa-djp.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Um jeden Preis

*Im Namen des Wettbewerbs wächst der Druck auf die ArbeitnehmerInnen. Beschäftigte in der Telekom-Branche sind vermehrt Burn-out-gefährdet.*

Autor: Werner Luksch

Vorsitzender der Personalvertretung  
der mobilkom austria

**A**rbeitnehmerInnen sind dem Wettbewerbsdruck, ständigen Restrukturierungen, Firmenübernahmen und MitarbeiterInnenabbau ohne einer starken ArbeitnehmerInnenvertretung schutzlos ausgeliefert. Welche Auswirkungen diese sich steigernde Entwicklung auf die Menschen in der Telekom-Branche in Österreich hat, zeigt die Umfrage »Wie geht's Dir in Deinem Job?«, die ich als Vorsitzender der Personalvertretung der mobilkom austria gemeinsam mit Betriebsräten von T-Mobile, Tele 2, Orange und UPC in Auftrag gegeben habe.

Das Ergebnis der IFES-Umfrage vor einem Jahr gibt Grund, Alarm zu schlagen: Den KollegInnen der Telekom-Branche droht Burn-out. Die Arbeitsbedingungen unter dem extremen Wettbewerbsdruck in dieser Branche machen die arbeitenden Menschen krank, wie die Umfrage-Ergebnisse beweisen.

## Umfrage-Ergebnisse

58 Prozent der Beschäftigten in den genannten Telekom-Unternehmen haben sich an der Online-Umfrage beteiligt. 7.328 Beschäftigte wurden mittels individuellen Zugangscodes zur Befragung eingeladen, 4.261 sind dieser Einladung gefolgt und haben den Fragebogen beantwortet.

Neben Stress durch technische Probleme und Zeitdruck betreffen die Klagen der Befragten zu

- 49 Prozent sehr starke und starke Belastung durch Arbeiten an Bildschirmen,
- 35 Prozent sehr starke und starke Belastung durch die Notwendigkeit der ständigen Konzentration,
- 19 Prozent unregelmäßige Arbeitszeiten.

Der hohe Stressfaktor führt bei den Beschäftigten zu erheblichen Gesundheitsproblemen. Die Werte liegen hier zum Teil erheblich über denen des aktuellen Gesundheitsmonitors, einer repräsentativen Erhebung über die Gesundheitsprobleme aller ArbeitnehmerInnen Österreichs.

Diesen Gesundheitsmonitor erhebt das IFES vierteljährlich für die Arbeiterkammer Oberösterreich.

Die Beschäftigten klagen über sehr häufige oder häufige Beschwerden durch

- Muskelverspannungen im Schulterbereich: 50 Prozent (Monitor: 14 Prozent),
- Rücken- und Kreuzschmerzen: 37 Prozent. (Monitor: 16 Prozent),
- Augenprobleme: 27 Prozent (Monitor: vier Prozent),
- Kopfschmerzen und Migräne: 23 Prozent (Monitor: acht Prozent),
- Erschöpfung, Mattigkeit, rasche Ermüdung und Niedergeschlagenheit: 41 Prozent (Monitor: acht Prozent),

■ Burn-out-Phänomene, von Arbeit ausgelaugt: 29 Prozent (Monitor: 15 Prozent); am Abend verbraucht: 35 Prozent (Monitor: 14 Prozent); müde und abgespannt: 31 Prozent (Monitor: 15 Prozent).

Die Gesundheitsbelastung der Beschäftigten in der Telekom-Branche ist damit erheblich größer als im gesamtösterreichischen Durchschnitt.

## Und das sind die Folgen

An gesundheitsfördernden Lösungen für die ArbeitnehmerInnen denkt derzeit anscheinend niemand. Langfristige Planungen scheinen unerwünscht zu sein, steigender Leistungsdruck für kurzfristige Finanzerfolge ist die Praxis. Viele Unternehmen setzen darauf, Beschäftigte abzubauen, um mehr Gewinn zu machen. Die Erfahrung zeigt jedoch: Das funktioniert höchstens kurzfristig. In Wirklichkeit können solche Handlungen Unternehmen schweren Schaden zufügen. Sie vernichten dadurch in Wirklichkeit Erfahrung und Motivation von MitarbeiterInnen, wertvolles Humankapital, das nicht so schnell wieder aufgebaut werden kann. Drei Punkte sind dabei entscheidend:

- Alle KollegInnen, die ein Unternehmen verlassen müssen, wurden bei ihrer Einstellung sorgsam ausgesucht und unter hohen Kosten aus- und weitergebildet. Dieses Kapital ist und bleibt verloren!
- Alle KollegInnen nehmen ihr aufgebautes Wissen mit! Darunter leiden Arbeitsprozesse und Service, also letztlich die Kunden/-innen. Die Qualität der Leistungen des Unternehmens sinkt!





**Uns ist klar, dass gerade in Krisenzeiten besonders auf Kosten geachtet werden muss. Das kann aber nicht vor allem durch hartes Sparen bei den MitarbeiterInnen geschehen.**

■ Kündigungen führen zu Gerüchten, lösen Angst aus, es bleibt weniger Platz, um die Arbeit zufriedenstellend erledigen zu können. Bei den MitarbeiterInnen geht die Motivation verloren!

Wohin führt diese Entwicklung? Da brauchen wir uns nur in der Branche umzuhören. Immer wieder gibt es neue Sozialpläne, immer wieder gibt es Umstrukturierungen, immer wieder bleiben MitarbeiterInnen der Firmen auf der Strecke und verlieren ihren Arbeitsplatz. Immer mehr MitarbeiterInnen fühlen sich wie im Frühkapitalismus: Wer nicht funktioniert, geht. Und aufmucken ist verboten.

### Tod in Frankreich

Das Unternehmen France Telecom führte seit Monaten einen Nerven- und Wirtschaftskrieg gegen die eigenen MitarbeiterInnen. Verluste gibt es nur auf einer Seite, der Seite der Beschäftigten. Auf der gesamten Belegschaft lastete und lastet ein ungeheurer Druck, der durch die Ausichtslosigkeit, nach der Entlassung eine neue Stelle zu finden, noch verschärft wird. Dazu kamen Arbeitsstress, Konkurrenz und hohe Leistungserwartungen.

Mitte September dann der schreckliche Höhepunkt: Eine 53 Jahre alte Angestellte stürzte sich direkt nach einer Besprechung mit ihrem Vorgesetzten vom vierten Stock aus dem Fenster, das 24. Opfer und erstmals eine Frau. Der Fall sorgte für viel Aufmerksamkeit und ein großes mediales Echo. Didier Lombard, der Präsident von France Telecom, wurde zu Arbeitsminister Xavier Darcos zitiert. Tags darauf erklärte France Telecom, die

Pläne für den Konzernumbau würden bis Ende Oktober auf Eis gelegt, Zwangsversetzungen bis Dezember eingestellt. Lombard gestand: »Ich habe das Leiden nicht ernst genug genommen.« Bei einem öffentlichen Auftritt wurde er mit »Mörder«-Rufen empfangen.

### Der österreichische Weg

mobilkom austria zeigt seit 13 Jahren einen anderen Weg vor. Wir haben es geschafft, unser bisheriges Management Heinz Sundt, Boris Nemsic davon zu überzeugen – und auch bei Hannes Ametsreiter wird uns das gelingen –, dass unser gemeinsamer Weg der richtige ist. Wir sind der einzige Betreiber, bei dem es bis dato noch keine Massenkündigungen oder Outsourcing im großen Stil gab. Dies, obwohl in unserer Branche Sozialpläne an der Tagesordnung sind!

Unsere KollegInnen haben es trotz des härtesten Marktverdrängungswettbewerbs in Europa und zehn Jahre nachteiliger Regulierung – die nur der mobilkom austria, nicht den Mitbewerbern Kosten verursacht hat – geschafft, Jahr für Jahr hervorragende Ergebnisse zu erzielen. Der Vorsprung gegenüber unseren sehr starken Mitbewerbern wurde kontinuierlich ausgebaut.

Uns ist klar, dass gerade in Krisenzeiten besonders auf Kosten geachtet werden muss. Das kann aber nicht vor allem durch hartes Sparen bei den MitarbeiterInnen geschehen. Umso weniger, als die mobilkom austria laut internationalem Cost-Benchmark bereits jetzt zu den effizientesten Mobilfunkunternehmen im weltweiten Vergleich zählt. Das ist vor

### WEBLINK

Arbeitsklimaindex  
mit Gesundheitsmonitor  
[www.arbeitsklimaindex.at](http://www.arbeitsklimaindex.at)

allem die Leistung aller MitarbeiterInnen! Sie sollen daher weiter in einem sicheren, verlässlichen Umfeld arbeiten können. Dafür zu sorgen, ist eine Kernaufgabe des neuen Managements.

### Start up statt Burn-out

2010 starten wir unter der Schirmherrschaft von Generaldirektor Hannes Ametsreiter ein neues Projekt in der mobilkom austria: Wir nennen es »Start up statt Burn-out«. Das Ziel ist eine generelle Neuausrichtung im Gesundheitsmanagement der mobilkom austria. Der Grundgedanke des Programms ist es, dass alle bestehenden und auch neue Angebote in ein professionelles Gesundheitsmanagementkonzept einfließen. Betriebliche Gesundheitsförderung muss sich in Zukunft in allen Arbeitsprozessen der mobilkom austria wie ein roter Faden durchziehen.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[w.luksch@mobilkom.at](mailto:w.luksch@mobilkom.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Giraffen und Wölfe

*Die gewaltfreie Kommunikation (GFK) nach Marshall Rosenberg halten manche für einen Universalschlüssel für das menschliche Miteinander.*

Autor: Mag. Christian Rütther, MBA

Zertifizierter GFK-Trainer (CNVC), Mediator,  
Coach, Organisationsberater, LSB

**D**ie gewaltfreie Kommunikation (GFK) nach **Marshall Rosenberg** ist eine Grundhaltung, wie ich mir selbst und meinen Mitmenschen gegenüber trete, und eine Technik, die es mir ermöglicht, in vielen Situationen empathisch mit mir selbst und anderen umzugehen, Konflikte sanft und ehrlich anzusprechen und zu Lösungen zu kommen, die für beide Parteien passen.

Grundlegendes Ziel in der GFK ist es:

- Verstehen und verstanden werden – die »gute« Absicht hinter vermeintlich »negativen« Handlungen/Worten herauschälen
- Respektvoller, partnerschaftlicher Umgang
- Aus einer inneren Kraft, aus der Verbindung mit den eigenen Werten leben
- Gemeinsam Wege finden, die die Bedürfnisse aller berücksichtigen (Konsens-/Win-win-Lösungen)

## Grundhaltung der GFK

Marshall Rosenberg war ein Schüler von Carl Rogers und dessen Grundwerte finden sich auch in der GFK. Es geht um Echtheit und Authentizität. Ich sage, was ich wahrnehme, fühle, brauche und vom anderen erbitte, ich rede nicht um den heißen Brei oder verstehe mich. Ich versuche mir selbst und meinem Gegenüber

empathisch zu begegnen, d. h. mich und ihn wertschätzend anzusehen und die guten Gründe zu verstehen, die hinter jedem Verhalten stecken. Ich möchte verstehen und akzeptiere den Menschen erstmal so wie er ist. Als Ganzes, das heißt nicht, dass ich sein Verhalten mag, aber den Menschen und die »gute« Absicht hinter dem Verhalten, in der GFK Bedürfnisse oder Werte genannt. Ich habe das Grundvertrauen, dass jeder Mensch von Natur her ein mitfühlendes Wesen ist und möchte diesen Teil des Menschen stärken, auch wenn Konditionierungen und Erfahrungen, da einiges überdeckt oder verschlossen haben. Ich möchte einen partnerschaftlichen Umgang mit meinem Gegenüber pflegen, egal in welcher Rolle wir uns begegnen.

## Giraffen- und Wolfssprache

Marshall Rosenberg hat für die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) auch das Bild der Giraffensprache gewählt. Giraffen sind die Landsäugetiere mit dem größten Herzen, Vegetarier und brauchen keine anderen Tiere zu töten, sie haben Weitblick und könnten sich auch verteidigen. Der Hufschlag einer Giraffe kann einen Löwen niederstrecken.

Bild für das »normale« Bewusstsein, das wir in unserem Alltag haben und das besonders in Konfliktsituationen die Oberhand gewinnt, ist die Wolfssprache. Dabei ging es nicht um eine Abwertung des Wolfes, sondern um ein Bild, das eine bestimmte Sichtweise der Welt beschreibt. Ein und dieselbe Situation kann man aus dem Bewusstsein der Giraffe oder des Wolfes betrachten, die Situation

## WEBLINKS

Homepage des Autors:  
[www.gfk-training.com](http://www.gfk-training.com)

Vereins für GFK in Österreich  
[www.gewaltfrei.at](http://www.gewaltfrei.at)

Center for Nonviolent Communication  
[www.cnvc.org](http://www.cnvc.org)

bleibt gleich, die persönliche Reaktion ändert sich entscheidend. Entweder ich spiele das Spiel »Du bist schuld an meinem Ärger«, oder ich übernehme Verantwortung für meine Gefühle und verstehe sie als Hinweise für meine unerfüllten Bedürfnisse und versuche, gut für mich zu sorgen. Entweder ich werte mein Gegenüber im Streit ab, oder ich verbinde mich mit den unerfüllten Bedürfnissen von mir und meinem Gegenüber. Giraffen sehen nur Giraffen, Wölfe nur Wölfe.

Dabei geht es bei den beiden Bildern nicht nur darum, immer mehr in das Bewusstsein der Giraffe zu kommen, sondern auch darum, den eigenen und fremden Wolf zu lieben und transformieren. Es geht nicht darum, ihn zu unterdrücken. Der Wolf ist oft Träger einer wichtigen Botschaft, die entschlüsselt gehört.

Der Rahmen der GFK ist die Absicht, einander zu verstehen und die Verbindung zu stärken. GFK ist fast immer Beziehungsarbeit, erst nach gemeinsamen Verstehen kommt der Blick auf die Lösungen, die dann oftmals von selbst kommen. Dazu gehört auch Mut, authentisch zu sein, angepasst an die Anforderung der Situation und meinem Gegenüber wert-



Bild für das »normale« Bewusstsein, das wir in unserem Alltag haben und das besonders in Konfliktsituationen die Oberhand gewinnt, ist die Wolfssprache.

schätzend und empathisch zu begegnen. Fokus ist immer das Hier und Jetzt, nicht die Vergangenheit und nicht die Zukunft, nur wie es mir jetzt mit den Gedanken an Vergangenheit und Zukunft geht.

Es gibt drei Positionen auf die ich mein Bewusstsein lenken kann:

**1) Selbstempathie = Selbstklärung.**

Ich schaue auf mich und eine bestimmte Situation und versuche für mich zu klären, welche Gefühle und Bedürfnisse da lebendig sind. Dabei ist das äußere Verhalten nur Auslöser für den inneren Prozess. Ich schaue auf die wirklichen Fakten (Wahrnehmung) und mache einen konkreten Lösungsschritt (Bitte an mich oder andere).

**2) Selbstausdruck = Aufrichtigkeit, Echtheit.**

Ich rede, was in meinem Herzen ist, was mir wichtig ist. Ich sage ehrlich, wie es mir mit Reaktionen von meinem Gegenüber geht, beziehe Stellung. Ich rede in einer ICH-Botschaft, von mir, meiner Sichtweise, meinen Werten und meinen Lösungsmöglichkeiten.

**3) Empathie = mehr als aktives Zuhören, Verstehen des DU.**

Ich verlasse mein Haus und besuche das meines Gegenübers, versuche zu verstehen, was mein Gegenüber fühlt, braucht, erlebt und welche Lösungsmöglichkeiten er wünscht.

Diese drei Blickrichtungen sind wichtig im persönlichen Gespräch und in der Gesprächsvorbereitung. Was brauche ich, was mein Gegenüber, und wie könnte ich

**Das Vier-Schritte-Modell der GFK**

1	Wahrnehmung	»Wenn ich sehe, höre ...« + [sinnlich wahrnehmbares Verhalten, wie eine Videokamera]	»Wir hatten am 15. 6. vereinbart, dass du mir den Entwurf bis zum 29. 6. per E-Mail schickst. Heute ist der 3. 7. und bisher ist keine E-Mail von dir da.
2.	Gefühl	»bin ich« [+ Gefühlswort = Adjektiv, z. B. sauer, genervt, zufrieden, glücklich]	Ich bin etwas besorgt,
3.	Bedürfnis	»weil mir [+ Bedürfniswort/Wert = Abstrakta wie Freiheit, Selbstbestimmung, Autonomie] wichtig ist«	weil mir Verlässlichkeit wichtig ist, und ich gerne verstehen möchte.
4.	Bitte	»Wärest du bereit... [konkret, positiv, sinnlich wahrnehmbares Verhalten]?	Könntest du mir sagen, wie weit du mit dem Entwurf bist, oder ob du ihn mir schon geschickt hast? «

das sanft und ehrlich ausdrücken? Das Vier-Schritte-Modell der GFK kann bei allen drei Positionen hilfreich sein, zu mehr Verständnis und Ehrlichkeit zu kommen: Es hilft, meine inneren Wolfsbotschaften zu übersetzen, damit sie nicht den Wolf im Gegenüber anfeuern, und es hilft, mein Bewusstsein auf diese vier Aspekte zu lenken. Es geht jetzt nicht mehr darum, was ich zu einer bestimmten Situation denke, wie ich sie einschätze oder interpretiere, sondern nur um die Wahrnehmung (Fakten), meine Gefühle und Bedürfnisse dazu sowie meine Lösungsvorschläge. Viel Streit entsteht durch unterschiedliche Interpretationen der Wirklichkeit und dadurch, dass jeder Recht haben möchte. In der GFK versuchen wir, die Aufmerksamkeit woanders hin zu lenken, z. B. auf die innere Welt, Gefühle und Bedürfnisse. Gefühle sind in der Sichtweise der GFK nur Anzeiger für erfüllte oder unerfüllte Bedürfnisse. Aus Sichtweise der GFK stecken hinter jeder Aktion Bedürfnisse, wie z. B. Auto-

nomie, Lernen, Sinnhaftigkeit oder Gemeinschaft. Bedürfnisse im Sinne der GFK sind abstrakte Wörter, positiv konnotiert, unabhängig von Zeit und Raum, nicht an eine Person gebunden. Jedes Bedürfnis kann auf viele Arten erfüllt werden. Die konkreten Handlungen dazu nennen wir in der GFK Bitten, Strategien oder Lösungsvorschläge. Sie sind immer konkret, beinhalten beobachtbares Verhalten, sind in Raum und Zeit konkretisiert und richten sich immer an eine Person: mich selbst oder ein Gegenüber. Wenn Bedürfnis und Bitte klar ausgesprochen sind, erhöht das auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie erfüllt werden.

**KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[chrisruether@gmail.com](mailto:chrisruether@gmail.com)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# »Nationale Solidarität«

*In Krisenzeiten setzen rechte Strategien vermehrt auf die soziale Karte – eine Herausforderung für die Gewerkschaften.*

Autor: Dr. John Evers

Historiker und Erwachsenenbildner

**H**och die nationale Solidarität« oder »Sozial geht nur national« – spätestens seitdem Gruppen wie die bundesdeutschen Nationaldemokraten (NPD) mit diesen Slogans in laufende soziale Bewegungen intervenieren wollen, sehen engagierte GewerkschafterInnen »Feuer am Dach«. Vor den »Trittbrettfahrern der sozialen Frage« warnt bereits eine DGB-Publikation. Festgestellt werden sowohl Wandlung wie Radikalisierung des Rechtsextremismus: Rechte Strömungen im »Nadelstreif«, also mit vorwiegend neoliberaler Ausrichtung – z. B. die Republikaner – spielen heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Demgegenüber hat die seit jeher radikalere NPD unternehmerfreundliche Positionen entsorgt. Sie marschiert heute mit einem Vokabular gegen Globalisierung, internationale Banken und Konzerne auf, welches zum Teil direkt dem Arsenal der antikapitalistischen Linken entlehnt zu sein scheint.

## Abschottung gegen Globalisierung

Die soziale Frage bewegt vor dem Hintergrund von Sozialabbau und Krise immer mehr Menschen. Die extreme Rechte will dieses Potenzial nutzen und im Sinne ihres Weltbildes kanalisieren. Arbeitsplätze, öffentliche Leistungen und politische Rechte soll es nur noch für bestimmte Gruppen geben. »Ausländer

raus« – nur dann sei das Sozialsystem zu finanzieren, lautet die zentrale Botschaft dieser Strömungen. Doch nicht nur der Arbeitsmarkt soll zur geschlossenen Gesellschaft erklärt werden. Der globalen Krise möchte diese Rechte durch nationale Abschottung begegnen. Was heimischen Unternehmen nutzt, sei gleichzeitig sozial – so lautet diese seltsame Logik auf den Punkt gebracht. Verteilungsgerechtigkeit und solidarische Interessenvertretung durch Gewerkschaften sind kein Thema. Vielmehr will die Rechte: Leistung, Privateigentum und Führerprinzip (auch) im Betrieb.

## Und Österreich?

Radikale Kleingruppen wie der »**Bund Freier Jugend**«/»**Junge Aktion**« oder die »**Nationale Volkspartei**« unternehmen bereits gefährliche Versuche, die Strategien der NPD vor allem in Oberösterreich zu kopieren. Als das für Österreich bestimmende – und zugleich beklemmende – Element wirkt allerdings ein anderer Umstand. Nämlich der Wandel der Freiheitlichen weg von einer gescheiterten, neoliberalen Partei der »Fleißigen und Tüchtigen« und ihr neuerliches Erstarken als selbsternannte »soziale Heimatpartei«. FPÖ-»Vordenker« Andreas Mölzer dazu: »Insbesondere das in jüngster Zeit besonders betonte soziale Engagement der freiheitlichen Parteit Spitze hat ja dazu geführt, dass ein zunehmend großer Wählerbereich der FPÖ das Vertrauen zu schenken scheint. In Zeiten, in denen die Teuerung im Bereich der Lebensmittel, im Bereich der Energie und Kraftstoffe und im Bereich der me-

dizinischen Versorgung breite Schichten der Bevölkerung belastet, ist die verstärkte sozialpolitische Orientierung naturgemäß ein Gebot der Vernunft. Wie bereits (...) ausgeführt, resultiert das freiheitliche soziale Engagement allerdings nicht aus der sozialistischen Ideologie des Klassenkampfes, sondern aus dem Dogma der nationalen Solidarität.«

Unter dieser nationalen Solidarität verstehen die Freiheitlichen: NichtösterreicherInnen sollen aus den Sicherungssystemen gelöst werden, es gilt, sie sozial, aber auch politisch (»Agitationsverbot«) und kulturell zu entrechteten (»Moscheeverbot«) und schließlich »rückzuführen«. Auch andere Ideen weisen deutliche Parallelen zum neuen rechtsextremen Mainstream in Europa auf: Gegenüber Globalisierung, USA und EU möchte die FPÖ österreichische Unternehmen stärken. Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wird ein Arbeitsdienst angeboten. Der Zusammenhalt der Gesellschaft wird auch von den Freiheitlichen primär über Ausgrenzung von MigrantInnen und sozial Schwachen definiert. Und für Gewerkschaften hat die »soziale Heimatpartei« wenig übrig: So fordert der Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender schon einmal Notgesetze, um in die KV-Autonomie der Gewerkschaften einzugreifen.

## Anschlussfähig in der sozialen Frage

Extreme Rechte verfolgen heute das Ziel »anschlussfähig« an soziale Bewegungen zu werden. Dafür werden selbst Widersprüche in Kauf genommen. So erklärte die FPÖ z. B. während der Metallerlohnrunde, dass »die Krise jetzt keinesfalls da-

**Der Zusammenhalt der Gesellschaft wird auch von den Freiheitlichen primär über Ausgrenzung von MigrantInnen und sozial Schwachen definiert.**

zu genützt werden dürfe, um Sozialdumping auf Kosten der Arbeitnehmer voranzutreiben.« Doch während MetalInnnen und StudentInnen den Schulschluss übten, wollte die FPÖ die Wiener Uni räumen und diese soziale Bewegung somit zerschlagen lassen. Trotz dieses Lehrbeispiels für angewandete Demagogie fragt man sich, woran es liegt, dass Strache im ORF behaupten kann, dass es aufgrund der FPÖ in Österreich keine Linkspartei braucht, »die soziale Themen aufgreift (...)*«*, weil die Freiheitlichen dies ohnehin besorgen würden.

### **Auch ÖGB-Mitglieder wählen FPÖ**

Rechtsextreme Strömungen verfügen zwar momentan weder auf europäischer Ebene noch in Österreich über wesentliche betriebliche Positionen. Studien belegen allerdings, dass selbst unter Gewerkschaftsmitgliedern zum Teil weit verbreitete rassistische Einstellungen, Vorurteile und Anfälligkeiten existieren. In Österreich ist dieser Aspekt besonders stark sichtbar: Die in diesen Fragen sich klar deklarierende FPÖ erhält einen hohen Anteil ihrer Stimmen aus dem Bereich der ArbeitnehmerInnen, wohl auch von ÖGB-Mitgliedern. Wie groß ist der Schritt vom rechten Protestwählen zum Protest gegen Minderheiten in den Betrieben und auf der Straße? Dass die FPÖ zunehmend Interesse hat, auch den öffentlichen Raum zu besetzen, belegt neben Anti-Moschee-Demonstrationen auch die Ankündigung, am 1. Mai 2010 in Wien demonstrieren zu wollen.

Konsequent für solidarische Prinzipien einzutreten, kann heute selbst für

einen starken Gewerkschaftsverband bedeuten »Minderheit« zu sein. Trotzdem gilt es Kurs zu halten. Als positives Beispiel kann aktuell der Schweizer Gewerkschaftsverband genannt werden. Dieser hat – sowohl vor wie nach der Minarett-Abstimmung – öffentlich sichtbar eine klare Position gegen den Kulturkampf von Rechts vertreten und somit auch seine eigene Mitgliedschaft gegenüber Spaltungsversuchen verteidigt. Die Gewerkschaften müssen aber wahrscheinlich zunächst auch eingefahrene Haltungen überprüfen. Dazu gehört aber nicht nur der oft beklagte »Alltagsrassismus« an der Basis, sondern z. B. auch die Frage, ob eine inzwischen wieder klar rechtsextreme Partei wie die FPÖ heute noch eine zu akzeptierende Strömung/Fraktion im ÖGB darstellt. Immerhin hat der ÖGB in Richtung Rassismus und Antisemitismus beim jüngsten Bundeskongress sehr klare Beschlüsse gefasst.

Nicht wenige GewerkschafterInnen werfen sogar noch grundsätzlichere Fragen auf. Auch die Negierung gesellschaftlicher Gegensätze auf nationaler Ebene, »Standortlogik« sowie die Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsmarkt können rechten Einstellungen in die Hände spielen. Wer um die »Lufthoheit« in der sozialen Frage kämpfe, müsse auch hier ansetzen.

### **Internationale Solidarität**

Das Gegenmodell, nämlich »Internationale Solidarität«, haben Gewerkschaften theoretisch bereits in der Tasche. Doch bleibt es dort nicht allzu oft liegen? Welche Präsenz haben z. B. in mehreren Län-



### **WEBLINK**

Volkshochschule Ottakring:  
[www.vhs.at/ottakring](http://www.vhs.at/ottakring)

dern durchgeführte Streiks und internationale Kampagnen in der gewerkschaftlichen Routine?

### **work@migration**

Auch sehr bemerkenswerte Beispiele »gegen Rechts«, wie der Streik bei der britischen Ölraffinerie Lindsay/Britannien – der mit nationalen Parolen gegen ArbeitsmigrantInnen begann und erfolgreich mit internationaler Organisation über staatliche und ethnische Grenzen hinweg zu Ende ging – wurden europaweit lediglich in kleinen (Gewerkschafts-) Kreisen heftig debattiert. Und ebenso fehlen wohl auch noch – trotz bemerkenswerter Ansätze wie der Interessengemeinschaft work@migration/GPA-djp – in der breiten Öffentlichkeit jene gewerkschaftlichen Gesichter, welche die multikulturelle Zusammensetzung der österreichischen Arbeitswelt und ihrer Interessenvertretungen widerspiegeln.

### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[john.evers@vhs-ottakring.ac.at](mailto:john.evers@vhs-ottakring.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ständig für mich selbst

»Ihr seid alle Individuen«, sagt Brian im Film.  
»Ja«, antwortet der Chor. »Wir sind alle verschieden.« Ich nicht.

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

Ich hätte, wirft mir die Kollegin vor, die Stöckelschuhe ohnehin verinnerlicht. In der Aufmachung, hatte ich gemeint, hätten wir den Auftrag nicht übernehmen sollen. Wir saßen, sagte sie, doch eh im Finstern, in der Dolmetschkabine.

Ob wir kurzfristig einspringen könnten, waren wir gefragt worden. Es ginge um Finanzthemen, Unterlagen gäbe es nicht. »Selber schuld«, hatten wir fröhlich gesagt, »ohne Vorbereitung kein gutes Produkt.« Aber wir kämen, zum Eiltarif. Beim Eingang am Seitentrakt der Hofburg kommt das flaue Gefühl im Magen. »Flache Schuhe bei Frauen verweisen auf mangelnde Kompetenz«, scherze ich. Die Kollegin tippt mit dem Finger gegen den Kopf.

## Drei Stunden als Papagei

Die Arbeit schließlich ist simpel. Eine Liste verbotener Wörter liegt neben dem Mikrofon. »Verkauf«, »Versicherung« oder »anwerben« ist untersagt. »Erfolg«, »Produkt« und »beraten« erlaubt. Auf unserem Monitor sehen wir die Bühne. Junge Finanzkeiler, würde ich sagen, aus ganz Europa werden durch Pokale verschiedener Größe für ihren Einsatz belohnt. Zwischen jedem Land singt ein Chor von drei dünnen Mannequins. Sie singen aber nicht wirklich, die Technik spielt das Playback ein.

Nachher gehe ich mit einem befreundeten Freiberufler essen. Er ist Arzt, aber heute habe ich in drei Stunden als Papagei mehr verdient, als er den ganzen Tag in einem Randbezirk Wiens. Zumindest darauf bin ich stolz. Auch sage ich nichts Genaueres über die Arbeit, die Hofburg als Referenz muss genügen. Es wird dann zumindest ein schöner Abend.

## Was bin ich?

Genau weiß ich nicht, was ich bin. Eine alte Neue Selbstständige, vielleicht. Ein EPU, ein Ein-Personen-Unternehmen, frei jedenfalls. Zum äußeren Zeichen meiner inneren Verbundenheit habe ich meine Rostschüssel durch einen neuen Fiat 500 ersetzt. An manchen Orten bin ich damit wer. An anderen wiederum schäme ich mich dafür. Denn Josef ist Physiker, beschäftigt sich aber seit rund 25 Jahren selbst. Er und seine Frau Elenore veranschaulichen Naturphänomene durch selbstgebaute Stationen, die sie an Bildungseinrichtungen vermieten oder verkaufen. Gelegentlich erfolgt der Transport mit dem Fahrradanhänger. Einmal hatte Josef Probleme mit dem Finanzamt. Es könne nicht sein, hieß es, dass man von so wenig lebe.

Die Ich-AG, ursprünglich ein Instrument der deutschen Arbeitsmarktpolitik, um ExistenzgründerInnen aus der Arbeitslosigkeit zu verhelfen, hat sich als Begriff durchgesetzt. Wenn er auch zur Benennung selbstständiger Arbeit falsch ist und auf einer unrichtigen Übersetzung beruht. So war aus dem Titel des zum Erfolg gepushten Buches »Reinventing Work: The brand, you'«: »Selbstmanage-

ment. Machen Sie aus sich die Ich-AG« geworden.

»Schon der Begriff ›Ich-AG‹ bestürzt«, schreibt die deutsche Sozialpsychologin Christine Morgenstern im Forum-Wissenschaft. »Die gesellschaftlichen Risiken, die durch veränderte Unternehmensstrategien entstehen, sollen von Einzelnen übernommen und abgefedert werden. Das Ich steht dem Kapital und seinen Modernisierungsschüben ungeschützt und allein gegenüber.« Der Verzicht auf staatliche Schutzfunktionen und kollektive Solidarisierung, etwa durch gewerkschaftliche Organisation, erzeuge das risikobewusste Individuum mit unbegrenzter Bereitschaft, sich wie ein Chamäleon den Arbeitsmärkten anzupassen. Ein schmiegsames und veränderungsorientiertes Ich, das gleichzeitig über hohe moralische Kompetenz verfügen soll. »Eine Persönlichkeit, die sich von der Schwarzarbeit abwenden, aber nicht fragen soll, welche Lücken Unternehmen nutzen, um keine Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen«, meint Morgenstern.

## Zielschuldverhältnis

Die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) ist im Steigen. Unter uns sind Selbstständige mit Gewerbeschein, Neue Selbstständige und Freiberufler. Im Wesentlichen decken sich die Merkmale der Neuen Selbstständigen mit jenen von Selbstständigen mit Gewerbeschein: Wir sind persönlich und wirtschaftlich vom Auftraggeber unabhängig und verfügen über unternehmerische Strukturen wie Betriebsmittel oder ein Büro. Wir üben die Tätigkeit im Rahmen eines Werkver-



**Die rund 36.000 Neuen Selbstständigen Österreichs sind in den unterschiedlichsten Sparten und in über 150 Berufen tätig von AnimaterIn, AutorIn, JournalistIn, Reinigungskraft, ÜbersetzerIn über Vortragende, WahrsagerIn bis zu Zahntechniker- und ZivilingenieurIn.**

trages aus. »Der Werkvertrag«, so die Definition, »zählt zu den Zielschuldverhältnissen, die mit Erbringung des Werkes erfüllt sind.«

»Manchmal«, erzählt ein Kollege, »stehen mir in der Früh die Haare zu Berge, und ich weiß nicht wieso.« Eine Form schlechten Gewissens treibe ihn zeitig aus dem Bett. Auch er ist freier Übersetzer. Gerne zitiert er den Satz »Begnadigen nicht hängen«, im Zusammenhang mit der vitalen Bedeutung der Beistrichsetzung. Er verdient wenig Geld, manchmal aber braucht er eines, dringend.

So hätte ihm ein »e« an falscher Stelle beinahe drei Monatseinkommen gekostet. Im Brief stünde eigentlich nichts, lautete der Auftrag, nur ein paar Sätze, die aber sofort, Ministerium, Flugzeug und wichtig. Chemische Verbindungen in Eile zu übersetzen kann gefährlich sein. Der Auftraggeber, ein weltweit tätiger Pharmakonzern, forderte Schadenersatz. Haftpflichtversicherung hat der Kollege keine. Nach längerem Briefwechsel, auch die Rechtspraktikanten großer Firmen wollen beschäftigt sein, einigte man sich: Kein Honorar und Schwamm drüber.

### Animation bis Zahntechnik

Die rund 36.000 Neuen Selbstständigen Österreichs sind in den unterschiedlichsten Sparten tätig. Auf ihrer Website listet das Forum zur Förderung der Selbstständigkeit über 150 Berufe auf, von AnimaterIn, AutorIn, JournalistIn, Reinigungskraft, ÜbersetzerIn über Vortragende, WahrsagerInnen bis zu Zahntechniker- und ZivilingenieurInnen.

Die Einkünfte von Selbstständigen sind, laut Einkommensbericht des Rechnungshofes, bescheiden. So lag das mittlere Jahreseinkommen 2005 (vor Steuern, nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge) bei 10.632 Euro, (Frauen: 7.757, Männer: 12.248 Euro). Auch zwischen den Wirtschaftsbereichen bestehen große Unterschiede. So weist die Statistik mit 31.319 Euro jährlichem Medianeinkommen die Selbstständigen im Gesundheitsbereich als Spitzenreiter aus, zurückzuführen auf die gute Lage mancher selbstständiger MedizinerInnen. Am anderen Ende der Einkommensskala sind etwa Selbstständige in der Land- und Forstwirtschaft (Medianeinkommen: 7.242 Euro) und ausschließlich selbstständig Erwerbstätige in der Erbringung von öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (8.229 Euro).

Von den 454.000 in Österreich insgesamt selbstständig Beschäftigten sind 14 Prozent von Armut bedroht, im Vergleich zu elf Prozent bei HilfsarbeiterInnen (Quelle: Bericht zur Armut in Österreich der Statistik Austria). Besonders prekär ist die Situation bei Kunst- und Kulturschaffenden. Eine vom Bildungsministerium (bm:ukk) in Auftrag gegebene Studie zur sozialen Lage der KünstlerInnen zeigt eine dramatische Armut: 37 Prozent leben von einem Jahresgesamteinkommen unter der Armutsgrenze (Gesamtbevölkerung: 12,6 Prozent, Erwerbstätige: acht Prozent).

KunstproduzentInnen sind ein gutes Beispiel dafür, meint die deutsche Politologin Isabell Lorey, »inwiefern »selbst gewählte« Lebens- und Arbeitsbedin-

**W E B L I N K**

Neue Selbständige bei der GPA-djp  
work@flex:  
[www.gpa-djp.at/servlet/  
ContentServer?pagename=GPA/Page/  
Index&n=GPA\\_4.2](http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_4.2)

gungen, mitsamt den Vorstellungen von Autonomie und Freiheit, mit politischen und ökonomischen Umstrukturierungen verbunden sind«. Als bisse sich eine Katze in den Schwanz, wolle der oder die kreativ Tätige Aus-sich-selbst-schöpfen. »Die Selbstverwirklichung wird zur reproduktiven Aufgabe für das Selbst«, schreibt die Wissenschaftlerin. »Arbeit soll die Reproduktion des Selbst gewährleisten.«

### Nein sagen, geht schon

Ich ziehe die Selbstständigkeit, trotz allem Pessimismus, jeder Anstellung vor. »Nein« sagen: Das geht schon. Im Fall der »Finanzdienstleister« kann ich von dieser Freiheit keinen Gebrauch mehr machen. Sie feiern heuer nicht in der Hofburg. (Die Geschichten sind wahr, das »Ich« frei erfunden.)

**K O N T A K T**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Null Bock auf »Null Bock«

*Die »Null-Bock-Generation«: Ist die Jugend von heute unsolidarisch, desinteressiert, vergnügungssüchtig und konsumfixiert? Oder benachteiligt und unterschätzt?*

Autorin: Maja Nizamov

Freie Journalistin

**S**o lange ich mein Bier und Schnitzel hab, ist mir alles wurscht«, sagt Nizi N. (23). Ach, diese Kinder! Was soll denn nur aus Österreich werden? Sie wollen nicht arbeiten, noch weniger wollen sie lernen. Sie zeigen kein Interesse an Umgebung, Politik und Zukunft. Stattdessen hängen sie lieber in Einkaufszentren und ihren »In-Treffs« ab oder spielen irgendwelche gewalttätigen Computerspiele. Abends und am Wochenende wird gefeiert bis die Rettung kommt. Am nächsten Tag beherrschen Schlagzeilen wie »12-Jährige mit 2,5 Promille« die Boulevardzeitungen, und der bekannte Stoßseufzer »Ach, die Jugend von heute ...« weht durch die Alpenrepublik. Wer ist denn die Zukunft dieses Landes? Bitte vor den Vorhang: Die Generation nach der Generation X. Spitzname: Null-Bock-Generation. Hauptvorwurf: Party feiern statt Kinder kriegen. Äußere Merkmale: Apathie, Desinteresse. Innere Merkmale: Frustration, Unsicherheit, Resignation.

## Unfähig und unzuverlässig

»Die junge Generation musste immer mit dem tief sitzenden Vorurteil der älteren Generationen leben, unfähig und unzuverlässig zu sein«, sagte der berühmte deutsche Jugendforscher **Klaus Hurrelmann**. Doch werden die Jugendlichen dem »Null-Bock«-Stigma auch

tatsächlich gerecht? »Wenn ich der Jugend von heute ein Etikett verpassen müsste, dann hieße dieses pragmatisch«, sagt der Wiener Jugendforscher Philipp Ikrath. »Die Jugendlichen heute haben keine großen Ideologien, sie wollen sich einfach bestmöglich an die gesellschaftliche Ordnung anpassen. Aber sie wissen, was auf sie zukommt. Wenn man sie nach Ihrer Pension befragt, sind sie sich bewusst, dass sie wenig oder keine Pension erhalten werden.

Der stoische Gleichmut der Jugend wird als »Null-Bock«-Haltung interpretiert.«

## Null-Ahnung-Generation

Und was sagen die Jugendlichen zu den Vorwürfen? »Null-Bock-Generation ist vielleicht der falsche Ausdruck. Null-Ahnung-Generation trifft es wahrscheinlich eher«, sagt Nizi, gelernter Buchhändler aus Wien. »Weil wir keine Ahnung haben, wie gut es uns im Sozialstaat Österreich geht, und wir uns nicht anstrengen müssen. Aber auf der anderen Seite fordert und fördert uns niemand. Und die Älteren sehen, dass was schief läuft. Aber sie können nicht zwischen den Zeilen lesen und interpretieren alles falsch.«

Jung zu sein ist heutzutage alles andere als leicht. Die gute alte »Kernfamilie« ist passé, das Elternhaus gibt nur noch im seltensten Fall ein Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit. Das Leben ist schneller, komplexer und flexibler als vor 20 Jahren. Die Jugend fängt früher an und hört später auf. Bereits mit 14 Jahren muss die berufliche Laufbahn feststehen, um den richtigen Ausbildungsweg

einschlagen zu können. Und trotz Ausbildung wird von den Jugendlichen immer eine gewisse Flexibilität und Belastbarkeit verlangt. Die Mühe mit der Zeit Schritt zu halten, ständiger Erfolgs- und Leistungsdruck und die Suche nach Sicherheit überschatten die Pubertät, die eigentlich dazu dienen sollte, den Charakter zu stärken und festigen. Aber »Null Bock« auf Bildung und Arbeit?

Während die bildungsnahen Jugendlichen im Wettbewerb bestehen wollen und von sich und der Umwelt extrem unter Leistungsdruck gesetzt werden, versuchen Lehrlinge und junge ArbeitnehmerInnen einfach ihre Sicherheit – sowohl materiell als auch emotional – mit aller Kraft festzuhalten und zu festigen, begleitet von ständiger Angst um Job oder Lehrplatz. Beides erfordert viel Zeit und Kraft und beides verhindert die Entwicklung und Entfaltung des Individuums.

## Ältere sehen Jugend als Konkurrenz

Die ältere Generation ist dabei keine Hilfe – sieht sie die Jugend als Konkurrenz. »Die Menschen versuchen, sich so jung wie möglich zu inszenieren. Denn Jugend ist heute weniger eine Generation als ein Wert«, meint Ikrath. »Die Älteren haben Angst, von den Jungen verdrängt zu werden. Denn Werte wie Weisheit und Arbeitserfahrung zählen nicht mehr – heute werden »flexible, motivierte, belastbare« ArbeitnehmerInnen gesucht. »Es wird wahnsinnig viel verlangt«, sagt Isabelle (19), eine gelernte Informatikkauffrau. »Gleichzeitig wird man aber auf das Abstellgleis gestellt.





Philipp Ikrath: »Die Jugendlichen heute haben keine großen Ideologien, sie wollen sich einfach bestmöglich an die gesellschaftliche Ordnung anpassen. Aber sie wissen, was auf sie zukommt.«

Man gibt dir keine Chance, du wirst kaum gefördert und auf die Art kann man sich nicht weiterentwickeln.«

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen erschweren das Jungsein noch mehr. Die Anzahl der Lehrlingsplätze sinkt kontinuierlich, die Jugendarbeitslosigkeit steigt, Bedürfnisse und Interessen der Jugend werden nicht wahrgenommen – weder von Wirtschaft und Politik noch von der Gesellschaft. Ende 2009 wurde auch das Institut für Jugendforschung geschlossen – ein erneuter Schlag in das kindliche Gesicht Österreichs.

### Reform notwendig

Die Gleichgültigkeit und die stiefmütterliche Behandlung der Jugend schadet der Gesellschaft zunehmend. Die Schul- und Bildungsreform, die so dringend nötig ist, um eine moderne, gebildete Jugend mit Zukunft zu erziehen und auszubilden, wird aus Angst vor Veränderungen seit Jahren blockiert. Wenn Österreich im internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen will – politisch, wirtschaftlich und kulturell – müssen tief greifende Änderungen vorgenommen werden – auch wenn es der »Wir haben es immer schon so gemacht, und daher ist es gut so«-Mentalität widerspricht.

Es geschah ohne Vorwarnung, ohne Pressekonferenz, ohne Strategie: Am 20. Oktober 2009 besetzten Studierende und Lehrende die Aula der Akademie der bildenden Künste in Wien – als Protest gegen die geplante Umstellung der Ausbildung auf die Bologna-Struktur. Zwei Tage später schwappte der Protest auf die

Hauptuniversität Wien und nach und nach auf alle Unis Österreichs über. In Wien wurde der größte Hörsaal des Landes, das Audimax, besetzt. Innerhalb von Tagen wurde eine komplette Infrastruktur aus dem Boden gestampft: Die Studierenden haben in wenigen Tagen etwas erschaffen und geschafft, wozu Parteien und Verbände längst nicht mehr in der Lage sind: Ohne Organisationsstrukturen, ohne Funktionsbasis, ohne PR-Konzept konnten sie mit einfachsten Mitteln die Massen mobilisieren: mit Web2.0 und Mobiltelefonen. Die Medien taufen die Bewegung »generation 09«. Mit **Twitter**, Trommeln und Transparenten brachten sie die Politik in Erklärungsnot. Ganz gleich, wie das Ergebnis der Proteste auch aussehen mag, die Jugendlichen haben bereits gewonnen. Mit diesen Aktionen hat die Jugend gezeigt, dass sie keineswegs apathisch und passiv ist, sondern durchaus imstande ist »Es reicht!« zu schreien und sich für ihre Rechte zu engagieren. Nur eben nicht auf parteipolitischer Basis, wie die hilflose ÖH gezeigt hat.

### Politik? Ja bitte, aber anders!

»Einerseits sind die Jungen viel zu sehr mit ihrer eigenen Biografie beschäftigt, um die wenige Freizeit auch noch in die Partei zu investieren«, sagt Philipp Ikrath. »Auf der anderen Seite hat die Politik nicht begriffen, dass man heutzutage nicht mehr klassisch der Partei beiträgt. Da jammern sie alle über die Politikverdrossenheit der Jugend und versuchen nicht einmal zeitgemäß zu sein, auf die Jungwähler attraktiv zu wirken!« Außer einer. »Der Strache, der

### WEBLINKS

Bundesministerium für Wirtschaft,  
Familie und Jugend:  
[www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/jugendbericht](http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/jugendbericht)

Österreichisches Institut  
für Jugendforschung (geschlossen):  
[www.oeij.at](http://www.oeij.at)

macht das leider perfekt«, sagt Nizi. »Er stellt vor allem Parteien bloß und macht sich gleichzeitig zur einzig wählbaren Alternative.

### Was kann ich schon machen?

Er geht in die Discos und spricht die Jungen direkt an. Und sagt genau, was er machen will.« »Es wird uns ja nicht einmal zugehört«, meint Isabelle: »Da gehen Tausende von Studenten auf die Straße, und die Politiker ignorieren das einfach! Wozu soll ich mich engagieren, wenn eh niemanden interessiert, was ich denke?« Nizi nimmt einen Schluck aus seinem Krügerl. »Ich mein, so wurscht is mir alles a ned. Aber was kann ich schon machen?«

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[maja.nizamov@gmx.at](mailto:maja.nizamov@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Es brodelt in der Uni

*Thesen eines besetzenden Lehrenden zu den aktuellen Protesten an den österreichischen Universitäten.*

Autor: Mag. Mario Becksteiner

Politikwissenschaftler

Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf«, so steht es in der VoKü im Audimax geschrieben. Und jeder Auflauf besteht aus vielen Zutaten, die erst in einem Kochprozess ihre Konsistenz und Form bekommen. Im Folgenden werde ich einen ersten Einblick versuchen in die Zutatenmischung des Auflaufs, der an den Unis zurzeit kocht. Die folgenden Zeilen sind als Thesen zu verstehen, die einen anderen Blick auf die Proteste werfen wollen. Sie erheben nicht den Anspruch, alles erklären zu können, vieles allerdings erst in den Blick nehmen, was bisher nicht beachtet wurde.

## Vorbei an der Politik

Betrachten wir die bisherige Berichterstattung zu den Protesten an den österreichischen Universitäten, wird immer wieder auf zwei, vermeintlich **genuin** neue Phänomene hingewiesen. Das sind die Basisdemokratie und die Entstehung des Protests vorbei an den etablierten Strukturen der Politik. Beide Phänomene dienen als Erklärungsmuster für die ausgesprochene Dynamik der Proteste. Meines Erachtens sind diese Phänomene aber nur Ausdruck tiefer liegender Prozesse der Subjektformierung, die schon vor Beginn der Proteste begonnen haben und sich nun verschränken mit dem Ausbruch der Bewegung.

»Diese Zukunft hat keine Zukunft mehr« Das war das Statement eines Studierenden am zweiten Tag der Besetzung des Audimax. Diese Worte geben einen ersten Einblick in die Tiefe der Unzufriedenheit. Beinahe schon ein Jahrzehnt bekommen wir in regelmäßigen Abständen von den politischen Eliten die Stehsätze zu hören, dass wir in einer Wissensgesellschaft leben würden, dass Wissen die wichtigste Ressource der heutigen »postindustriellen« Gesellschaft sei, dass Europa zum wettbewerbsfähigsten auf Wissen basierendem Wirtschaftsraum der Welt werden müsse. Die Realität an den Orten, wo dieses Wissen »produziert« wird, spießt sich mit der vermeintlichen Systemrelevanz dieser Orte.

Das Empfinden, dass hier etwas nicht stimme, geht weit über das alltägliche Erleben von überfüllten Hörsälen hinaus. Es ist das Gefühl einer weit verbreiteten Perspektivenlosigkeit, nicht nur während des Studiums. Eine ganze Generation von AkademikerInnen ist davon betroffen. »Prekarität« ist der adäquate Begriff, der die biografischen Situationen eines großen Teils der Universitätsangehörigen umschreibt. Die Versprechungen einer Wissensgesellschaft und die des Bologna-Prozesses delegitimieren sich jeden Tag im konkret Erlebten. Dem Fass den Boden ausgeschlagen hat sicherlich die aktuelle Wirtschaftskrise. Die enormen Summen, die nun locker gemacht wurden für die Rettung maroder Finanzinstitute, ließen den Zweifel an den Verheißungen der Wissensgesellschaft noch einmal wachsen. Für viele war es klar, nicht die Wissensgesellschaft ist Realität, sondern eine finanzmarktorientierte Gesellschaft. Die

Uni schien nicht systemrelevant zu sein. Die Politik verspielte damit ihre Glaubwürdigkeit.

## Bildung statt Ausbildung

Ein weiterer Aspekt betrifft die Auswirkungen der Bologna-Studienarchitektur. Die Umstellung auf das BAC- und Mastersystem an der Akademie der bildenden Künste und die darauf folgenden Proteste markierten den Auftakt des aktuellen Protetszyklus<sup>1</sup>. Innerhalb dieser Neuausrichtung der studentischen Laufbahnen passiert eine massive Verschulung des Studiums. Hintergrund ist das Ziel, einen einheitlichen Hochschulraum in der EU zu schaffen, der die Mobilität der Studierenden fördern sollte. An sich ein begrüßenswertes Anliegen, doch wurde der Bologna-Prozess sehr schnell zu einem Vehikel, mit dessen Hilfe die Hochschulbildung im Interesse der ökonomischen Verwertbarkeit zugerichtet wurde.

Einhergehend damit begann eine schleichende Umdefinition der StudentInnen zu Bildungskunden. Die damit Einzug haltende »Kosten-Nutzen-Rechnung« erhöhte den herrschaftlich-bürokratischen (dem Wortsinn nach bedeutet Bürokratie »Herrschaft des Büros«) Druck, die Lehrveranstaltungs-Vitae zu normieren und zu kontrollieren. Dieser Druck wurde an Lehrende – ein großer Teil davon prekär beschäftigt, allein an der Uni Wien über 1.900 – und Studierende weitergegeben. Allerdings bildeten

<sup>1</sup> An mehreren Universitäten wurde schon zuvor die Bologna-Studienarchitektur implementiert.



Bisher gelang es den GegnerInnen der Proteste nicht, diese zu unterbinden. Vielmehr zeichnet sich im Moment eine Strategie ab, die versucht, die »wuchernde« Subjektivität Schritt für Schritt in gelenkte Bahnen zu bringen, um sie wieder zu objektivieren und herrschaftlich bearbeitbar zu machen.

sich individuelle Muster von **Dissidenz** gegenüber diesen Normierungsversuchen und verbreiteten sich weit. Bürokratische Vorgaben, wie zum Beispiel die elektronischen Anmeldesysteme, wurden auf Basis autonomer und relativ kleinräumiger Agreements zwischen Lehrenden und StudentInnen umgangen. Dies schuf einen fragmentierten Raum vielfältiger Praxen, die aufgrund von schieren Notwendigkeiten, einen dissidenten Lernprozess der Selbstorganisation ermöglichten. Diese individualisierten Formen der Dissidenz<sup>2</sup>, so meine These, sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass trotz der katastrophalen Zustände an den Universitäten der Betrieb nicht zusammengebrochen ist.

### Die »SelbermacherInnen«

Mit der Besetzung der Hörsäle wurde plötzlich ein größerer kollektiver Raum erschaffen, in dem diese Lernerfahrungen auf breiterer Basis in die Tat umgesetzt werden konnten. Die Besetzung der Räume wirkte hier **katalytisch** und eine enorme Beschleunigung der Prozesse war die Folge. Schnell wurden Praxen der Selbstorganisation an die neuen Möglichkeiten angepasst. Als ein Beispiel können die »**squatting teachers**« herangezogen werden, welche offene und kritische Lehre organisieren und so der bürokratisch-herrschaftlichen Zurichtung der Lehre in erweiterten Räumen entgegenreten.

<sup>2</sup> Diese existierten auch schon vor der Einführung der Bologna-Studienarchitektur, kamen nun aber immer stärker in Widerspruch mit derselben.

Die etablierten Strukturen studentischer Politik, die selbst auf der Regelmäßigkeit bürokratischer Organisationen beruhten, konnten mit dieser Geschwindigkeit schlichtweg nicht mithalten. Nicht anders erging es der Uni-Leitung, den politischen Parteien oder anderen Interessenvertretungen. Die einen reagierten mit Solidarität, andere mit Entsetzen, doch bei allen herrschte eine vorsichtig abwägende Neugierde und ein »Nicht-Verstehen« der Dynamik vor.

Der Moment der Basisdemokratie, war ebenfalls Ausdruck der vorangegangenen Erfahrungen. Die Plena, insbesondere im Audimax, waren geprägt von einem oft zähen Ringen um kollektive Handlungsfähigkeit. Dabei zeigte sich, dass die zuvor erlernten individualistischen Praxen der Dissidenz kollidierten mit der notwendigen Herstellung von kollektiver Subjektivität. Selbstdarstellung und **performative** Inszenierungen lähmten viele Debatten. Schon am Beginn der Bewegung wurden Forderungen laut, wie: »Alle Macht den Arbeitsgruppen«. Diese Forderungen sind Ausdruck des Spannungsverhältnisses zwischen einer notwendigen Individualität und der persönlichen Befreiung von den oben genannten Zwängen und der erforderlichen Herstellung kollektiv-subjektiver Handlungsfähigkeit. Bis heute halten diese Diskussionen an.

Bisher gelang es den GegnerInnen der Proteste nicht, diese zu unterbinden. Vielmehr zeichnet sich im Moment eine Strategie ab, die versucht, die »wuchernde« Subjektivität Schritt für Schritt in gelenkte Bahnen zu bringen, um sie wieder zu objektivieren und herrschaftlich bear-

### WEBLINK

Uni Wien Lehrenden-Unterstützung:  
[unsereuni.at/?page\\_id=1883](https://unsereuni.at/?page_id=1883)

beitbar zu machen. Dabei spielt der Faktor Zeit eine erhebliche Rolle. Das enorme Tempo welches die Bewegung zu Beginn hinlegen konnte ist auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten.

### Es kocht weiter

Die strukturellen Zwänge der ökonomischen Reproduktion und des Studiums erzwingen eine Entschleunigung. Gleichzeitig können wir aber auch beobachten, dass die Bewegung beginnt in andere Bereiche der universitären Strukturen einzusickern.

Bei Institutsvollversammlungen, im Betriebsratskollegium, den Fakultäten, den Lehrenden und Forschendenversammlungen werden abseits der medialen Inszenierungen die Diskussionen weitergeführt. Es scheint, als ob das kollektive Lernen hier fortgesetzt wird und der »Auf-  
lauf weitergekocht« wird.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[mario.becksteiner@univie.ac.at](mailto:mario.becksteiner@univie.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Statistiken sind Argumente

Verbraucherpreisindex Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat	Harmonisierte VPI	
	September 09	Oktober 09
Belgien (BE)	-1,0	-0,9
Deutschland (DE)	-0,5	-0,1
Irland (IE)	-3,0	-2,8
Griechenland (EL)	0,7	1,2
Spanien (ES)	-1,0	-0,6
Frankreich (FR)	-0,4	-0,2
Italien (IT)	0,4	0,3
Zypern (CY)	-1,2	-1,0
Luxemburg (LU)	-0,4	-0,2
Malta (MT)	0,8	-0,5
Niederlande (NL)	0,0	0,4p
<b>Österreich (AT)</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1p</b>
Portugal (PT)	-1,8	-1,6
Slowenien (SI)	0,0	0,2
Slowakei (SK)	0,0	-0,1
Finnland (FI)	1,1	0,6
<b>Eurozone (VPI-EWU)</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,1p</b>
Bulgarien (BG)	0,2	0,3
Tschech. Republik (CZ)	-0,3	-0,6
Dänemark (DK)	0,5	0,6
Estland (EE)	-1,7	-2,1
Lettland (LV)	0,1	-1,2
Litauen (LT)	2,3	1,0
Ungarn (HU)	4,8	4,2
Polen (PL)	4,0	3,8
Rumänien (RO)	4,9	4,3
Schweden (SE)	1,4	1,8
Vereinigtes Königreich (UK)	1,1	.
<b>EU (EVPI)</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5p</b>
Island (IS)	15,3	13,8
Norwegen (NO)	1,4	0,8
<b>EWU (VPI-EWR)</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5p</b>
Schweiz (CH)	-1,1	-1,0

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

**Datenquellen:** EUROSTAT, Ird. Monat.  
**Anm.:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.  
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.  
**r = revidiert; p = vorläufig; -- = Daten nicht verfügbar**

Der Arbeitsmarkt im Oktober 2009			
	Stand Oktober 09	Veränderung zum Vormonat	Vorjahres- monat
Unselbst. Beschäftigung	3.376.238	-27.730	-60.110
ohne KUG/Präsenzdiener	3.263.503	-27.487	-55.168
ArbeiterInnen	1.289.485	-33.081	-51.827
Angestellte u. Beamte	2.086.753	5.351	-8.283
Männer	1.800.692	-14.275	-49.604
Frauen	1.575.546	-13.455	-10.506
AusländerInnen	424.098	-15.887	-13.576
<b>InländerInnen</b>	<b>2.952.140</b>	<b>-11.843</b>	<b>-46.634</b>
Vorgemerkte Arbeitslose	245.523	11.018	42.748
Männer	132.536	4.008	28.757
Frauen	112.987	7.010	13.991
AusländerInnen	47.077	3.862	9.303
InländerInnen	198.446	7.156	33.445
Jugendliche (bis unter 19)	10.167	29	691
Jugendliche (19 bis unter 25)	31.085	87	5.303
Ältere (50 bis unter 55)	25.897	2.082	5.098
Ältere (55 bis unter 60)	18413	1.215	2.701
<b>Ältere (über 60)</b>	<b>4807</b>	<b>220</b>	<b>341</b>
Arbeitslosenquote	6,8	0,3	1,2
Offene Stellen	27.784	-1.373	-7.203
Lehrstellensuchende	6.145	-1.262	-325
Offene Lehrstellen	3.537	-697	-11
Geringfügige Beschäftigung *	284.814	7.428	-645
Männer	97.147	3.737	1.139
Frauen	187.667	3.691	-1.784
ArbeiterInnen	161.209	10	-1.104
Angestellte	123.605	7.418	459

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Europäische Union:

## Gemeinsam aus der Armutsfalle

2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Europa ist unumstritten reich. Nichtsdestotrotz leben 79 Mio. Menschen auf diesem Kontinent unter der Armutsgrenze. Sie haben nicht genügend Mittel, um sich grundlegendste Bedürfnisse erfüllen zu können. Die EU widmet deshalb das Jahr 2010 dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

In den hoch entwickelten Staaten Europas wird Armut oft nur punktuell wahrgenommen oder als »Randgruppenphänomen« interpretiert. Aber: Fast 80 Mio. Menschen auf unserem Kontinent kämp-

fen täglich um grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft, Bildung, Gesundheitsvorsorge und mehr. Bedenklich ist auch der Anteil an sogenannten »Working Poor«: acht Prozent der EuropäerInnen sind trotz Erwerbstätigkeit in der Armutsfalle gefangen.

Armut beschneidet Lebensqualität und Zukunftsperspektiven. Begünstigt soziale Ausgrenzung und Isolation. Und erschwert oft Teilhabechancen. Armut und Ausgrenzung Einzelner führen letztendlich zur Armut einer ganzen Gesell-

schaft. Der Weg aus der Armutsfalle kann nur gemeinsam gewonnen werden. Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Integration dürfen keine leeren Worthülsen sein, sondern müssen gelebt werden.

Das Europäische Jahr 2010 soll die unterschiedlichen Facetten von Armut und sozialer Ausgrenzung beleuchten und die Wahrnehmung der Öffentlichkeit für die Problematik stärken.

Mehr Infos:

[ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=637&langId=de](http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=637&langId=de)

Europäische Union:

## Sozialer Dialog in EU funktioniert

Eine aktuelle Studie verweist allerdings auf weiterhin große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten.

Die Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, kurz »Dublin-Stiftung«, hat nun eine neue Studie zum Thema ArbeitgeberInnen-/ArbeitnehmerInnenbeziehungen in Europa veröffentlicht.

Dafür waren in mehr als 27.000 europäischen Unternehmen Führungskräfte und ArbeitnehmervertreterInnen befragt worden. Und zwar nach einer Einschätzung der Qualität der Arbeitsbeziehungen sowie der Bereiche Arbeitszeitarangements, Arbeitsvertragsmodelle und

leistungsabhängige Bezahlung.

Insgesamt wird ein positives Bild des Sozialen Dialogs in Europa gezeichnet: Über 60 Prozent der europäischen Beschäftigten werden durch eine anerkannte ArbeitnehmerInnenvertretung repräsentiert. 86 Prozent dieser Vertretungen sind mit einer Gewerkschaft verbunden, in 63 Prozent der Vertretungen gehört die Mehrheit einer Gewerkschaft an. Knapp zwei Drittel der ArbeitnehmervertreterInnen geben an, dass sie an der Festsetzung der Regeln und Verfahren

bezüglich der Arbeitszeit beteiligt sind. Löhne und Gehälter werden in Europa am häufigsten durch Kollektivvertragsverhandlungen festgelegt – zwei von drei ArbeitnehmerInnen fallen unter einen KV, entweder auf Unternehmensebene oder auf einer höheren Ebene. 70 Prozent der Führungskräfte in europäischen Unternehmen sind grundsätzlich davon überzeugt, dass sich der soziale Dialog positiv auf das Unternehmen auswirkt.

Mehr Infos:

[www.oegb-eu.at](http://www.oegb-eu.at)

Griechenland:

## Säureattacke gegen Gewerkschafterin

Vor einem Jahr wurde Konstantina Kouneva Opfer eines grausamen Attentats.

Konstantina Kouneva, eine aus Bulgarien stammende Geschichtslehrerin, die seit 2001 in Griechenland als Reinigungskraft arbeitet, wurde am 22. Dezember 2008 Opfer eines brutalen Säureattentats. Als Folge verlor sie das Augenlicht auf einem Auge und sieht auf dem anderen Auge eingeschränkt. Stimmbänder und Luftröhre sind geschädigt. Sie benötigt noch mehrere Operationen.

Das Säureattentat steht im Zusammenhang mit dem Einsatz von Konstan-

tina Kouneva für bessere Arbeitsbedingungen. Als Generalsekretärin der Attica-Gewerkschaft der Reinigungskräfte trat sie gegen die Ausbeutung der ArbeiterInnen auf.

Amnesty International (AI) fordert, dass die griechische Polizei die TäterInnen ausforscht und zur Verantwortung zieht. Zahlreiche Aktionen zur Umsetzung dieser Forderungen wurden gestartet. AI überreichte dem griechischen stellvertretenden Innenminister Hristos Marko-

giannakis über 22.000 Unterschriften. Im Dezember 2009 veranlasste der Staatsanwalt weitere Untersuchungen im Fall Konstantina Kouneva. Dieser kleine Erfolg ist Ergebnis der internationalen Solidarität; es stand zu befürchten, dass die Untersuchungen eingestellt und die TäterInnen des brutalen Überfalls auf die Gewerkschafterin nicht zur Verantwortung gezogen werden würden.

Mehr Infos:

[gewerkschafterinnen.amnesty.at](http://gewerkschafterinnen.amnesty.at)

# VWL-Perspektiven

»Soziale Sicherheit in Österreich und der EU« war das Thema eines volkswirtschaftlichen Seminars für SchülerInnen und Lehrende.

**D**ie Volkswirtschaftslehre (VWL) hat ihren Ursprung in der Moralphilosophie des 18. Jahrhunderts. Die damaligen Fragestellungen über die Gründe für Reichtum und Armut, hohe und niedrige Preise bzw. Löhne sind bis heute aktuell. Die moderne Volkswirtschaftslehre ist gekennzeichnet durch verschiedene, miteinander konkurrierende Theorien.

Diese Vielfalt an Zugängen fördert den Diskurs und das kritische Denken. Für Jugendliche sind VWL-Kenntnisse wichtig für das Verstehen, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft funktioniert. Die VWL bildet daher eine Grundlage für mündige StaatsbürgerInnen (Citoyen).

Seit 2003 wird das VWL-Perspektiven-Seminar jährlich im Auftrag des bm:ukk und in langjähriger Kooperation mit dem »Arbeitswelt und Schule«-Projekt der AK Wien und des ÖGB als bundesweites Seminar organisiert. Die Initiative für das VWL-Perspektiven-Seminar geht auf den Seminarleiter Johannes Lindner zurück, seit 2008 leitet er das Seminar gemeinsam mit Oliver Schnitzer von der AK Wien.

Im Rahmen des 7. VWL-Perspektiven-Seminars für LehrerInnen, die Volkswirtschaftslehre an Sek. II Schulen unterrichten, ein Kooperationsseminar des Zentrums für Berufsbildung der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule (KPH) Wien/Krems, der AK Wien, der OENB und der Initiative für Teaching Entrepreneurship ([www.ifte.at](http://www.ifte.at), gelang es, den Bogen vom theoretischen über fachdidaktischen bis zum politischen Diskurs zu spannen.

Das dreitägige Seminar folgt dem dramaturgischen Verlauf: »Status quo der sozialen Sicherheit, Gerechtigkeit und soziale

Sicherheit und Zukunft der sozialen Sicherheit.« Am dritten Tag des Seminars diskutierten 50 LehrerInnen und 300 SchülerInnen über den Sozialstaat Österreich. Der Diskussion stellten sich österreichische SpitzenpolitikerInnen.

Die SchülerInnen waren eingeladen, einen Artikel über diesen Tag zu verfassen.

In das Finale kamen die vier Artikel von Martin Donnerer der BHAK & BHAS Feldbach, von Valentin Obergruber und Moritz Marouschek der Schumpeter Handelsakademie und Stefan Bösenhofer, BHAK & BHAS Fürstenfeld.

Den Artikel von Stefan Bösenhofer möchten wir ihnen hier vorstellen:

## Zukunft der sozialen Sicherheit in Österreich und in der EU

Autor: Stefan Bösenhofer

BHAK und BHAS Fürstenfeld

**W**erden wir noch Pensionen erhalten?«, »Inwieweit unterstützt uns die EU in Sachen Sozialpolitik?«, »Warum gibt es die Mindestsicherung?«, »Ist die Hacklerregelung sinnvoll?« und »Wer soll das alles finanzieren?« – Fragen wie diese standen im Zentrum der Diskussion »Zukunft der sozialen Sicherheit in Österreich und in der EU«. Am Beginn der Veranstaltung standen Impulsreferate des Vizekanzlers und Bundesministers für Finanzen Dr. Josef Pröll und des Bundesministers für Arbeit Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer. Anschließend antworteten die Nationalratsabgeordneten Renate Cörgits (SPÖ), Beatrix Karl (ÖVP) und Karl Öllinger (Die Grünen) auf die Fragen von Katharina Klee, Chefredakteurin der Zeitung »Arbeit&Wirtschaft«.

Österreich sei mit 28 Prozent Sozialquote (gemessen am BIP) eines der sozi-

alsten Länder der Welt, betonte eingangs BM Pröll. 70 Mrd. Euro würden zur Hälfte in die Finanzierung der Pensionen und Alteneinrichtungen fließen, 25 Prozent verschlinge das Gesundheitssystem, zehn Prozent dienten Familien und 15 Prozent würden für Invalidität, Arbeitsmarkt etc. aufgewendet. BM Pröll unterstrich mehrmals die Eigenverantwortung jedes Einzelnen und meinte, dass das soziale Netzwerk, dort greifen solle, wo das Individuum zu schwach sei.

### Pensionssystem zukunftsfit machen

Die Gestaltung der Pensionen würde aufgrund der demografischen Entwicklung in Österreich in Zukunft schwer werden, da bis 2030 die Hälfte des Volkes über 65 Jahre alt sein würde. Deswegen sehe er es als seine Pflicht, das System zukunftsfit zu machen. Damit meine er aber nicht die Privatisierung des Pensionssystems, das mittels Umlageverfahren aus der Sozialversicherung und staatlichen Zuschüssen finanziert werde.

Mit der Verschuldung von 78 Prozent des BIP werde die zukünftige Absiche-



Am dritten Tag des Seminars diskutierten 50 LehrerInnen und 300 SchülerInnen über den Sozialstaat Österreich. Der Diskussion stellten sich österreichische SpitzenpolitikerInnen.

rung kein einfaches Unterfangen werden. Das Problem sah Pröll jedoch nicht so sehr auf der Einkommens-, sondern eher auf der Ausgabenseite. Dort müsse gespart werden. So gehörte Österreich auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene viel klarer und einfacher strukturiert. Als wichtig bezeichnete der Vizekanzler zudem die Positiv-Bewertung von Arbeit in unserer Gesellschaft, sie dürfe auch Spaß machen und müsse honoriert werden: Verteilungsgerechtigkeit könne es ohne Leistungsgerechtigkeit nicht geben.

Als BM Hundstorfer das Podium betrat, appellierte er zuerst an die anwesenden Jugendlichen, ihre Schulausbildung bestmöglich abzuschließen, um bestqualifiziert in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Er bezeichnete die soziale Sicherheit als Grundpfeiler für eine funktionierende Gesellschaftspolitik. In Sachen Pensionen bleibe das Umlagesystem zukunftsweisend, da es mehr Stabilität als das Kapitaldeckungsverfahren aufweise.

### Für Reform des Steuersystems

Der Sozialminister stellte sich hinter die vor der vergangenen Nationalratswahl verlängerte »Hacklerregelung«, die seiner Meinung nach besser »Langzeitversicherungsregelung« heißen müsse. Ihre Beibehaltung sei gerade jetzt notwendig, um Stabilität in eine so ungewisse Zeit zu bringen. 2013 müsse aber Schluss damit sein. Hundstorfer sprach sich klar für eine Reform des Steuersystems aus, das u. a. zu sehr auf Vollbeschäftigung aufgebaut sei und schon deshalb in Zeiten der Wirtschaftskrise stark ins Wanken geraten müsse. Als zusätzliche Einnahmequellen

nannte er die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer und die Besteuerung von Vermögen. Letztere sah er jedoch nicht als Allheilmittel für die Rettung der Staatskassen, weil sie in Summe keine großen Erträge abwerfe.

### Die Pensionen sind sicher

Auf die zwei sehr enthusiastischen Referate der Minister folgten zahlreiche Fragen aus dem Publikum. U. a. konnte Minister Pröll eine Schülerin beruhigen, die besorgt fragte, ob in Zukunft bis zu einem Alter von 79 Jahren gearbeitet werden müsse. Ein Hinaufsetzen des gesetzlichen Pensionsalters sei überhaupt nicht das Thema. Es gehe vielmehr darum, das faktische Pensionsalter an das gesetzliche heranzuführen.

Ein weiterer Höhepunkt des Tages war der Round-Table der SozialexpertInnen von SPÖ, ÖVP und den Grünen. Katharina Klee moderierte den Roundtable, und es gelang ihr, mit pointierten Fragen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Sozialpolitik aufzuzeigen. Renate Csörgits, Beatrix Karl und Karl Öllinger stellten sich auch den Ängsten und Wünschen der ZuhörerInnen. So war ihnen etwa die EU zu wenig Sozialunion. Das Podium bestätigte einhellig, dass sie weitgehend nur in ökonomische Bereiche wie etwa das Arbeitsrecht eingreife. Bei anderen Themen wie z. B. dem Pensionssystem gingen die Meinungen der ParteienvertreterInnen sehr wohl auseinander. So fand NAbg. Csörgits, dass dieses entweder durch den Versuch, die Menschen länger gesund im Arbeitssystem zu halten, zu stabilisieren

**WEBLINK**

8. VWL-Perspektiven Seminar  
»Kapitalismus im Umbruch?!«  
Mi. 20.10. bis Fr. 22.10.2010  
[www.ifte.at/Termine](http://www.ifte.at/Termine)

sei, oder die Erhöhung der staatlichen Zuschüsse angedacht werden müsse. Beatrix Karl hob drei mögliche Wege hervor: Die Erhöhung des Pensionsalters, die Erhöhung der Beiträge oder die Erhöhung der staatlichen Zuschüsse. Zur Mindestsicherung betonten alle drei, dass diese nicht als soziale Hängematte des Staates Österreichs eingerichtet werden dürfe und werde. Hier überholte NAbg. Öllinger seine Kolleginnen nur ganz klar damit, dass er eine 14-malige Auszahlung forderte, weil die BezieherInnen sonst unter die Grenzen des geltenden Existenzminimums fielen.

Uns Jugendlichen bot die Veranstaltung zum Thema »Soziale Sicherheit in Österreich und der EU« viele und interessante Informationen – und die Beruhigung, dass auch wir noch auf sichere Pensionen vertrauen können.

**KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Veranstalter Johannes Lindner  
[entrepreneurship@gmx.at](mailto:entrepreneurship@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Alles, was recht ist

*Auch in Österreich sind politische und gewerkschaftliche Grundrechte immer wieder in Gefahr, wie aktuelle Urteile zum Tierschutz beweisen.*

Autor: Dr. René Schindler

PRO-GE-Bundessekretär

**D**ie Haltung des Europäischen Gerichtshofes zu Gewerkschaftsrechten ist in dieser Zeitschrift mehrfach zu Recht kritisiert worden. Aber wozu in die Ferne schweifen? Österreichs Gerichte schicken sich an, die »europäische« Missachtung politischer und gewerkschaftlicher Grundrechte um ein Vielfaches zu übertrumpfen. Genügt es wirklich, eine politische Kampagne zu führen, dazu Seminare abzuhalten, Artikel zu schreiben und internationale Kontakte zu nützen, um eine »kriminelle Organisation« oder gar »terroristische Vereinigung« (§ 278a, § 278b StGB) zu bilden? Was bedeutet das für GewerkschafterInnen? Keine Frage: Wer Brandanschläge verübt, serienweise Fahrzeuge beschädigt oder systematisch Attentate mit **Buttersäure** verübt, stellt sich klar außerhalb jenes durch die Grundrechte geschützten Bereiches, der als ziviler oder außerparlamentarischer Widerstand, Freiheit der Meinungsäußerung und der politischen Aktion geschützt ist – auch wenn er/sie strikt darauf achtet, »bei Aktionen weder

Menschen noch Tiere in Gefahr zu bringen« (Bekenner-Schreiben der »Animal Liberation Front« nach einem Brandanschlag auf den Circus Knie im Juli 2000).

Aber auch keine Frage: Wer sich politisch für Tierschutz, gegen Tierversuche und Tierfarmen etc. einsetzt, ist deswegen noch lange nicht verantwortlich für strafgesetzwidrige Aktionen militanter Gruppen; auch dann nicht, wenn diese ähnliche oder sogar gleiche Ziele verfolgen. So wenig die französischen Gewerkschaften für »Bossnapping« (vorübergehende Freiheitsberaubung gegenüber Managern) verantwortlich sind, so wenig sind es engagierte, legal tätige TierschützerInnen für Brandanschläge usw.

## Nicht kriminalisieren

Wenn Straftaten begangen werden ist es die Aufgabe der Polizei, die TäterInnen auszuforschen und zu bestrafen. Die TäterInnen (!) – nicht irgendein »ideologisches Umfeld«, das gleiche oder ähnliche Ziele auf vollkommen legalen Wegen verfolgt. Vorträge an Schulen, das Veranstalten von Seminaren, das Herstellen von Videos und Flugzetteln, aber auch Demonstrationen, Verhandlungen, Kundgebungen – gerade das sind die erwünschten Formen ziviler Einmischung in die Politik, die das Herzstück jeglicher Demokratie sind. Wer diese Betätigung zu kriminalisieren versucht, unterläuft nicht nur die Menschenrechte und Grundfreiheiten, sondern die Demokratie schlechthin!

Gerade wir GewerkschafterInnen wissen, wovon wir reden: Nach wie vor ist es in vielen Staaten der Welt schon ein Ver-

## INFO & NEWS

### Gefährliche Aktivitäten!

Vorwürfe gegen Martin Balluch: Aus dem Strafantrag gegen die TierrechtsaktivistInnen:

Martin Balluch habe im Wissen, dadurch eine Vereinigung zu fördern, die strafbare Handlungen begeht, sich an deren Aktivitäten beteiligt durch u. a.

- Ausforschen von Pelztierfarmen zu Zwecken der Dokumentation und der Entwicklung von Strategien,
- im Rahmen der »Anti-Jagd-Kampagne« durch Erteilen taktischer Ratschläge,
- durch organisationsinterne Verbreitung der angewandten Taktik und Bekanntmachung verübter Straftaten,
- durch das Mitwirken am Kunstsymposium »Das Tier als Subjekt« und
- Veranstalten eines Tierrechtskongresses und Referat dort,
- durch Betätigung als »Vordenker« durch Verbreitung der Ideologie und Entwicklung von Strategien,
- durch Archivierung von Bekennerschreiben und Berichten zu Anschlägen einer »Animal Liberation Front«.

## WEBLINK

Europäische Menschenrechtskonvention:

[www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/F45A65CD-38BE-4FF7-8284-EE6C2BE-36FB7/0/GermanAllemand.pdf](http://www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/F45A65CD-38BE-4FF7-8284-EE6C2BE-36FB7/0/GermanAllemand.pdf)

brechen, sich überhaupt politisch bzw. für Gewerkschaften einzusetzen. Auch in Österreich wurden während der Monarchie unter den verschiedensten Vorwänden gewerkschaftliche Aktionen kriminalisiert. »Ständestaat« und Nazis brauchten dazu



## I N F O & N E W S

Aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK):

### Artikel 10

#### Freiheit der Meinungsäußerung

(1) Jedermann hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein. Dieser Artikel schließt nicht aus, dass die Staaten Rundfunk-, Lichtspiel- oder Fernsehunternehmen einem Genehmigungsverfahren unterwerfen.

(2) Da die Ausübung dieser Freiheiten Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, kann sie bestimmten, vom Gesetz vorgesehenen Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, wie sie in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Unversehrtheit oder der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und der Moral, des Schutzes des guten Rufes oder der Rechte anderer unentbehrlich sind, um die Verbreitung von vertraulichen Nachrichten zu verhindern oder das Ansehen und die Unparteilichkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten.

### Artikel 11

#### Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

(1) Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen, einschließlich des Rechts, zum Schutze ihrer Interessen Gewerkschaften zu bilden und diesen beizutreten.

(2) Die Ausübung dieser Rechte darf keinen anderen Einschränkungen unterworfen werden als den vom Gesetz vorgesehenen, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen und öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und der Moral oder des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind. ...

keine Vorwände. In totalitären Staaten gibt es zweifelhafte, dehnbare Strafrechtsbestimmungen, wie »Beleidigung des Türkentums« gemäß § 301 des türkischen Strafgesetzbuches (bis zur tw. Entschärfung durch Gesetzesänderung 2008) oder die Bildung »staatsfeindlicher Verbindungen« nach § 100 des szt. StGB der DDR. Sie wurden und werden dann herangezogen, wenn der Staatsführung missliebige politische bzw. zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu erfolgreich werden.

### Schutz der freien Meinungsäußerung

Und in Österreich? Eigentlich hätte man gehofft, dass diese Zeiten hinter uns liegen. Auch das Strafgesetzbuch ist ein einfaches Gesetz und muss jene Menschenrechte und Grundfreiheiten respektieren, die durch die österreichische Bundesverfassung, die im Verfassungsrang stehende Europäische Menschenrechtskonvention

(EMRK) und ähnliche Grundrechtsgarantien verbürgt sind. Auch bei der Auslegung z. B. des § 278a StGB (»kriminelle Organisation«) muss daher der verfassungsrechtliche Schutz der freien Meinungsäußerung, der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit usw. berücksichtigt werden. Wenn österreichische Strafverfolgungsbehörden einen mehrere hundert Seiten langen Strafantrag verfassen, der genau diese brisante Problematik betrifft, ohne das verfassungsrechtliche Spannungsfeld auch nur in irgendeiner Weise anzusprechen, zeigt das einmal mehr, wie bedauerlich gering der Stellenwert der grundlegendsten Werte der Republik gerade bei deren Behörden immer noch ist. Man muss dann gar nicht erst den Vergleich zu eingestellten bzw. gar nicht eröffneten Strafverfahren gegen ranghohe Politiker bemühen, um zu sehen, welche Wirkungsrichtung die Staatsanwaltschaften dem Strafrecht bei »politischen

Delikten« neuerdings (wieder) geben. Noch ist es nur ein Strafantrag, aber das ist schlimm genug: Betroffene TierrechtsaktivistInnen saßen monatelang in Untersuchungshaft, in einer Art staatlicher Kampagne wurde versucht, ihren Verein zu diskreditieren, aber auch durch zweifelhafte steuerliche Maßnahmen in die Knie zu zwingen usw. Eine gezielte politische »Gegenkampagne« gegen missliebige Organisationen der Zivilgesellschaft ist niemals Aufgabe des Staates!

Noch einmal: Wer Brandanschläge durchführt, ist strafrechtlich zu verfolgen. Man soll ihn wegen der Durchführung oder Beihilfe zu solchen Straftaten anklagen, überführen und verurteilen. Dazu bedarf es keiner Hilfskonstruktionen: Wer Straftaten auch nur organisatorisch, finanziell etc. wissentlich unterstützt, ist ohnedies Mittäter.

### Eine Schande für Österreich

Aber es kann und darf nicht hingegenommen werden, dass Bestimmungen des Strafgesetzbuches, deren einziges Anwendungsfeld die Erleichterung des Vorgehens gegen »genuin mafiöse Organisationen« zu sein hat (Klingenbrunner in Juridikum 2008, 163), zur Unterdrückung von freier Meinungsäußerung und politischer Betätigung missbraucht werden. Zu Recht hat Univ.-Prof. Dr. Bernd-Christian Funk (Der Standard v. 17./18.10.2009) gemeint, Österreich brauche solche Bestimmungen nicht. Eigentlich muss man es schärfer formulieren: Solche Strafrechtsregeln bzw. derartige Interpretationen sind eine Schande für Österreich! Wir GewerkschafterInnen sind gut beraten, die Entwicklung der Verfahren gegen die TierrechtsaktivistInnen genau zu verfolgen und lautstark gegen solche Vorgehensweisen aufzutreten – ehe ähnliche »Verfahren« auch gegen uns angewendet werden!

## K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[rene.schindler@pro.ge.at](mailto:rene.schindler@pro.ge.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Slowenien

*Die günstige wirtschaftliche Entwicklung unserer Nachbarn beruht auch auf hoch organisierten Arbeitsbeziehungen und gesamtwirtschaftlicher Lohnpolitik.*

Autor: Mag. Dr. Michael Mesch

Wirtschaftswissenschaft und Statistik  
 gf. Redakteur »Wirtschaft und Gesellschaft«,  
 AK Wien

**U**nter den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern (MOEL) der EU weist Slowenien das höchste wirtschaftliche Leistungsniveau auf. Diese vergleichsweise günstige wirtschaftliche Entwicklung nach dem Übergang zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft beruht auch auf den hoch organisierten und stark institutionalisierten Arbeitsbeziehungen, der regelmäßigen Einbindung der Sozialpartner in die politischen Entscheidungsprozesse und der gesamtwirtschaftlich koordinierten Lohnpolitik.

## Gewerkschaften

Es gibt in Slowenien nicht weniger als sieben bedeutende Gewerkschaftsbünde, die allerdings in der Regel eng kooperieren. Der größte Dachverband, der »Bund Freier Gewerkschaften« (ZSS), vereinigt nahezu die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder auf sich. Wie in fast allen europäischen Ländern ging auch in Slowenien der gewerkschaftliche Organisationsgrad seit 1990 zurück, jedoch weniger stark als in den anderen MOEL. 2005 belief er sich auf 37 Prozent. Damit weist Slowenien einen weit über dem Durchschnitt der EU-27 (25 Prozent) liegenden Organisationsgrad und den höchsten unter den MOEL auf.

Seit der Unabhängigkeit (1991) haben die slowenischen Gewerkschaften sowohl ihren gesellschaftlichen Einfluss, also ihre Fähigkeit, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und öffentliche Proteste zu organisieren, eindrucksvoll unter Beweis gestellt, als auch ihren unmittelbaren politischen Einfluss auf gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, v. a. über die Mitwirkung im Wirtschafts- und Sozialrat und über Kollektivverträge.

Die lohnpolitische Steuerung erfolgt in Slowenien über ein vierstufiges System sozialpolitischer Abkommen, bestehend aus einem dreiseitigen gesamtwirtschaftlichen Sozialpakt und aus jeweils zweiseitigen Kollektivverträgen (KV) für den privaten Sektor, auf der Branchenebene und auf der Unternehmensebene. Diese Abkommen stehen in wechselseitiger Beziehung zueinander: Die Umsetzung der Regelungen der Sozialpakete beruht im lohnpolitischen Bereich (horizontale und vertikale Koordination) auf den hierarchisch geordneten KV. Und die KV niedriger Ebene nehmen Bezug auf die Vereinbarungen auf höherer Ebene.

1994 einigten sich Regierung und Sozialpartner über die systematische Zusammenarbeit und die Schaffung eines dreiseitigen Gremiums, des »Wirtschafts- und Sozialrats« (ESS). Von besonderer Bedeutung unter den zahlreichen Funktionen des Rats sind die Ausarbeitung von Entwürfen arbeitspolitischer Gesetze, die Aushandlung und der Abschluss von Sozialpakten und die Beratungen über die Höhe des gesetzlichen nationalen Mindestlohns.

Im Juli 2007 vereinbarten Regierung und Sozialpartner einen Sozialpakt, welcher die wirtschafts- und sozialpolitische

Strategie für die ersten drei Jahre nach der Einführung des Euros (1.1.2007) festlegte. Am stärksten umstritten war das Kapitel über Lohnpolitik. Einige Arbeitgebervertreter hatten gefordert, dass Lohnverhandlungen nur noch auf der Betriebs-ebene geführt werden. Den Gewerkschaften gelang es jedoch, diesen Vorstoß abzuwehren und den Fortbestand des überbetrieblichen KV-Systems zu sichern.

## Mindestlohn

Gemäß dem Mindestlohngesetz von 2006 setzt der Arbeitsminister nach Konsultation der Sozialpartner im Rat alljährlich die neue Höhe des Mindestlohns fest. In Bezug auf das Ausmaß der Anpassung sieht das Gesetz eine Anhebung nur in der Höhe der Inflationsprognose vor.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich die Relation zwischen Mindestlohn und durchschnittlichem Bruttolohn von 43,1 Prozent (2004/5) auf 39,7 Prozent (2007/8) verschlechterte. Ab August 2008 belief sich der gesetzliche Mindestlohn auf 589 Euro pro Monat (netto 425 €). Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die lediglich den Mindestlohn bezogen, betrug im März 2009 rd. drei Prozent. Der Bund Freier Gewerkschaften forderte die Anhebung des Mindestlohns über die Armutsrisiko-Schwelle (2007 netto 495 € für Ein-Personen-Haushalte).

Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungsrunden, einer Großkundgebung der Gewerkschaften in Laibach und einem generellen Warnstreik einigten sich die Sozialpartner des privaten Sektors Ende Mai 2008 auf einen KV für 2008/09. Dieser beinhaltet u. a. die jährlichen Erhöhungen

TITO

Seit der Unabhängigkeit (1991) haben die slowenischen Gewerkschaften sowohl ihren gesellschaftlichen Einfluss, also ihre Fähigkeit, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und öffentliche Proteste zu organisieren, eindrucksvoll unter Beweis gestellt, als auch ihren unmittelbaren politischen Einfluss auf gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, v. a. über die Mitwirkung im Wirtschafts- und Sozialrat und über Kollektivverträge.

des niedrigsten Grundlohns der ersten Stufe der neunteiligen Lohnskala. Die Gewerkschaften setzten die Aufnahme einer Produktivitätsklausel in Bezug auf die Branchen-KV durch: Die Unternehmen sind demgemäß verpflichtet, die Möglichkeit von zusätzlichen Lohnerhöhungen entsprechend der Zunahme der Arbeitsproduktivität der jeweiligen Branche im Vorjahr und unter Berücksichtigung der Gewinnsituation der Firma zu überprüfen. Unmittelbar betreffen die Regelungen des sektoralen KV jene rd. 40.000 Beschäftigten von Privatunternehmen, die nicht einem Branchen-KV unterliegen.

Der KV für den privaten Sektor und die meisten Branchen-KV sehen in einheitlicher Weise neun Lohnstufen vor, die nach Qualifikationsanforderungen (Stufe Eins = Tätigkeiten ohne Qualifikationsanforderung, Stufe Neun = Tätigkeit hoher Verantwortung) definiert sind. Der niedrigste Grundlohn der Stufe Neun beträgt das Dreifache des niedrigsten Grundlohns der Stufe Eins.

### Branchenkollektivverträge

2007 bestanden in Slowenien 28 Branchen-KV im Bereich des privaten Sektors, drei für staatliche Wirtschaftsbereiche und neun im öffentlichen Dienst. Diese KV regeln nicht nur die Löhne und Gehälter der Beschäftigten, sondern auch die sonstigen Arbeitsbedingungen.

Gemäß dem Kollektivvertragsgesetz 2006 erklärt der Arbeitsminister jene Branchen-KV für allgemeinverbindlich, welche durch repräsentative Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände abgeschlossen wurden, deren Mitgliedsunternehmen im be-

treffenden Bereich mehr als die Hälfte der ArbeitnehmerInnen beschäftigen. In der Vergangenheit waren dank der Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer (GZS) alle Branchen-KV allgemeinverbindlich. Der Deckungsgrad der KV in Slowenien war daher außergewöhnlich hoch und lag bei ca. 95 Prozent.

Doch im Juni 2006 beschloss die Mitte-Rechts-Mehrheit im Parlament ein neues Wirtschaftskammer-Gesetz, welches für diese Organisation freiwillige Mitgliedschaft vorsieht. Seither ist die Mitgliederzahl in der Wirtschaftskammer stark rückläufig. Nur noch Arbeitgeberverbände mit freiwilliger Mitgliedschaft sind zum KV-Abschluss berechtigt.

Da sich die organisatorischen Kapazitäten der übrigen Arbeitgeberverbände noch im Aufbau befinden, ist in naher Zukunft mit einem deutlichen Absinken des Organisationsgrades der Arbeitgeberverbände zu rechnen. Somit besteht auch die Gefahr, dass in manchen Branchen ihr Erfassungsgrad unter die 50-Prozent-Schwelle sinkt, deren Überschreitung die Voraussetzung für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung darstellt. Der Deckungsgrad der KV wird sich also zweifellos erheblich reduzieren. Wie weit, wird zum einen von der Mitgliedschaftsdynamik auf der Arbeitgeberseite abhängen, und zum anderen von den Bemühungen der Gewerkschaften, ihre Präsenz in den Unternehmen zu verstärken, um kollektivvertragliche Arbeitsbedingungen entsprechend dem jeweiligen Branchenabkommen durchzusetzen. Über die Branchen-KV hinaus besteht die Möglichkeit, auf dezentraler Ebene KV abzuschließen, welche die besondere Situation des Unterneh-

mens oder Betriebs berücksichtigen. Derartige Firmen-KV existieren v. a. in den erfolgreichen Groß- und Mittelunternehmen. Da es für Unternehmens-KV keine Registrierungspflicht gibt, ist ihre Zahl unbekannt. Experten schätzen sie auf mehrere Tausend.

### Duales System

Die in Slowenien ebenfalls bestehenden Betriebsräte (duales System der betrieblichen Interessenvertretung) können Betriebsvereinbarungen in dem Rahmen abschließen, in dem das Gesetz oder ein bestehender Firmen-KV sie dazu ermächtigt. In der Praxis kooperieren Betriebsräte und Gewerkschaften und stimmen ihre jeweiligen betrieblichen Aktivitäten miteinander ab, weil die Gewerkschaften in der Regel die Mehrheit der Mitglieder des Betriebsrates stellen.

Die nächsten Jahre werden weisen, ob die Stabilität und Arbeitsmarktregulierungs-Effektivität des slowenischen Arbeitsbeziehungssystems, welche auf dem hohen kollektivvertraglichen Deckungsgrad beruhen, auch nach den neoliberal inspirierten Gesetzesbeschlüssen der Jahre 2004–08, insbesondere der Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer, bestehen bleiben werden.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[michael.mesch@akwien.at](mailto:michael.mesch@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Am Ende der Welt

*Die kanadische Provinz Newfoundland and Labrador ist mit Arbeitslosenraten um die 21 Prozent besonders schwer von der Wirtschaftskrise betroffen.*

*Autor: Martin Bolkovac*

*GPA-djp-Grundlagenabteilung*

**D**ie Freshwater Road in St. John's, der größten Stadt in **Newfoundland**, wirkt auf dem ersten Blick wie ein Fotomotiv für TouristInnen. Bunte Holzhäuser in allen denkbaren Farben, enge steile Seitenstraßen und von vielen Stellen aus ein Blick auf den Atlantik. Wer genauer hinsieht, entdeckt aber ein großes Maß an Armut: Viele Häuser sind desolat, desillusionierte Betrunkene gehen bis in die frühen Morgenstunden auf den Gehsteigen auf und ab.

Ein großer Anteil der BewohnerInnen in diesem Viertel lebt von der Sozialhilfe. Mitten in dieser Gegend steht das Haus von Nancy Riche, der ehemaligen Vizepräsidentin des Kanadischen Gewerkschaftsbundes Canadian Labour Congress (CLC). Sie hat ein Anti-Regierungsschild in ihr Fenster gestellt. Die pensionierte Gewerkschafterin ist weit herumgekommen in der Welt, unter anderem war sie langjähriges Vorstandsmitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Brüssel. Jetzt unterstützt sie die sozialdemokratische NDP (New Democratic Party) in ihrer Provinz.

## Gut gewerkschaftlich organisiert

»Quebec und Newfoundland waren immer schon am besten gewerkschaftlich organisiert«, erklärt Riche. In Newfound-

land mit seinen Minen, Papierfabriken, der Fischerei und Automobilindustrie bzw. dem breiten öffentlichen Sektor stießen Gewerkschaften seit jeher auf große Zustimmung. Die Organisationsrate liegt immer noch um die 35 Prozent. Für Nancy Riche liegen vor allem für Frauen die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft auf der Hand: »Wir brauchen nur auf die Löhne in der Privatwirtschaft zu schauen, während in unserer Provinz Frauen im nicht gewerkschaftlich organisierten Bereich nur 60 Prozent der Gehälter von Männern haben, sind es im gewerkschaftlich organisierten Bereich klar über 90 Prozent!«

## Unzureichende Sozialhilfe

»Wir Linken leben in ständiger Angst vor der konservativen Regierung. Diese Regierung ist wirklich schlecht! Sie denken ähnlich wie die Republikaner in den USA«, führt Nancy Riche aus. Der kanadische Premierminister **Stephen Harper** steht einem Minderheitenkabinetts vor. Dieses unterstützte George Bush in Afghanistan, fährt einen harten Kurs gegenüber SozialhilfeempfängerInnen und kürzte die Geld- und Sachleistungen für Familien mit Kindern. Angesichts des starken Druckes der Oppositionsparteien stimmte Harper aber einer Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu. Abhängig von Versicherungsdauer und Vordienstzeiten können nun bis zu 50 Wochen Arbeitslosengeld bezogen werden. Da die erforderlichen Versicherungszeiten und die Bezugsdauer von der regionalen Arbeitslosenrate abhängig sind und bei Selbstkündigung oder

schuldhafter Entlassung generell keine Leistungen zustehen, ist die Arbeitslosenversicherung sehr umstritten. Nur 43,4 Prozent der kanadischen Arbeitslosen sind berechtigt, Leistungen zu beziehen. Und die Sozialhilfesätze, die sich in Provinzverantwortung befinden, sind als letztes Auffangbecken meist zu gering und unzureichend.

Premier **Danny Williams** ist auf Kriegsfuß mit der Bundesregierung, kürzte diese doch die Bundeszuschüsse zu den Sozialleistungen der Provinz. Williams ist zwar Politiker der Progressive Conservatives (Progressive Konservative), diese sind jedoch keine Teilorganisation der in Ottawa regierenden Konservativen, sondern riefen bei den jüngsten Wahlen sogar zur ABC-Kampagne auf (»anybody but conservative«/jeden außer die Konservativen). Nicht zuletzt deshalb stimmten bei diesen Wahlen zum kanadischen Parlament 34 Prozent der NeufundländerInnen für die Sozialdemokraten, der höchste Wert aller Provinzen. Freilich trug dazu auch ein Faktor bei, den wir bei so vielen sozialdemokratischen Parteien in Europa so bitter vermissen: attraktive KandidatInnen und klare sozialpolitische Botschaften.

## »Danny Chavez« verstaatlicht

Nachdem in den 90er-Jahren alle großen Fischfabriken geschlossen hatten und unlängst auch die zum US-amerikanischen Konzern Abitibi-Bowater gehörende wichtigste Papierfabrik der Provinz nach 100 Jahren trotz der Inanspruchnahme vieler öffentlicher



Viele Häuser sind desolat, desillusionierte Betrunkene gehen bis in die frühen Morgenstunden auf den Gehsteigen auf und ab. Ein großer Anteil der BewohnerInnen in diesem Viertel lebt von der Sozialhilfe.

Fördermittel ihren Betrieb einstellte, reichte es dem Premier. Er verstaatlichte die Fabrik kurzerhand. Die Maßnahme ist rechtlich höchst umstritten und brachte Williams den Spitznamen Danny Chavez ein. Die NeufundländerInnen waren begeistert. Für Nancy Riche ist die Maßnahme nicht weit reichend genug: »Ich wünschte, er hätte die Eigentumsrechte der Fabrik an die Arbeiter übertragen!«

Als weitere Maßnahme verteilt der Premier, in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Gewerkschaft, große Fördermittel an ArbeitnehmerInnen, die, wenn ihre Firmen pleite gehen, sonst um ihre Abfertigungsansprüche umfallen würden. Außerdem stellt Newfoundland die großzügigsten Sozialhilfesätze aller kanadischen Provinzen bereit. Williams ignoriert dabei die bundespolitische Vorgabe, dass Leistungen für Kinder nur an Erwerbstätige ausbezahlt werden sollten, nicht jedoch an SozialhilfeempfängerInnen.

### Herausforderung Gesundheitspolitik

Eine andere Herausforderung stellt die Gesundheitspolitik dar: Die Leistungen des universalen kanadischen Gesundheitssystems gelten auch in Newfoundland and Labrador: Keinerlei Selbstbehalte bei Arztbesuchen jedweder Art oder im Krankenhaus, es gibt Lohnfortzahlung und Mutterschaftsgeld, die Bevölkerung ist zu 100 Prozent von der steuerfinanzierten Krankenversicherung erfasst. »Trotz des Prinzips der Universalität gibt es aber große regionale Unterschiede, und ich glaube, wir haben

viel Arbeit vor uns, wenn wir das Gesundheitssystem in unserer Provinz auf den Stand anderer Regionen bringen wollen«, beschreibt Lorraine Michael die Situation in ihrer Provinz. Michael ist die Vorsitzende der NDP von Newfoundland and Labrador. »Als kleine Provinz haben wir Schwierigkeiten ausreichend Spezialisten zu finden, und das vergrößert das Problem der Wartezeiten.« Für immer mehr Leute entwickeln sich auch die hohen Medikamentenpreise zu einem finanziellen Problem: »Wir finden, dass zumindest alle, die finanziell nicht so gut dastehen, und alle Pensionisten vom freien Zugang zu Medikamenten erfasst sein sollten«, fordert Lorraine Michael als ersten Schritt.

### Vielfältige Probleme

Besonders schwierig ist die Bereitstellung von Gesundheitsleistungen im Norden. Viele Dörfer sind nur mit dem Schiff oder dem teuren Flugzeug erreichbar und sind zum Teil an die zwölf Stunden Schifffahrt voneinander entfernt. Die meisten EinwohnerInnen im entlegenen Norden sind Aboriginals. 75 Prozent der **Inuit**, welche die größte Gruppe an Ureinwohnern in Labrador stellen, leben von der Sozialhilfe, die Selbstmordrate ist sechsmal so hoch wie bei nicht-indigenen KanadierInnen, und Alkohol- und Drogenabhängigkeit wird ein immer größeres Problem. Die kanadischen UreinwohnerInnen »können diese Probleme selbst angehen, aber wir müssen ihnen alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen!«, fordert Lorraine Michael. »Die Leute wurden durch den Ko-

### W E B L I N K S

Kanadischer Gewerkschaftsbund  
Canadian Labour Congress (CLC)  
[www.clc-ctc.ca](http://www.clc-ctc.ca)

wikipedia zu Newfoundland und Labrador  
[de.wikipedia.org/wiki/Neufundland\\_und\\_Labrador](http://de.wikipedia.org/wiki/Neufundland_und_Labrador)

lonialismus zerstört und leiden immer noch darunter. Sie haben ihr Land verloren und ihren Lebensstil. Wir schulden den Aboriginal People immer noch Unterstützung.«

Die Probleme Neufundlands sind also vielfältig und wahrscheinlich noch lange nicht gelöst, doch kann der Weg der dünn besiedelten Provinz zweifelsohne ein Vorbild für andere kanadische Provinzen und auch für uns hier in Europa sein, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit anzustreben, und auch in der Krise ein klares Nein zum Rechtspopulismus auszusprechen.

**Der Autor hielt sich im Rahmen einer Bildungskarenz fast vier Monate in der kanadischen Provinz Newfoundland and Labrador auf.**

### K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[martin.bolkovac@gpa-djp.at](mailto:martin.bolkovac@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**Alternativer Nobelpreis:** Der Right Livelihood Award (Auszeichnung für richtige Lebensführung) wurde 1980 von dem Journalisten und schwedisch-deutschen Grün-Politiker Jakob von Uexküll aus den Erlösen seiner Briefmarken-Sammlung gestiftet. Die PreisträgerInnen werden jedes Jahr von einer internationalen Jury gekürt. (Seite 8)

**arid:** trocken, wüstenhaft (Seite 9)

**Bac:** Abkürzung für Bachelor (in Österreich bis Mai 2007: Bakkalaureus/a), erster akademischer Grad einer wissenschaftlichen Ausbildung. In vielen Ländern Europas ist diese Bezeichnung im Rahmen des Bologna-Prozesses eingeführt worden, dessen Ziel die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums ist. Ein Bachelor-Studium hat meist eine Regelstudienzeit von sechs Semestern, kann aber auch sieben oder acht Semester dauern. Daran anschließen kann ein vertiefender Master-Studiengang, in Ausnahmefällen bereits die Promotion (Doktorat). Zum gleichnamigen Abschluss in den Vereinigten Staaten (USA) bestehen Unterschiede sowohl im Aufbau des Studiums als auch bei der Anerkennung der Abschlüsse. (Seite 34)

**Benchmark:** Maßstab (Seite 24)

**Biodiversität:** biologische Vielfalt (Seite 9)

**Bund Freier Jugend/Junge Aktion:** Jugendorganisation der 1963 gegründeten rechtsextremen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP). Im Unterschied zu den Skinheads treten Angehörige von BfJ und AFP häufig in Tracht auf. »Entschlossen, frech und zielstrebig« kämpfen sie für »Familie, Volk und Vaterland«. Die sogenannte Junge Aktion ist aus dem BfJ hervorgegangen und mit einer rund 50-köpfigen Truppe vor allem in Oberösterreich aktiv. Die Organisation hat nichts mit der katholischen Jungen Aktion in Deutschland gemein. (Seite 28)

**Buttersäure:** eigentlich Butansäure, entsteht in der Natur durch Buttersäuregärung, unter anderem beim Ranzigwerden von Butter. Die Säure ist bei Zimmertemperatur farblos und flüchtig, ihre Dämpfe reizen die Augen und die Atemwege. (Seite 40)

**CEPAUR:** Centre for Development Alternatives, gegründet 1981 in Chile von Manfred Max-Neef. Das Center setzt sich für eine Neuorientierung von Entwicklung ein, um lokale Eigenständigkeit und grundlegende menschliche Bedürfnisse sowie den Menschen selbst in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei arbeitet CEPAUR als Schlichtungsstelle und fördert kleine und mittlere Verwaltungseinheiten. (Seite 8)

**Dissidenz:** Widerstandsbewegung (Seite 35)

**genuin:** angeboren, erblich; unverfälscht (S. 34, 41)

**Häresie:** Ketzerei (Seite 10)

**Harper, Stephen:** kanadischer Politiker, geb. 1959, seit 2006 Premierminister Kanadas. Harper war Gründungsmitglied der Reformpartei (Zusammenschluss verschiedener Interessengruppen aus Westkanada, die unzufrieden mit der mangelnden Berücksichtigung westkanadischer Interessen waren), die er 1997 ver-

ließ. 2002 wurde Harper zum Vorsitzenden der Kanadischen Allianz gewählt, die später mit der Progressiv-Konservativen Partei fusionierte, wodurch 2004 die Konservative Partei entstand. (Seite 44)

**hegemonial:** die Vormachtstellung innehaltend/anstrebend (Seite 20)

**Hurrelmann, Klaus:** deutscher Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswissenschaftler, geb. 1944, Mitbegründer des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Bielefeld; derzeit Professor of Public Health and Education an der Hertie School of Governance in Berlin. (Seite 32)

**Inuit:** Bezeichnung für jene Eskimo-Volksgruppen, die im arktischen Nordost- und Zentralkanada sowie in Grönland leben. Der Begriff Inuit bedeutet »Mensch« in der Sprache Inuktitut. Obwohl der Ausdruck Eskimo immer weniger verwendet wird, ist Inuit für die übrige Eskimo-Bevölkerung im Nordwesten Kanadas und in Alaska eigentlich keine korrekte Bezeichnung, da diese Vokabel in deren Sprache nicht vorkommt. (Seite 45)

**katalytisch:** einen Vorgang bzw. eine Reaktion beschleunigend/bewirkend (Seite 35)

**Kleptokratie:** Herrschaftsform, bei der die Machthaber willkürliche Verfügungsgewalt über Besitz und Einkommen der Beherrschten haben. Geprägt wurde der Begriff vom französischen Journalisten Patrick Meney, der damit die Zustände in der Sowjetunion am Ende des Kommunismus und zu Beginn der Jelzin-Ära beschrieb. (Seite 20)

**Konsumerismus:** organisierter Schutz von VerbraucherInneninteressen (Seite 8)

**Leichter, Käthe:** österreichische sozialistische Gewerkschafterin (1895–1942); da ihr in Wien zuerst das Jus-Studium und dann der Abschluss verweigert wurde, zog Leichter nach Heidelberg. Zurück in Wien übernahm sie unter anderem den Aufbau des Frauenreferats der Arbeiterkammer. 1938 wurde sie festgenommen und trotz internationaler Proteste 1940 ins KZ-Ravensbrück deportiert, wo sie später ermordet wurde. (Seite 11)

**MOEL:** Abkürzung für mittel- und osteuropäische Länder (Seite 42)

**Müller, Thomas:** österreichischer Kriminalpsychologe, Profiler und Autor, geb. 1964; bekannt wurde er vor allem durch das exakte Profiling des Attentäters Franz Fuchs (22 von 24 vorhergesagten Merkmalen stimmten überein) und sein Buch »Bestie Mensch«. (Seite 16)

**Nationale Volkspartei:** rechtsextreme, nationalistische Partei, die 2007 durch den Zusammenschluss mehrerer rechtsgerichteter Gruppierungen entstanden ist. Die Kandidatur bei den oberösterreichischen Landtagswahlen im September 2009 wurde der NVP untersagt. (Seite 28)

**Neufundland und Labrador:** kanadische Provinz im Nordosten des Landes, bis 2001 Neufundland (nach der Labrador vorgelagerten Insel); Hauptstadt: St. John's. (Seite 44)

**performativ:** eine Aussage durch entsprechende Handlungen unterstreichend (Seite 35)

**Rogers, Carl:** US-Psychologe und Psychotherapeut (1902–1987), entwickelte die Klienten-zentrierte Gesprächstherapie. Im Unterschied zu Freud betonte er die Einzigartigkeit des Individuums und sah den Menschen prinzipiell als gut an. (Seite 34)

**Rosenberg, Marshall B.:** US-Psychologe, geb. 1934, Schüler von Carl Rogers, entwickelte das Prinzip der gewaltfreien Kommunikation (Seite 26)

**sakrosankt:** hochheilig, unantastbar (Seite 20)

**Squatting Teachers:** Zusammenschluss von Lehrenden, Forschenden und Studierenden verschiedener Wiener Universitäten, der im Zusammenhang mit den aktuellen Studentenprotesten entstanden ist. (Seite 35)

**Ständestaat:** Ursprünglich Bezeichnung für den Staat des Spät-Mittelalters und der frühen Neuzeit, in dem die Stände (Adel, Geistliche, Bürgertum etc.) Inhaber unabhängiger Herrschaftsgewalt waren und politische Rechte hatten. In Anlehnung daran entstand Mitte des 19. Jahrhunderts das Konzept einer staatlichen Ordnung, in der die Berufsstände als Repräsentanten des Volkes staatstragende Aufgaben übernehmen sollten. Das Parteiensystem würde dadurch abgeschafft, Österreich hatte 1934 bis 1938 eine diesen Vorstellungen nahekommende Staatsform. (Seite 40)

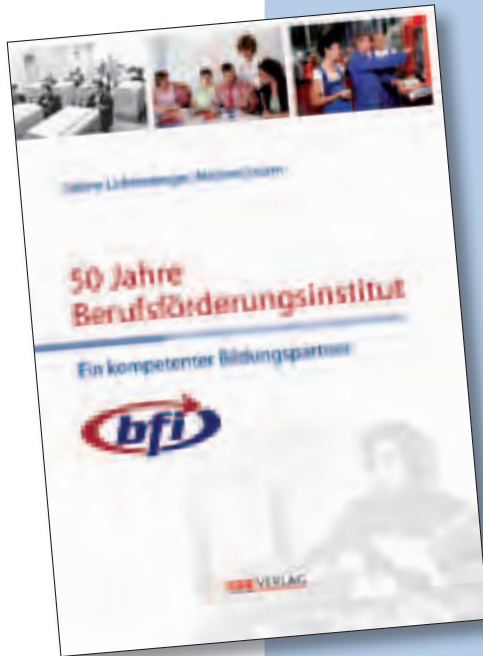
**Tálos, Emmerich:** österreichischer Politikwissenschaftler und Autor, geb. 1944, 2002 engagierte er sich im Sozialstaat-Volksbegehren. (Seite 32)

**Twitter:** von englisch zwitschern; 2006 gegründetes soziales Netzwerk im Internet, registrierte BenutzerInnen können Mikroblogs (Textnachrichten mit max. 140 Zeichen) per Handy oder Computer weltweit ins Netz stellen bzw. lesen. Ziel ist der rasche Austausch von Gedanken, Erfahrungen und Ereignissen. Die Einträge bestimmter Personen können von den einzelnen NutzerInnen auch abonniert werden. (Seite 33)

**Valparaiso:** hier: chilenische Hafenstadt, die als kulturelle Hauptstadt des Landes gilt, seit 2003 Weltkulturerbe. In (Süd-)Amerika, aber auch in Spanien gibt es mehrere Orte dieses Namens. (Seite 8)

**Williams, Danny:** kanadischer Politiker der Progressiv-Konservativen, Rechtsanwalt und Unternehmer, geb. 1950, seit 2003 Premierminister der Provinz Neufundland und Labrador. 2004 erregte Williams landesweit Aufmerksamkeit durch seine Anordnung, sämtliche kanadischen Flaggen von den Regierungsgebäuden zu entfernen, um bessere Konditionen für die Erdölförderung zu erlangen. (Seite 44)

**Wirtschafts- und Sozialrat:** auch: Economic and Social Council (ECOSOC), UN-Organ, das unter anderem auch die Tätigkeiten der zahlreichen UN-Spezialorganisationen koordiniert. Der Präsident des ECOSOC wird jährlich mit einfacher Mehrheit unter den 54 Mitgliedern gewählt. Jedes Jahr wird jeweils ein Drittel der Mitgliedsstaaten für drei Jahre gewählt, wobei eine direkte Wiederwahl möglich ist. (Seite 42)



## 50 Jahre Berufsförderungsinstitut

### Ein kompetenter Bildungspartner

Als 1959 von engagierten Funktionären des ÖGB und der AK in Wien das Berufsförderungsinstitut (bfi) gegründet wurde, war nicht absehbar, wie weitreichend und zukunftssträchtig diese Entscheidung war. 50 Jahre später ist das Berufsförderungsinstitut aus der österreichischen Bildungslandschaft nicht mehr wegzudenken. Von Anfang an war es zentrales Anliegen des bfi, ArbeitnehmerInnen durch Aus- und Weiterbildung in ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung zu unterstützen. Heute präsentiert es sich als moderne Non-Profit-Organisation mit einem reichhaltigen Dienstleistungsangebot, das sich flexibel an den Bedürfnissen der Menschen und an den aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes orientiert.

Hrsg.  
Sabine Lichtenberger  
Michael Sturm

### 50 Jahre Berufs- förderungsinstitut

2009, 84 Seiten, € 14,80  
ISBN: 978-3-7035-1398-5

HerausgeberIn:

Mag.<sup>a</sup> Sabine Lichtenberger (Institut zur Erforschung  
der Kammern und Gewerkschaften)

Dr. Michael Sturm (Geschäftsführer BFI Österreich)

GARANTIERT GUT INFORMIERT  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

## Bestellung:

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)  
per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) oder  
per Fax: 01/405 49 98-136

### BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung  
oder direkt bei der ...

### Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung  
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136  
E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

**Ja**, ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplar/e von **50 Jahre Berufsförderungsinstitut**

€ 14,80

Name		
Firma/Institution		
PLZ	Ort	Anschrift
Telefon, E-Mail		
Datum, Unterschrift		

**Ja**, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.  
Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

AW 12/09

# Nicht genug für alle?



In Österreich – einem der zehn reichsten Länder der Welt – ist genug für alle da!  
Deshalb fordert der ÖGB:

# FAIR TEILEN!

# ÖGB

WWW.OEGB.AT



DEIN PARTNER IN DER ARBEITSWELT. **ÖGB**

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

---

?  
 Straße/Gasse                      Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
 /  
 Postleitzahl                      Ort

Besten Dank

AW